

Pressespiegel

zum geplanten Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr

(zusammengestellt von Zeitgeschichte-online)

10.09.2009 Die Zeit

S. 47

Jens Jessen

Soldatenleben. Ehrenmal der Bundeswehr

<http://www.zeit.de/2009/38/Spitze>

Was heißt es, dass die Bundeswehr seit dieser Woche in Berlin ein zentrales Ehrenmal für ihre im Einsatz ums Leben gekommenen Soldaten hat? Nichts Gutes, werden Pazifisten sagen. Die Bevölkerung, das ist ihr Verdacht, solle allmählich wieder an den Gedanken einer kriegführenden Armee gewöhnt werden. Realisten indes könnten gerade darin ein Ende der Heuchelei begrüßen. Solange die Bundeswehr als Teil der Nato-Streitkräfte an internationalen Friedenseinsätzen teilnimmt, wird sie auch Tote beklagen müssen; denn wenn es sich um rein zivile Aufbauprojekte handelte, wäre Militär gar nicht nötig. Auch der Schutz der Bevölkerung wird unter Umständen das Leben von Soldaten kosten.

Diesen eine Gedenkstätte zu schaffen kann nicht unrecht sein. Trotzdem ist es nicht einfach, den Symbolgehalt des neuen Ehrenmals zu bestimmen. Deutschland ist von Soldatendenkmälern übersät; sie galten jedoch erklärten Kriegen, des Angriffs (etwa auf Frankreich 1870) oder der Verteidigung (gegen Napoleon 1813). Schon für die Toten des Ersten Weltkriegs verboten sich traditionelle Denkstätten; erst recht nach dem Zweiten war nichts zu betrauern außer deutscher Schuld. Man kann eigener Dummheit und Niedertracht schlecht ein Denkmal setzen. So verlor die Tradition mit gutem Grund ihre Selbstverständlichkeit.

Sie würde sich fraglos wiederherstellen, sollte die Bundeswehr im unwahrscheinlichen Fall eines direkten Angriffs das Land verteidigen. Aber um in der Terroristenbrutstätte Afghanistan eine Bedrohung der Bundesrepublik zu sehen, muss das Denken einen weiten Umweg nehmen, der für die Sinnfälligkeit des neuen Ehrenmals nicht günstig ist. Es ist aber, so viel lässt sich sagen, in seiner Schlichtheit und Unauffälligkeit ganz gewiss kein Denkmal einer neuen Kriegsbegeisterung.

Sinn oder Unsinn eines Einsatzes kann es nicht bezeugen. Die Soldaten tun, was der Bundestag, also wir Bürger ihnen befehlen, und sie bezahlen den Befehl unter Umständen mit ihrem Leben. Das allein schon gibt ihnen ein Recht auf einen symbolischen Ort unserer Anerkennung.

10.09.2009 Der Tagesspiegel

S. 29

Falk Jaeger

Pathos der Opfer. Die Unfähigkeit zu gedenken: Künstlern und Architekten fehlen die Mittel. Eine Ausnahme ist das Ehrenmal der Bundeswehr.

<http://www.tagesspiegel.de/kultur/Bundeswehr-Ehrenmal:art772,2896062>

Die deutsche Hauptstadt tut sich schwer mit dem Gedenken. Kein geplantes Mahn- oder Denkmal bleibt unumstritten. Über Denkmäler für verfolgte Sinti und Roma oder Schwule zum Beispiel wird mehr gezankt als gedacht. Bundeskanzler Helmut Kohls Anordnung, im Schinkel-Tessenowschen Ehrenmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, der Neuen Wache, eine auf Überlebensgröße aufgepumpte Version der Pietà von Käthe Kollwitz aufzustellen, rief seinerzeit nicht nur in der Akademie Entrüstung hervor. Die „Topographie des Terrors“ war lange eine quälende Hängepartie, bis man sich zu einer harmlosen Minimallösung ohne den Stararchitekten durchrang, die derzeit gebaut wird. Gedenkstätten rufen Bedenkenträger auf den Plan.

Derlei Probleme kannte die Kaiserzeit nicht. Ob Bismarcktürme allüberall im Reich, ob Schlachtenverherrlichung oder Gefallenenehrung, Denkmale gehörten gewissermaßen zum gängigen Repertoire der Stadtmöblierung. Wie sie auszusehen hatten, auch darüber bestand Konsens: sehr gerne pathetisch, bei entsprechender Bedeutung auch mit figürlichen Darstellungen in heroischer Pose. Paradebeispiel im Wortsinn: das Nationaldenkmal auf der Schlossfreiheit in Berlin, ein monumentales Reiterstandbild Wilhelms I. von „Hofbildhauer“ Reinhold Begas, umfassen von einer prächtig geschmückten Säulengalerie, bevölkert von allerlei Wappentier und Quadrigen. 1949 vom DDR-Regime abgetragen, erinnert heute nur noch die 2400 Quadratmeter große Grundplatte an die opulente imperiale Gedenkkulisse und ist als Standort für das Einheitsdenkmal vorgesehen.

Die Gestalter von Denkmalen, Ehrenmalen sehen sich im Dilemma. Gedenken an Gefallene, Ermordete, an Opfer und Helfer ist großes Gefühl. Schauer, Furcht, Mitleid, Betroffenheit, Ohnmacht und all die anderen Emotionen, die mit dem Gedenken verbunden sind, können jedoch durch heutige Architektur nicht ausgedrückt oder hervorgerufen werden. Auch die zeitgenössische Kunst scheint nicht mehr die Mittel an die Hand zu geben, dem Angedenken eine sinnstiftende Form zu geben.

Die Architektur hat – paradoxerweise – mit dem vor 100 Jahren erhobenen Postulat des „modernen Zweckbaus“ die Fähigkeit verloren, Archetypen auszubilden, deren Zweck allen Menschen beim ersten Blick eingängig ist. Die besondere Form, die Bedeutung oder gar Gefühle ausdrückt, war in die Sphäre der Kunst verwiesen. Adolf Loos, der Hohepriester der modernen Architektur, sprach dem Bauen, das er als Zweckerfüllung sah, die Kunsteigenschaft gänzlich ab: „Nur ein ganz kleiner teil der architektur gehört der kunst an: das grabmal und das denkmal. Alles andere, was einem zweck dient, ist aus dem reiche der kunst auszuschließen“, schrieb er 1910. Den Kirchenbau hatte er übrigens nicht mehr im Blickfeld, wohl aber Hans Poelzig 1924: „Die Kunst fängt erst da an, wo man für den lieben Gott baut.“

Wir leben inzwischen wieder mit einem erweiterten Architekturbegriff und sprechen neuerlich von Baukunst. Dennoch, zeitgenössische Architektur weiß nur ein einziges großes Gefühl auszudrücken: Pathos. Aber gerade das Pathos zu bauen ist heutzutage genauso wenig opportun wie Heldentum. Wir gedenken der Opfer, nicht der Helden.

Betrachtet man die Möglichkeiten der Bildenden Kunst, so erweisen sich auch deren Möglichkeiten, Gefühle auszudrücken, als begrenzt. Die Künstler des 19. Jahrhunderts haben mit realistischer Szenerie gearbeitet, bis hin zur eindrücklichen, oft theatralischen Mimik der dargestellten Figuren. Nachdem die Bildende Kunst durch das Fegefeuer der Abstraktion gegangen ist, können Gefühle nicht mehr unmittelbar transportiert werden, sondern werden über vage sinnliche Empfindungen der Atmosphäre, der Stimmung vermittelt, oder auf dem Umweg über die Ratio, etwa durch Inschriften, Symbolik und dergleichen. Figürliche Darstellungen gelten als altmodisch oder als heikel. Ein Alfred Hrdlicka mit seinen aufwühlenden Skulpturen wie beim Wiener Mahnmal gegen Krieg und Faschismus erfährt weitgehend Akzeptanz, bleibt aber Einzelfall. Ein Jeff Koons mit noch realistischeren Darstellungen bewegt sich schon außerhalb gängiger Konventionen. Letztlich bleibt aber das Problem, dass sich zeitgenössische Künstler, im Zwang aktueller Konventionen, sich des Realismus zu enthalten und Figürliches zu verfremden oder zu abstrahieren, aus dem Akzeptanzbereich des allgemeinen Publikums entfernen. Gedenkstätten aber richten sich an das allgemeine Publikum.

So grenzte es an die Quadratur des Kreises, wenn etwa beim Einheitsdenkmal Erhabenheit, Strenge, Staatstragendes und Pathos vermieden werden sollten, wenn aber ein „neues Verständnis von Deutschland“ zu transportieren war und wenn das Denkmal in die Zukunft weisen sollte. Womit ein Franzose, ein Amerikaner, ein Engländer oder gar ein Italiener kein Problem hätte, Pomp und architektonisches Pathos, ist hierzulande stigmatisiert. Was man vor einem Jahrhundert mit großem Ernst aufnahm, wirkt heute rasch überzogen oder gar lächerlich. Nicht einfacher ist es mit den figürlichen Darstellungen, die schnell als abgeschmackt oder peinlich abqualifiziert sind.

Und so konnte man aus den eingegangenen Wettbewerbsbeiträgen für das Denkmal der Einheit ein Kuriositätenkabinett zusammenstellen, mit allerlei Zahlensymbolik, wehenden

Fahnen, ewigem Licht oder schreienden Schriftzügen „Freiheit“ in Hausgröße (mehrmals) bis hin zur überdimensionalen goldenen Banane als narratives Symbol der Einheit.

Doch viele Bearbeiter flüchteten sich in die Abstraktion, formten mehr oder weniger elegante Schleifen à la Zaha Hadid oder gekrümmte Wände frei nach Richard Serra. Foster wurde zitiert mit seinem Tankstellendach für den Reichstag, Mies van der Rohe musste herhalten, die Grande Arche in Paris, auch Eisenmans Stelenfeld wurde als Replik angeboten. Sehr beliebt war auch die Kugel, als Bedeutungsträger seit Goethes Denkmal von 1777 und den Entwürfen der französischen Revolutionsarchitekten fast universell zu verwenden. Beim Einheitsdenkmal tauchten sie in mannigfaltiger Ausführung auf, auch als Zyklopenpuzzle, das sich zur Ideal(Einheits-)form zusammenschieben lässt.

Von den bemüht symbolischen, bildhaft-anschaulichen oder didaktischen Entwürfen fühlen wir uns nicht auf ernsthafte Weise angesprochen. Den auf fast beliebige Weise abstrakten Entwürfen indes fehlt kommunikationstechnisch gesehen zwischen Sender und Empfänger das Transportmittel, der Bedeutungsträger.

Wie ein Erinnerungsort auszusehen habe, wusste man im 19. Jahrhundert genau. Die Denkmale bevölkern unsere Städte, jedenfalls in den Stadtquartieren aus jener Zeit. Heute sind Denkmale von Stadtkunstwerken kaum zu unterscheiden. Einen akzeptablen Ausweg zeigt das gestern eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr. Es ist ein Ort, der durch seine ungewohnte Form aufmerksam macht, vielleicht sogar irritiert. Verhaltenes Pathos spricht aus den monumentalen Pfeilern. Das Material – Bronze – und die Farbgebung – fahl schimmerndes Gold – sowie die Räumlichkeit mit dem dunklen „Raum der Stille“ schaffen eine Atmosphäre, die aufnahmebereit machen soll für die Symbolik und die vermittelte Information. Erst über diese semantische Brücke wird das Gedenken, wird die Betroffenheit evoziert. Danach folgt (im besten Fall) die Einnahme oder Stärkung einer moralisch gefestigten Haltung, die zur Entschlossenheit führt, den Ursachen des erinnerten Unheils entschieden entgegenzutreten. Womit das Ehrenmal seinen Zweck erfüllt hätte.

Nur wenigen zeitgenössischen Gedenkstätten glückt dieser Transfer. Die nüchternen Baulichkeiten der „Topographie des Terrors“ werden es möglicherweise schwerer haben, die Menschen emotional anzusprechen, als das der Bau von Peter Zumthor getan hätte.

Dem Holocaust-Mahnmal von Peter Eisenman gelingt es über die architektonische Sensation, die Besucher auf den Besuch des eigentlichen Gedenkortes im Untergeschoss vorzubereiten. Im Jüdischen Museum ist dieser Moment beklemmend spürbar, wenn beim Betreten des „Void“ jedes Gespräch erstickt. Es ist ein von dem Architekten Daniel Libeskind mit einer besonderen Stimmung ausgestatteter Raum, wie ihn auch Siegfried Kracauer 1931 bei der Betrachtung des durch Heinrich Tessenow in Schinkels Neuer Wache Unter den Linden eingebauten Gedenkraums pries: „Nicht die beflissene Darstellung eines Gehalts ist geboten – was wissen die meisten Menschen heute vom Tod? –, sondern die äußerste Enthaltensamkeit ihm gegenüber. Eine Gedächtnisstätte für die Gefallenen im Weltkrieg: sie darf, wenn wir ehrlich sein wollen, nicht viel mehr als ein leerer Raum sein.“ Andreas Meck, der Architekt des Bundeswehr-Ehrenalms, hat seinen Kracauer gelesen.

09.09.2009 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dieter Bartetzko

Ehrenmal der Bundeswehr. Verhüllung und stumme Trauer

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E066E85DE7C1A4440BE3B727BADAED7C4~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

„Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“, fragte Bertolt Brecht 1928 in seiner Dreigroschenoper. Was der Bau einer Bank gegen den Bau eines Ehrenmales sei, fragte zur selben Zeit die Mehrheit der Deutschen. So sehr wie die Frage, ob man modern oder konservativ bauen solle, bewegte die Weimarer Republik das „Wie“ dieser Gedenkarchitektur. Wer, wie Mies van der Rohe (Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Berlin) oder Walter Gropius (Denkmal der Märzgefallenen, Weimar), abstrakte Zeichenhaftigkeit wagte, erregte einen Entrüstungssturm, gegen den die Premierenkrawalle der Dreigroschenoper eine laue Brise waren. Architekten wie Fritz Mayer

dagegen, der am Nürnberger Luitpoldhain 1928 eine neoklassizistische Ehrenhalle für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs entwarf, kamen zu Ruhm und Ehre – und an Aufträge für Bankgebäude.

Zählt man dazu noch den exzessiven Toten- und Heldenkult der NS-Diktatur, ist verständlich, weshalb Ehrenmale in der Bundesrepublik bisher blinde Flecken im allgemeinen Bewusstsein darstellten. Daran änderte auch der Beschluss des Bundesverteidigungsministeriums wenig, im Hof des Bendlerblocks in Berlin ein zentrales Ehrenmal für die „im Dienst gefallenen Soldaten der Bundeswehr“ errichten zu lassen. Doch nun hat die erregte internationale Debatte um den von Deutschen befohlenen Luftangriff bei Kundus das Ehrenmal, das gestern Nachmittag eingeweiht wurde, ins Zentrum des öffentlichen Interesses katapultiert.

Mattgoldener Monolith

Es ist ein würdiger Bau, mit dem der Münchner Architekt Andreas Meck, bisher bekannt für Wohn- und Geschäftsbauten, im Juni 2007 den Wettbewerb gewann. Die Großform ist ein Betonquader, einundvierzig Meter lang, acht Meter breit, zehn Meter hoch. Ihn umgibt, gestanzte wie kostbares Spitzengewebe, eine Bronzehülle. Das Innere birgt einen dunkelgefärbten „Raum der Stille“. Seine dem Paradeplatz zugewandte Wand ist mattgolden eingefärbt, in der Mitte ragt ein Monolith aus dem Voralpenland auf.

Die festliche Gestalt ist durchsetzt mit Symbolen: Die Struktur der Bronzehülle verbildlicht die im Todesfall halbierten Erkennungsmarken der Soldaten, die goldene Wand assoziiert Jenseitshoffnung, der Monolith ist ein Archetyp des Gedenkens. Als wenig beachtete, gleichwohl drängend aktuelle Allegorie wäre noch der Beton zu nennen. Seit den Bunkern und Militärbauten des Zweiten Weltkriegs ein Kriegsmaterial schlechthin, fehlt er auf kaum einem Foto, das uns, die wir seit mehr als sechs Jahrzehnten im Frieden leben, Kriege veranschaulicht; geborstener Beton in den Städten und auf den Schlachtfeldern des Kosovo, des Irak, Bosniens, Afghanistans.

Heldentum und Heldentod

Ob bewusst oder vom Zeitgeist beeinflusst – Andreas Meck hat Vorbilder verarbeitet. So ist der hermetische Quader ein Grundmotiv vieler Ehrenmale der Weimarer Republik. Ihrerseits inspiriert von den pathetisch zeichenhaften Kulissen, die Max Reinhardt in Berlin für seine Inszenierungen klassischer Tragödien hatte entwerfen lassen, entstanden steinverkleidete Artefakte, deren zwischen Festung und Sarg changierende Blockhaftigkeit Heldentum und Heldentod suggerierte. Ihre trotzig verklärende Anmutung kulminierte 1936 in Richard Kuöhl's Kriegerdenkmal am Hamburger Dammtor, das dann 1983 als Kultstätte von Neonazis Skandal erregte und zu einem (nie vollendeten) Gegendenkmal Alfred Hrdlickas führte, womit kurze Zeit die deutsche Ehrenmal-Phobie aufgehoben schien.

Ein zweites Charakteristikum der Ehrenmale der Weimarer Republik war deren demonstrative Öffentlichkeit. Prototyp wurde Kants Kenotaph am Königsberger Dom, das der Industrielle Hugo Stinnes 1924, zum zweihundertsten Geburtsjahr des Philosophen, von Friedrich Lahr als offenes Geviert schlanker antikisierender Pfeiler hatte gestalten lassen. Angereichert mit Bogenstellungen, übernahm Fritz Mayers Nürnberger Ehrenmal dieses Schauprinzip, das acht Jahre später zu Hitlers Kulisse für die öffentlichen Totenkulte seiner Reichsparteitage wurde, und 1936 entwarf Paul Troost am Münchner Königsplatz die „Ehrentempel für die Gefallenen der Bewegung“ als Doppelkopien des Kantschen Kenotaphs – frei zugängliche Grüfte, offen nach oben und an allen Seiten.

Nachdenkende Stille

Das neue Ehrenmal der Bundeswehr, das ist sein größtes Verdienst, ist die Umkehr dieser schaustellerischen und verlogenen Totenehrungen. Verhüllung und stumme Trauer, Betroffenheit, nicht Trotz sind seine Leitgedanken, eine durchscheinende, doch unüberwindliche Grenze zwischen Leben und Tod ist seine Gestalt. Deshalb bestehen auch die Zugänge aus verschiebbaren Wandelementen, die die von Pfeilern gegliederte weite Öffnung am Paradeplatz nur zu offiziellen Anlässen und den Eingang an der Hildebrandtstraße nur für Besucher öffnen.

Nach der Neuen Wache als „Zentraler Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ und dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ ist es das dritte Mal, dass in der wiedervereinten Republik eine zentrale Gedenkarchitektur gelungen ist. Gemeinsam sind allen drei Bauwerken die Verhaltenheit, die nachdenkende Stille und Diskretion des Erinnerens. Nun ist es an der Institution Bundeswehr, sich der Würde ihres Ehrenmals würdig zu erweisen.

09.09.2009 Der Tagesspiegel

S. 5

Michael Schmidt

Umstrittener Ort der Trauer. Bundeswehr-Ehrenmal in Berlin eröffnet

<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Bundeswehr-Afghanistan-Ehrenmal;art122,2894979>

Am selben Tag, an dem der Bundestag sich mit zivilen Opfern in Afghanistan befasst hat, wurde in Berlin das umstrittene Ehrenmal für getötete Bundeswehrsoldaten eröffnet.

Berlin - Koinzidenz der Ereignisse: Der deutsche Kampfeinsatz am Hindukusch will es, dass die Einweihung des umstrittenen Ehrenmals für getötete Bundeswehrangehörige ausgerechnet an jenem Tag stattfand, an dem der Bundestag sich mit dem Luftangriff auf zwei Tanklastwagen in Afghanistan befassen musste, der viele, auch zivile Opfer gefordert hat. Bundespräsident Horst Köhler hielt am Dienstag die zentrale Festansprache im Bendlerblock in Berlin, dem Sitz des Verteidigungsministers. „Es ist gut, dass wir diesen Ort jetzt haben“, sagte Köhler.

Das neue Denkmal „mutet uns etwas zu“ – unter anderem das Nachdenken darüber, „welchen Preis wir zu zahlen bereit sind für ein Leben in Freiheit und Sicherheit“. Es munde den politisch Verantwortlichen zu, „sich immer wieder zu vergegenwärtigen, dass ihre Entscheidungen Menschenleben kosten können“. Und es munde „uns allen die Einsicht zu, dass der Staatsbürger in Uniform kein abstraktes Konzept ist, sondern dass unsere Soldatinnen und Soldaten unsere eigenen Söhne, Töchter, Partner und Freunde sind“.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), von dem 2005 die Initiative für die Gedenkstätte ausgegangen war sagte, Soldaten gehörten „der einzigen Berufsgruppe an, die schwört, mit Risiko für Leib und Leben Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Deshalb, so des Ministers Credo, „ist es unsere Aufgabe, alle in ehrender und würdiger Form in Erinnerung zu behalten“.

Der Vater eines 2007 nach vier Monaten Einsatz in Afghanistan bei einem Selbstmordanschlag getöteten Bundeswehr-Soldaten äußerte in bewegenden Worten den Wunsch nach mehr Wahrheit, Offenheit und Anteilnahme. Angehörige fühlten sich mit ihrer Trauer und ihrem Schmerz sowohl in ihrem Lebensumfeld als auch von Politik und Bundeswehr „häufig alleingelassen und unverstanden“. Politiker benutzten allzu oft eine Sprache, die das Volk nicht verstehe, viele Dinge „werden angesprochen, aber nicht beim Namen genannt“. „Wir Menschen da draußen vertragen sehr viel mehr Wahrheit und Offenheit als Politiker uns offenbar zutrauen“, sagte er. Angehörige und Hinterbliebene aber wollten sich angesichts der Nachricht vom Tod eines jungen Menschen, der „eine Geschichte hinter sich, aber keine Zukunft mehr vor sich“ hat, nicht mit Worten arrangieren, die nicht nach Wirklichkeit klingen.

Das Ehrenmal, über deren Standort, Gestaltung und Sinn die Politik jahrelang gestritten hatte, soll an die Toten der deutschen Streitkräfte erinnern. Seit Gründung der Bundeswehr 1955 starben etwa 3100 Soldaten und Zivilbeschäftigte im Dienst. Nach den Plänen des Münchner Architekten Andreas Meck entstand ein 250 Quadratmeter großer, öffentlich zugänglicher Bau aus Stahlbeton, der durch eine Schiebewand zum Ministeriumsgelände hin abgegrenzt werden kann – Baukosten etwa vier Millionen Euro. Im Inneren findet sich ein in Schwarz gehaltener Raum der Stille, wo an einer Gedenktafel Kränze und Blumen niedergelegt werden können. Umhüllt wird das Gebäude von einem Bronzekleid, aus dem halbe Ovale ausgestanzt sind. Diese sind den Erkennungsmarken von Soldaten nachempfunden, die bei deren Tod in der Mitte durchgebrochen werden. Die Inschrift lautet: „Den Toten unserer Bundeswehr für Frieden, Recht und Freiheit“.

Der Namen jedes Mannes und jeder Frau, die im Kampf, bei Anschlägen, bei Übungen und Flugzeugabstürzen das Leben verlor, soll im Raum der Stille durch Buchstaben aus Licht visualisiert werden, die für einige Sekunden aufscheinen und dann wieder verlöschen. Geehrt werden nicht nur Soldaten, die gefallen sind. Das Mahnmal erinnert auch an Unfalltote bei Manövern oder an Einsatzkräfte, die sich wegen der psychischen Belastung im Auslandseinsatz das Leben nahmen. Die Entscheidung, aller zu gedenken, war lange umstritten. Einige Politiker hatten für ein Ehrenmal plädiert, das nur jenen Bundeswehrsoldaten gewidmet ist, die im Einsatz starben – bisher sind das 81 Menschen. Das Verteidigungsministerium wollte hingegen von Anfang kein reines Gefallenendenkmal, sondern ein Ehrenmal für alle Angehörigen der Bundeswehr – auch für die Zivilbeschäftigten. Zahlreiche Abgeordnete hatten sich – „die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee“ – für ein Mahnmal vor dem Reichstag stark gemacht – auch, um alle Parlamentarier fortlaufend an ihre große Verantwortung bei Entscheidungen über Militäreinsätze zu mahnen. Doch Verteidigungsminister Jung wandte sich gegen einen Standort in der Nähe des Bundestages. Für ihn ist der Bendlerblock der Ort in Berlin, „der wie kein anderer für die Bundeswehr steht“. Er setzte durch, das Ehrenmal direkt an seinem Ministerium zu errichten. Als zentrales Ehrenmal – bisher hat jede Waffengattung ihr eigenes. Im Gegenzug soll nach Jungs Vorstellungen das öffentliche Rekrutengelöbnis, das jedes Jahr an die Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944 erinnert, dauerhaft vom Bendlerblock zum Reichstag wandern. In seiner Ansprache nahm Köhler häufig geäußerte Vorbehalte auf: „Wir sind uns bewusst, dass der Soldatentod in der Vergangenheit oft propagandistisch missbraucht und überhöht wurde – gerade in Deutschland. Das Ehrenmal der Bundeswehr jedoch treibt keine falsche Heldenverehrung, es dient keinem Opferkult und es verherrlicht keinen Krieg“, sagte Köhler. „An diesem Ort wird nichts verklärt. Es ist ein Ort der Trauer.“ Am Rande der Zeremonie, an der auch die beiden Militärbischöfe, der Augsburger Bischof Walter Mixa und der lippische Landessuperintendent Martin Dutzmann teilnahmen, kam es zu Protesten von Kriegsgegnern. Ein Demonstrant wurde nach Zwischenrufen – „Soldaten sind Mörder“ – von Polizisten abgeführt. Öffnungszeiten der Gedenkstätte: werktags von 9 bis 18, donnerstags bis 20 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr.

08.09.2009 Der Tagesspiegel
tig

S. 10

Bundeswehr-Ehrenmal wird eingeweiht

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/Bundeswehr-Ehrenmal-Verteidigungsministerium;art270,2894227>

Am Dienstag wird das Ehrenmal der Bundeswehr am Verteidigungsministerium eingeweiht. Nach einer ökumenischen Andacht um 17 Uhr und der Begrüßung durch Ideengeber und Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wird Bundespräsident Horst Köhler die Festansprache halten.

Heute wird das Ehrenmal der Bundeswehr am Verteidigungsministerium eingeweiht. Nach einer ökumenischen Andacht um 17 Uhr und der Begrüßung durch Ideengeber und Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wird Bundespräsident Horst Köhler die Festansprache halten. Mit der Inschrift „Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit“ widmet es die Bundeswehr den seit ihrer Gründung 1955 im Dienst gefallenen knapp 3100 Soldaten.

Der begehbare Quader ist in seiner Formensprache klar reduziert. Durch ein verschiebbares Wandelement schafft der Münchner Architekt Andreas Meck zwei Zugangssituationen. Zu offiziellen Anlässen soll sich das Ehrenmal zum Paradeplatz hin öffnen. An allen anderen Tagen ist der „Raum der Stille“ für Publikum öffentlich zugänglich, um den Toten zu gedenken, deren Namen auf eine Wand im Innenraum projiziert werden.

Abgesehen davon bleibt das Ehrenmal, ähnlich dem Holocaust-Mahnmal, nach dem Willen des Architekten eher unpersönlich. Der Tod werde in verschiedenster Weise symbolisiert, der Betrachter soll ihn spüren können, heißt es in einer Beschreibung des Verteidigungsministeriums. Die Dunkelheit des „Raumes der Stille“ lasse seine Grenzen

verschwimmen. „So wie im Tod das Leben aus den Fugen gerät, erfährt hier die strenge Ordnung und tektonische Schichtung eine Irritation“, erklärt Architekt Andreas Meck.

Auch die strukturierte Außenseite des Monuments, aus der stilisierte Erkennungsmarken ausgestanzt sind, soll den Moment des Todes symbolisieren. Stirbt ein Soldat im Dienst, so werden diese Marken in der Mitte gebrochen. Eine Hälfte verbleibt, der Identifikation wegen, bei der Leiche, die andere Hälfte dient zur Benachrichtigung des Fundes.

Begleitet wird die Einweihung voraussichtlich von Protesten. Eine Initiative hat angekündigt, einen Gedenkstein mit der Aufschrift „Den Toten durch die Bundeswehr“ zu setzen. Der Ort der „antimilitaristische Ent-Rüstung“ solle eine Überraschung sein, heißt es in einer Pressemitteilung.

03.07.2009 Der Tagesspiegel

S. 6

Reinhard Führer

Ehrengräber für deutsche Soldaten

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Afghanistan-Bundeswehr;art141,2838355>

Wir müssen uns der Wahrheit stellen: Die Taliban führen Krieg in Afghanistan. Und den in Afghanistan Gefallenen gebührt mehr als unser Dank.

Wir sollten gegenüber denjenigen, die in Afghanistan für Deutschland ihr Leben lassen, Verantwortung übernehmen – über den Tod hinaus. Denn das sind wir diesen Männern und Frauen, aber auch deren Angehörigen schuldig.

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin. Dieser oft zitierte Spontispruch aus den Tagen der alten Bundesrepublik hat seinen Wirklichkeitsbezug verloren. Fest im Bündnis der Nato verankert und ausgestattet mit robustem UN-Mandat übernimmt Deutschland international an verschiedenen Orten Verantwortung – auch in Afghanistan. Mit dem Marschbefehl des Bundestags ausgestattet, haben sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt deutsche Truppen als Friedensstifter und Aufbauhelfer bewährt.

Nicht allen Menschen in Afghanistan indes sind unsere Friedenstruppen willkommen. Sie werden so das Opfer eines bewaffneten Konflikts und nicht das eines Unglücks. Und doch klingen die Berichte aus dem fernen Hindukusch wie Meldungen vom Autounfall am vergangenen Wochenende. Ums Leben gekommen, getötet: Das klingt schlimm, aber immer noch verhältnismäßig friedlich, eben nach Unfall mit tödlichem Ausgang; schrecklich, normal. Unsere mehr als 3500 Männer und Frauen in Uniform sind eben keine „bewaffneten Entwicklungshelfer“, sondern Soldatinnen und Soldaten in einem der bislang gefährlichsten Einsätze der Bundeswehr. 38 deutsche Männer, darunter drei Polizisten, haben ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie bereits mit dem Leben bezahlt.

Nein, 35 Soldaten sind im Einsatz gefallen, denn so nennt man es, wenn ein Soldat in einem Krieg sein Leben verliert. Es ist ein Krieg in Afghanistan – vielleicht kein Krieg im herkömmlichen Sinne mit Sturmangriffen, tagelangen Trommelfeuern oder gnadenlosen Nahkämpfen, aber eben doch ein Krieg. Mögen wir auch bisher diese Bezeichnung vermieden haben, die Taliban sehen uns als Besatzer, als Feinde, und sie führen einen Partisanenkrieg. Mit ihren Mitteln, mit Anschlägen und Feuerüberfällen, mit Selbstmordattentätern und Sprengfallen. Dem sollte sich die Politik konsequent stellen. Hat nicht Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung erst kürzlich von Gefallenen und Verwundeten in Afghanistan gesprochen? Werden nicht Panzer und Hubschrauber, ja sogar Kampfflugzeuge nach Afghanistan verlegt, um der Bedrohung Herr zu werden?

Wir sollten nicht nur für die Lebenden Verantwortung übernehmen, sondern auch für die Gefallenen. Wir sind es ihnen schuldig, dass sie ein dauerhaftes Ruherecht bekommen. Es kann nicht sein, dass wir weiter den Tod eines Soldaten zu einem Berufsunfall in Afghanistan herabsetzen.

Deshalb fordert der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine Ergänzung des Gräbergesetzes. Denn im Gegensatz zu ihren Vätern und Großvätern, die für ein verbrecherisches Regime in den Krieg ziehen mussten, ist die Bundeswehr im Auftrag des Bundestages und der UN im Einsatz. Doch während die Gefallenen der Weltkriege nach internationalem Recht ein dauerhaftes Ruherecht haben und die Gräber über die

Landesgrenzen hinaus vom Volksbund gepflegt werden, kommt dieser letzte Dienst nach aktueller Gesetzeslage den gefallenen Bundeswehrangehörigen nicht zu.

Bisher werden die in Friedenseinsätzen Gefallenen überführt und auf Kosten der Bundeswehr beerdigt sowie die Grabstelle, je nach Satzung für 25 oder 30 Jahre, bezahlt. Für die Grabpflege sind jedoch allein die Angehörigen zuständig. Selbstverständlich hat die Familie das Recht zu entscheiden, wo die Gefallenen beerdigt werden sollen, und selbstverständlich hat sie das Vorrecht, sich um das Grab zu kümmern. Falls die Familie dazu jedoch nicht in der Lage ist oder es wünscht, sollte der Staat diese Aufgabe auf Dauer übernehmen.

Der Autor ist Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Präsident a. D. des Berliner Abgeordnetenhauses.

03.05.2009 Der Tagesspiegel S. 5
ddp

Auch Innenministerium plant Ehrenmal

<http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,2787763>

Berlin - Auch das Bundesinnenministerium plant nun ein Ehrenmal für im Dienst Getötete. Es soll Bundespolizisten, BKA-Beamte und Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks ehren, die ihr Leben in Einsätzen verloren haben, und laut „Spiegel“ im Laufe des Jahres im Innenhof des Ministeriums aufgestellt werden. Neben den Namen der Toten sollen Geburts- und Todesjahr gezeigt werden. Bisher hat das Verteidigungsministerium ein Ehrenmal für getötete Soldaten in Planung.

14.03.2009 Der Tagesspiegel S. 4
bib

Bundeswehr: 3000 starben im Dienst

<http://www.tagesspiegel.de/politik/Bundeswehr-Statistik:art771,2751212>

Die Bundeswehr hat zum ersten Mal relativ detailliert Auskunft über die Zahl ihrer Toten und Verletzten gegeben. Nach den am Freitag im Internet veröffentlichten Tabellen sind seit Gründung der Bundeswehr 1955 insgesamt 2990 Soldaten und Zivilbedienstete "infolge Ausübung ihrer Dienstpflichten" gestorben, die meisten bei Unfällen.

Berlin - Während der Auslandseinsätze seit 1994 verloren 76 Soldaten ihr Leben. 14 dieser Toten wurden Opfer von Anschlägen in Afghanistan, 26 Soldaten starben bei Unfällen und fünf bei „Unfällen mit Schusswaffen“. 18 Soldaten nahmen sich im Auslandseinsatz selbst das Leben, 13 starben eines natürlichen Todes oder beim „Umgang mit Fundmunition“. Darunter sind auch die zwei Soldaten, die beim Entschärfen eines Raketenblindgängers 2002 in Kabul umkamen.

Eine Kategorie „Kampfhandlungen“ gibt es in der Statistik nicht. Auch bei den durch Waffen Verletzten im Einsatz wird nicht nach Kampf, Hinterhalt oder Unfall unterschieden. Bis 2006 sei dieser Unterschied gar nicht erfasst worden.

Die Zahl der Verletzten ist auch aus anderen Gründen nur bedingt aussagekräftig. Bis heute registriert die Bundeswehr mehr als eine Million Verletzte im Dienst, davon 55 000 im Einsatz. Im Auslandseinsatz meldet der Sanitätsdienst allerdings auch Bagatellverletzungen, was die relativ hohe Zahl erklärt. Bei 243 Verletzungen waren Waffen im Spiel – auch hier seien Unfälle der häufigste Grund.

Das Leben genommen haben sich 3417 Soldaten und Zivilbedienstete. Die meisten Suizide gab es in den 70er und 80er Jahren. Eine Erklärung könnte darin liegen, dass die Zahl der eingezogenen Wehrpflichtigen im gefährdeten Jugendalter höher war als heute. Im Auslandseinsatz töteten sich 18 Bundeswehr-Angehörige selbst.

Insgesamt zeigt diese Statistik bei Toten wie Verletzten eine rückläufige Tendenz. Die erklärt sich allerdings zum Teil schlicht durch die ständige Verkleinerung der Bundeswehr. Dazu kommt vermutlich verbesserte Sicherheit am Arbeitsplatz Armee.

02.02.2009 Das Parlament

S. 4

leu

Ehrendenkmal am Reichstag?

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/06-07/Innenpolitik/23467109.html>

Der Bundestag soll sich mit der Frage befassen, ob vor dem Reichstagsgebäude ein Ehrenmal für im Auslandseinsatz ums Leben gekommene Soldaten, Polizisten und Angehörige von Rettungs- und Hilfsdiensten errichtet wird. Das Thema sei "diskussionswürdig", betonte der Petitionsausschuss am 28. Januar und beschloss mehrheitlich, die Eingabe eines Bürgers den Fraktionen des Parlaments zur Kenntnis zu geben.

In der öffentlichen Petition wird gefordert, ein Ehrendenkmal für alle im Einsatz "gefallenen deutschen Soldaten und Polizisten" vor dem Reichstagsgebäude zu errichten. Es soll eine Liste mit den Namen aller "für das Vaterland Gefallenen" enthalten, um so sicherzustellen, dass diese nicht in Vergessenheit geraten. Der Petitionsausschuss verwies im Rahmen der Beratung auf das geplante "Ehrenmal der Bundeswehr" des Verteidigungsministeriums (Bendlerblock). Er begrüßte zudem das Vorhaben des Innenministeriums, ein Zeichen des Gedenkens für Polizisten sowie Angehörige von Rettungs- und Hilfsdiensten zu setzen, die im Auslandseinsatz ums Leben gekommen sind.

05.01.2009 Das Parlament

S. 19

Alexander Weinlein

Ernstfall Tod. Politik und Gesellschaft tun sich schwer mit dem Gedenken an die gefallenen Soldaten

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/01-02/PolitischesBuch/23184062.html>

Es ist ein nüchternes Fazit, das der Politologe Herfried Münkler zieht: die deutsche Gesellschaft könne mit den in Auslandseinsätzen der Bundeswehr getöteten Soldaten lediglich "umgehen, indem sie diese vergisst und verdrängt". Das erinnernde Gedenken an diese Soldaten aber stehe "quer zu ihrem Selbstverständnis". Münkler ist einer von 13 Autoren, die an dem Sammelband "Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik" mitgewirkt haben. Der Band widmet sich einer Frage, mit der sich Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1990er Jahre nicht auseinandersetzen musste. Wie gedenkt eine Gesellschaft seiner Soldaten, die im Einsatz sterben oder getötet werden? Seit Gründung der Bundeswehr 1955 sind zwar mehr als 2.900 Soldaten und Zivilangestellte der Streitkräfte ums Leben gekommen. Diskutiert wird die Frage jedoch erst seitdem deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen durch Anschläge und in Kampfhandlungen getötet wurden. Konkret wurde die Diskussion im Zusammenhang mit dem Bundeswehr-Ehrenmal, das im Frühjahr 2009 eingeweiht werden soll.

Die Autoren des Sammelbandes nähern sich der Frage, je nach ihrer Profession, aus unterschiedlichen Richtungen - politologisch, historisch, theologisch, städtebaulich und psychologisch. Verbindliche Antworten können sie indes nicht liefern. Aber der Band vermittelt einen guten Eindruck über die Spannweite des Themas.

Distanzierung

Früher war es "einfach": Soldaten fielen im Krieg für Gott, Kaiser und Vaterland, später dann für den "Führer". "Süß und ehrenvoll" soll dies gewesen sein. Das meinten nicht nur die alten Römer. Doch die Zeiten der Helden- und Kriegerverehrung gehören - zumindest in Deutschland - weitestgehend der Geschichte an. Der Historiker Manfred Hettling beschreibt die spezifische deutsche Problematik treffend, wenn er konstatiert, dass die "politische

Distanzierung von der nationalistischen und nationalsozialistischen Vergangenheit" dazu geführt habe, "dass militärisches Handeln in der Bundesrepublik grundsätzlich unter moralischen Vorbehalt gestellt wird". Als "postheroische Gesellschaft" bezeichnet Münkler dieses Phänomen. So vermeiden die politisch Verantwortlichen auch fein säuberlich den Begriff "Krieg" - selbst wenn die Bundeswehr in Kriegsregionen zum Einsatz kommt. Statt dessen werden Vokabeln wie "Kampfeinsatz" oder "robustes Mandat" bemüht.

Ehrung

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hätte es gerne einfach: "Staat und Gesellschaft", so betonte er bei der Grundsteinlegung für das Bundeswehr-Ehrenmal am 26. November 2008, "haben eine Verpflichtung, alle, die in Ausübung ihres Dienstes für die Bundeswehr ihr Leben verloren haben, zu ehren." Dies trifft vor allem dann zu, wenn man der Einschätzung seines Amtsvorgänger Peter Struck (SPD) folgt, dass Deutschlands Freiheit auch am Hindukusch verteidigt wird. Doch genau hier liegt nach Münkler das Problem: "Wenn deutsche Soldaten in Bosnien, im Kosovo oder in Afghanistan den Tod finden, dann nicht, weil sie mit ihrem Einsatz eine direkte Bedrohung der deutschen Bevölkerung abgewehrt hätten, sondern sie sterben zu allererst für das Interesse der an einem friedlichen Leben interessierten Bevölkerung" in den Einsatzländern. Dies führe letztlich entweder zu "gedankenloser Gleichgültigkeit" in der deutschen Bevölkerung oder zu der kritischen Einschätzung, dass hinter den Einsätzen doch eher "egoistische Motive" - sprich: macht- und wirtschaftspolitische Interessen - stecken müssten, weswegen sie abzulehnen seien.

Münkler weist in seinem Beitrag zu Recht darauf hin, dass im Falle der in Auslandseinsätzen getöteten Soldaten die gesamte Last bei denen liegt, die die Soldaten in die Einsätze geschickt haben, sprich: beim Deutschen Bundestag. "Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee", betonen Abgeordnete immer wieder. So hatten sich denn beispielsweise der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), und die FDP-Fraktion wiederholt für ein Ehrenmal in unmittelbarer Nähe oder sogar im Reichstagsgebäude ausgesprochen. Statt dessen wird es aber im Bendlerblock, dem Berliner Amtssitz des Verteidigungsministeriums errichtet. Dieser Kontroverse hätten die Autoren des Bandes durchaus einen größeren Raum einräumen dürfen. Die Kunstpublizistin Stefanie Endlich bemängelt aber immerhin, dass eine angemessene und transparente öffentliche Debatte um Widmung, Aufgabe, Standort und Gestaltung des Ehrenmals nie geführt worden sei. Das Ehrenmal sei "wie ein Fremdkörper" in die Berliner Erinnerungslandschaft "implantiert" worden. Der Stadtplaner Günter Schlusche hält dagegen, dass der Standort "ein adäquater Ausdruck des Status" sei, den die Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft habe. So formuliert mag dies sogar stimmen. Denn die Streitkräfte sind, so schreibt Thomas Bulmahn vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, "immer weniger im persönlichen Lebensumfeld der Bürger präsent".

Manfred Hettling, Jörg Echterkamp (Hg.): Bedingt erinnerungsbereit. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2008; 176 S., 17,90 €

28.11.2008 Der Tagesspiegel

S. 7

ddp/dpa/lha

Ehrenmal für tote Soldaten. Das Bundeswehr-Ehrenmal erinnert an getötete Soldaten. Bis zur Grundsteinlegung war es ein schwieriger Weg

<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Ehrenmal-Gedenken-Franz-Josef-Jung;art122,2671695>

Berlin - Berlin - Eine anonyme Totenehrung zum Volkstrauertag – darauf beschränkte sich bisher das offizielle Gedenken an ums Leben gekommene Soldaten und Zivilangehörige der Bundeswehr. Nun sollen sie in einem Ehrenmal „einen Namen bekommen“. Seit Gründung

der Bundeswehr im Jahr 1955 sind es mehr als 2900 Namen geworden. 76 von ihnen starben bei Auslandseinsätzen, viele andere wurden das Opfer von Unfällen.

Vom Sommer 2009 an soll das Bundeswehr-Ehrenmal in Berlin für Hinterbliebene der Opfer, aber auch für jeden interessierten Besucher frei zugänglich sein. „Die Forderung nach Tapferkeit schließt auch die Bereitschaft ein, das Teuerste zu geben was man hat, das eigene Leben“, sagte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) am Donnerstag bei der Grundsteinlegung im Bendlerblock am Berliner Sitz des Ministeriums.

Das Ehrenmal nach den Plänen des Münchner Architekten Andreas Meck wird ein Bau aus Stahlbeton, umhüllt von einer Bronzehaut, aus der halbe Ovale ausgestanzt sind. Diese sind den Erkennungsmarken von Soldaten nachempfunden. Im Inneren ist ein in Schwarz gehaltener Raum der Stille vorgesehen, wo Blumen niedergelegt werden können. Änderungen am ursprünglichen Entwurf verzögerten den Baubeginn und ließen die Kosten auf vier Millionen Euro steigen.

Andere Länder wie Frankreich und Italien haben schon lange eine zentrale Erinnerungsstätte für ihre gefallenen Soldaten. In Deutschland gibt es zentrale Gedenkstätten für im Dienst umgekommene Bundeswehrsoldaten bislang nur für die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine – sie sind auf abgelegene Standorte in Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein verteilt. Außer bei der Linken, die darin eine „unreflektierte Überhöhung kriegerischer Gewalt“ sieht, war sich die deutsche Politik über die Notwendigkeit eines zentralen Berliner Ehrenmals einig. Streit entzündete sich an der konkreten Standortfrage. Viele Parlamentarier forderten, die Gedenkstätte nicht auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums zu errichten, sondern in der Nähe des Bundestags. Schließlich seien es die Abgeordneten, die die Soldaten in gefährliche Auslandseinsätze schicken. Doch dieser Argumentation widersprach Minister Jung vehement. Seiner Ansicht nach soll sich das Ehrenmal nicht auf diejenigen beschränken, die im Auslandseinsatz getötet werden. Es soll an alle 2900 Bundeswehrangehörigen – auch die Zivilisten – erinnern, die in Ausübung ihrer Pflicht ums Leben kamen. Und das Ministerium sei nun mal jener Ort in Berlin, „der wie kein anderer für die Bundeswehr steht“.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Rainer Stinner sagte dem Tagesspiegel: „Das Ehrenmal steht am falschen Ort. Es gehört an den Bundestag, der das meistbesuchte Parlament der Welt ist. Das Gedenken an die gefallenen Soldaten muss mehr Öffentlichkeit erreichen und stärker ins Bewusstsein der Menschen kommen, als es der Standort am Bendlerblock ermöglicht.“ Auch der Wehrbeauftragte des Bundestags, Reinhold Robbe (SPD), sagte in der ARD, die Soldaten hätten sich einen prominenteren Platz gewünscht. Der kritische Offiziersverband „Darmstädter Signal“ die „Wartehalle im Großformat“. Sie sei für die persönliche Trauer der Hinterbliebenen nicht geeignet, sondern für „die vor laufenden Kameras öffentlich vorgetragene Trauershow des Herrn Ministers“.

27.11.2008 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 37

Andreas Kilb

Ein Dreiklang aus Stille, Licht und Finsternis. Kein Hurra aus Stein: Das Ehrenmal der Bundeswehr

24.11.2008 Der Spiegel S. 184-186

Paul Nolte

Fremde Soldaten. Deutschlands Verhältnis zu seiner Armee

04.09.2008 Der Tagesspiegel S. 2

"Der Kampf gehört zum Auftrag dazu". Interview mit Christian Schmidt

<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages-Bundeswehr;art693.2607118>

Herr Schmidt, der Bundeswehrverband wirft der Regierung vor, die Wahrheit über den Afghanistan-Einsatz mit gestelzten Wendungen zu verschleiern. Was sagen Sie dazu?

Wir sollten hier keine Rhetorikschlacht beginnen. In unserem Sprachgebrauch sprechen wir nicht von Kreuzzügen, wenn es gegen Terrorismus geht und nicht von Krieg, wenn es um Fälle von Anwendung bewaffneter Gewalt geht. Im Ergebnis bleibt klar: In Afghanistan ist der Auftrag der Bundeswehr nicht nur, den zivilen Aufbau zu unterstützen, sondern auch zu sichern. Das bedeutet auch, zu kämpfen. Wenn wir das zurückhaltend formulieren, dann auch deswegen, weil jede Kampfhandlung in unserem Verständnis in das Völkerrecht und in die Einsatzregeln eingebunden werden muss. Mit den Begriffen darf man nicht leichtsinnig umgehen.

Verteidigungsminister Jung hat bei der Trauerfeier für in Nordafghanistan getöteten Hauptfeldwebel erklärt, er sei am Hindukusch „ums Leben gekommen“. Der Bundeswehrverband sagt, man müsse von einem Soldaten sprechen, der „für die Bundesrepublik Deutschland gefallen“ ist.

Wie immer man es bezeichnet: Der Soldat hat sein Leben für den Auftrag und die Sicherheit unseres Landes gegeben.

Glauben Sie, dass ein entsprechendes Pathos die Trauer für die Angehörigen von getöteten Soldaten erträglicher macht?

Wir sollten mit Pathos in unserem Land sehr zurückhaltend umgehen. Ich ziehe da den persönlichen Zuspruch und die Versicherung der Anerkennung der Leistungen bis hin zu einem Ehrenmal für die im Einsatz zu Tode gekommenen Soldaten vor. Das Pathos ist in Deutschland oft missbraucht worden, dass man klug daran tut, es zurückhaltend zu nutzen.

Ist es nicht angesichts der jetzigen Lage in Afghanistan an der Zeit für eine neue, deutliche und vielleicht auch ehrlichere Sprache seitens der Politik?

Wir müssen deutlich machen: Der Kampf gehört zum Auftrag mit dazu. Wenn zu Beginn des Einsatzes vor sechs Jahren der Eindruck erweckt worden ist, es handle sich nur um eine Art bewaffnetem Einsatz von Entwicklungshelfern, leiden wir in der öffentlichen Wahrnehmung schon ein Stück unter dieser Camouflage.

Die Regierung bezeichnet den Afghanistaneinsatz als „Stabilisierungsmission“. ExVerteidigungsminister Struck hat gesagt, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt. Der Bundeswehrverband wiederum spricht vom „Krieg gegen einen zu allem entschlossenen, fanatischen Gegner“. Welche Sichtweise ist angemessen?

Es ist ein robuster Friedensschutz, kein neuer Krieg.

Christian Schmidt (CSU) ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Mit ihm sprach Sarah Kramer.

04.09.2008 Der Tagesspiegel

S. 8

Malte Lehming

Für Deutschland gefallen. Wenn Soldaten sterben: Was die Trauersprache über das Verhältnis zur Armee sagt.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Bundeswehr;art141,2607025>

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Die Mehrheit der Abgeordneten und die Regierung befinden über den Einsatz der Soldaten. Leichten Herzens geschieht das nie. Ob am Horn von Afrika, auf dem Balkan, vor den Küsten Libanons oder in Afghanistan: Über Sinn und Auftrag der Mission wird stets debattiert. Niemand nimmt Regierung und Parlament die Entscheidung ab, weder UN noch Nato. Wer deutsche Soldaten entsendet, tut dies im Namen Deutschlands.

Im Krieg wird getötet und gestorben. Fällt also das Sterben eines Soldaten im Dienst unter die Kategorie „Berufsrisiko“, vergleichbar mit Polizei und Feuerwehr? Man kann es so nüchtern sehen. Deshalb starben deutsche Soldaten bislang auch nie für Frieden, Freiheit und Demokratie, oder gar für Volk und Vaterland; sie kamen „einsatzbedingt ums Leben“, manchmal auch „durch Fremdeinwirkung“.

Der Chef des Bundeswehrverbands, Bernhard Gertz, empört sich über solch „gestelzte Wendungen“. Er fordert eine klarere Sprache. Mit Blick auf einen jüngst in Afghanistan getöteten 29-jährigen Soldaten sagt er, dieser sei „für die Bundesrepublik Deutschland

gefallen“. Das klingt zunächst, zumal vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, nach reichlich viel Pathos, Heroisierung und Überhöhung. Soldatische Totenkulte wurden den Deutschen ja gründlich ausgetrieben. Wir sind „postheroisch“ geworden.

Diese Haltung aber war nur so lange berechtigt, wie das Sterben von Bundeswehrsoldaten ausgeblendet, ja verdrängt werden konnte. Ihr Image war das von Aufbauhelfern. Das hat sich spätestens mit dem Afghanistaneinsatz geändert. Dort herrscht Krieg, der Gegner wird stärker statt schwächer. Und Soldaten riskieren nicht nur ihr Leben, sondern sind es zu geben bereit. Wird diese Bereitschaft durch Sold und Zuspruch ausreichend gewürdigt?

Viele Soldaten empfinden es nicht so. Aus ihrer Mitte kommt die Bitte nach einem Ehrenmal für im Ausland getötete Kameraden sowie nach einer Gedenksprache, die nicht verschämt-verdrückt nach Autopsiebefund klingt. Wer grundsätzlich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ist, wird dieses Ansinnen ablehnen. Wer aber Einsätze bejaht, steht auch in der Pflicht, eine Würdigungs- und Danksagungsform für die Truppe zu finden. Der Respekt für die Opfer, die jeder Soldat bringt, sollte Ausdruck finden in besonderen Riten und besonderer Rhetorik.

Daraus folgt weder eine Heroisierung des Soldatentums noch eine Militarisierung der Gesellschaft. Im Gegenteil: Wer auf ein Quentchen Pathos zurückgreift, bringt sich selbst in größere Erklärungsnot. Wer bei einem Begräbnis behauptet, der Soldat sei „für die Bundesrepublik Deutschland gefallen“, für Frieden, Freiheit und Demokratie, der sollte dies belegen können. Er muss glaubwürdig eine sicherheitspolitische Begründungskette entwickeln, an deren Ende das Interesse des Landes steht. Sich in aseptische Trauerbekundungen zu flüchten, mag ziviler erscheinen, ist aber vor allem eins: bequemer.

23.07.2008 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 31

jau

Mit Eichenlaub. Baumstreit um Berliner Ehrenmal

23.07.2008 Der Tagesspiegel S. 8

C. v. L.

Streit um Bäume vor Bundeswehr-Ehrenmal. Für das geplante Bauwerk sollen fünf junge Bäume abgeholzt werden. So will es das Bundesverteidigungsministerium, da die Bäume die Sicht auf das 40 Meter lange Bronze-Ehrenmal verdecken. Das Bezirksamt Mitte sieht das anders.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/Bundeswehr-Ehrenmal-Bundesverteidigungsministerium-Bezirksamt-Mitte;art270,2577612>

Nach dem Streit um das Gelöbnis vor dem Reichstag gibt es wieder Reibereien zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Bezirksamt Mitte. Es geht um fünf junge und recht dünne Bäume an der Hildebrandstraße, die für das geplante Bundeswehr-Ehrenmal am Grundstücksrand zwischen Straße und Bendlerblock gefällt werden müssten. Der Bund meint, dass dies für die bessere Sicht auf das Ehrenmal und den Eingang an der Straße unumgänglich sei. Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) bezweifelt das.

Der Bauherr, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, solle seine Argumente im September im Bauausschuss erläutern, vor Ablauf der Vegetationsperiode dürfe ohnehin nicht gefällt werden, sagte Gothe. Ursprünglich war der Bau des Ehrenmals, einer rund 40 Meter langen, bronzeverkleideten Halle mit einem „Raum der Stille“, schon im Frühjahr geplant, fertig sollte das Bauwerk noch in diesem Jahr sein. Allerdings habe es auch Umplanungen gegeben. Der Bund erwartet den Baubeginn trotz des Baumstreits noch 2008 und im nächsten Frühjahr die Eröffnung.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung bedauerte die Verzögerung, begrüßte gestern aber das Angebot, die Pläne im Bezirksausschuss noch einmal zu erörtern. Das wird vermutlich Präsident Florian Mausbach tun. Der Sprecher des Bundesamtes, Andreas Kübler, wies darauf hin, dass das Ehrenmal ausdrücklich an der Nahtstelle zwischen Ministeriumsgelände und Straßenrand errichtet werden und jederzeit öffentlich zugänglich

sein sollte. Eine Baugenehmigung sei vorhanden. Sollten die Bäume bleiben, müsste das bis zu vier Millionen Euro teure Projekt zeitaufwendig umgeplant und weiter von der Straße weg errichtet werden, was der geplanten Nähe zum öffentlichen Raum widerspreche. Der Baustadtrat meinte, das Vorhaben ließe sich auch mit den Bäumen verwirklichen, es gehe um „räumliche und ästhetische Argumente“. Er bemühe sich um eine „einvernehmliche Lösung“.

Im Juni 2007 hatte der Münchner Architekt Andreas Meck den Wettbewerb gewonnen. Das Ehrenmal wird die Inschrift tragen: „Den Toten unserer Bundeswehr/Für Frieden, Recht und Freiheit“. Nach der Präsentation des Entwurfs hatten rund 90 Historiker in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gefordert, den Bau zu verschieben. Der Entwurf stelle eine „sakrale Überhöhung des Soldatentods“ dar, es müsse eine breite öffentliche Debatte geben.

18.02.2008 Das Parlament

S. 13

Ske

Soldaten-Mahnmal wird kommen.

<http://www.das-parlament.de/2008/08/KulturMedien/19609220.html>

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat je einen Antrag der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (16/5891, 16/5894) zu dem von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) geplanten Ehrenmal für Soldaten am Bundesverteidigungsministerium abgelehnt. Die Linke hatte sich gegen ein solches Ehrenmal ausgesprochen, das einem "Totenkultgedenken" entspreche. "Wir brauchen stattdessen ein Mahnmal gegen Krieg und für Opfer gegenwärtiger und zukünftiger Kriege", so die Linke. Die Grünen hatten in ihrem Antrag für ein Mahnmal in der Nähe des Bundestags geworben, da die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. "Wir halten den Ort, der jetzt vorgesehen ist, für sehr unglücklich, und den Begriff des Ehrenmals für nicht akzeptabel", betonten sie vor der Abstimmung erneut. Aufgrund einer mangelnden öffentlichen Debatte hatten sie in ihrem Antrag auf eine Verschiebung des Denkmalbaus gedrungen. Die FDP schloss sich dem Ansinnen der Grünen an, da sie auch ein Mahnmal in der Nähe des Bundestags befürwortete. Aus den Reihen der SPD hieß es, man bedaure, dass die Öffentlichkeit nicht in die Entscheidung mit einbezogen worden sei. Es sei "quasi ein Ehrenmal per Befehl". Da die Entscheidung jedoch gefallen sei, seien beide Anträge veraltet. Die CDU bestritt ein "undemokratisches Vorgehen" des Verteidigungsministers, wie Die Linke es ihm vorgeworfen hatte. "Der Minister kommt dem Wunsch hunderter Abgeordneter entgegen", sagte ein CDU-Vertreter. Außerdem seien entsprechende Mahnmale in Deutschlands Nachbarländern selbstverständlich.

Jan. 2008 art. Das Kunstmagazin 1/08

S. 109

Unzeitgemäße Weihehalle. Interview: Stefanie Endlich gegen Bundeswehr-Ehrenmal

24.11.2007 Der Tagesspiegel

S. 25

Münkler, Herfried

Opfer und Erinnerung. Für die gute Sache. Die Bundeswehr bekommt in Berlin ein Ehrenmal. Wie gedenkt man der Soldaten, die im Ausland sterben? Eine Diskussion darüber fehlt.

Es wird vieler Menschen gedacht in Deutschland, und dazu haben wir angesichts unserer Geschichte auch allen Grund. Schwieriger wird es jedoch, sobald wir uns der jüngsten Geschichte nähern, in der Krieg und Gewalt zu unser aller Glück keine größere Rolle mehr gespielt haben. Auch hier hat es Opfer gegeben, wenn auch nicht in großer Zahl: die Toten an Mauer und Stacheldraht etwa oder die von Terroranschlägen der RAF und inzwischen auch die von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Das entscheidende Merkmal dieser Einsätze ist, dass sie weniger im eigenen deutschen Interesse als vielmehr in dem der Menschen des Einsatzgebietes erfolgen. Es handelt sich um politisch wie moralisch begründete Aktionen, bei denen entsandte Soldaten (und

Polizisten) ihr Leben verloren haben. Es gibt allen Grund, ihrer zu gedenken. Dennoch tun wir uns schwer damit. Warum eigentlich?

Die Gräber der getöteten Soldaten befinden sich in ihren früheren Wohnorten, dort, wo sie als Söhne, Brüder, Ehemänner und Väter gelebt haben und wo es Verwandte und Freunde gibt, die um sie trauern. Dementsprechend wird ihrer dort gedacht. Bei einem politischen Gedenkort geht es jedoch um die Toten nicht als Verwandte und Freunde, sondern als Soldaten, die sich für politische Ziele und moralische Werte in die Pflicht nehmen ließen. Das Persönliche verschwindet im Offiziellen, was dann auch heißt, dass das Offizielle durch das Persönliche nicht geschützt ist.

Pietät kann als Schutzmantel für das Denkmal nur marginal in Anspruch genommen werden. Es steht für den politischen Auftrag, in dessen Rahmen die Soldaten getötet wurden. Man muss damit rechnen, dass es politisch motivierten Attacken ausgesetzt ist. Zerstörungen, Beschmierungen und vor allem Beschriftung mit politischen Parolen sind vorzusehen, die am Gedenkort eine Aufmerksamkeitsprämie bekommen.

Der Effekt des Gedenkorts wäre dann das Gegenteil dessen, was mit ihm beabsichtigt würde. Soll man ihn Tag und Nacht bewachen, um ihn gegen Bemalungen zu schützen? Das wäre gegen den Sinn eines Gedenkorts. Eine Platzierung im öffentlichen Raum ist unter diesen Umständen kaum möglich. Das Gelände des Verteidigungsministeriums, der Bendler-Block, war somit die naheliegende Lösung. Über der Frage des Ortes ist die der Form in den Hintergrund getreten, und mit der Entscheidung für den Bendler-Block ist das Problem der ästhetischen Gestaltung weithin uninteressant geworden. Eine öffentliche Debatte ist jedenfalls nicht geführt worden.

In vielen Städten und Dörfern stehen die Denkmale für die Gefallenen so mancher von Berlin aus in Gang gesetzter Kriege. Mit denen müssten wir politisch eigentlich sehr viel größere Probleme haben. Ist er nicht mit denselben Kategorien zu beurteilen, mit denen wir sonst die Welt der Gedenkort durchschreiten?

Die erste Antwort darauf lautet, dass es Orte eines heißen und solche eines erkalteten Erinnerns gibt. Der letzte deutsche Krieg liegt mehr als sechs Jahrzehnte zurück. Die Erinnerung daran ist, trotz entgegengesetzter Bemühungen, verblasst, und die politischen Konstellationen, aus denen heraus dieser Krieg geführt wurde, sind längst Geschichte. Nur am Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe kommt es regelmäßig zu rechtsradikalen Aufmärschen. Die sind für die Republik eher peinlich als politisch folgenreich.

Zum Zweiten geht der Unterschied zwischen „Kriegsdenkmälern“, wie sie auf jedem Dorfbauer stehen, und dem Gedenkort für die Getöteten der Auslandseinsätze aus der sozialen Einbettung hervor: Was auch immer auf dem Gedenkstein an markigen Parolen oder Formeln der Trauer zu lesen sein mag – bedeutsam sind die Namen der Gefallenen und vielleicht noch Ort und Zeitpunkt ihres Todes. Es sind die Namen derer, die aus dem Ort stammen und dort Freunde und Verwandte hatten. Der politische Auftrag, der sie in den Tod geführt hat, verschwindet hinter der Verbundenheit mit dem unmittelbaren Umfeld. Das schützt die Denkmale davor, zum Austragungsort politischer Meinungs- und Gesinnungskämpfe zu werden. Dieser Schutz geht dem Gedenkort für die Getöteten der Auslandseinsätze ab.

Eine dritte Antwort schließlich zielt auf einen terminologischen Unterschied. Ganz selbstverständlich sprechen wir bei den klassischen Kriegstoten von „Gefallenen“, während die Opfer von Auslandseinsätzen „Getötete“ heißen. Die sprachliche Separierung beider Gruppen mag politisch gute Gründe haben, nimmt aber denen, die als „getötet“ geführt werden, die Aura des Sakralen. Im Begriff des „Fallens“, den man auch als puren Euphemismus zurückweisen kann, ist eben die Opferqualität des Todes enthalten.

Was im Deutschen sprachlich eins ist, Opfer, wird im Lateinischen und den sich daran anlehenden Sprachen sehr genau unterschieden: *victima* und *sacrificium*. Nur Letzterem haftet die Idee des stellvertretenden und rettenden Opfers an, die aus dem religiösen Bereich auf die Toten von Kriegen übertragen worden ist. Die Getöteten der Auslandseinsätze müssen gemäß offizieller Sprachregelung ohne diese Sakralisierung auskommen, und das ist ein erhebliches Manko, wenn es um die sakrale Aura ihrer Gedenkstätte geht.

Womöglich steht dahinter aber nicht nur die terminologische Sorgfalt von Ministerialbeamten, sondern auch ein sachliches Problem: die mit humanitären Interventionen einhergehende Verpolizeilichung des Militärs, die einer Opferassoziation im Sinne des sacrificium entgegensteht. Die Idee des stellvertretenden oder rettenden Opfers ist mit einem Auslandseinsatz zur Durchsetzung von Menschenrechten nur schwer zu verbinden, jedenfalls was das Entsendeland anbetrifft. Das rettende Opfer bringt der Soldat, wenn überhaupt, für die Menschen im Einsatzgebiet. Aber die stellen das Denkmal ja nicht auf. So verlängert sich das Dilemma der humanitären militärischen Interventionen schließlich bis zum Erinnerungsort für die dabei Getöteten: dass diese Interventionen zwar wie kaum ein anderer Militäreinsatz politisch und moralisch gut begründet sind, dass sie aber selten aus den vitalen Interessen des Entsendelandes heraus erfolgen. Sie sind Ausdruck unserer Großzügigkeit, die wir auch einstellen können, wenn sie uns auf Dauer zu teuer kommt. Darüber befindet das Parlament Jahr für Jahr.

Tote, die der Preis politischen Kalküls sind, können leicht in eine Anklage gegen das politische System umgemünzt werden, zumal dann, wenn sie zu sakrifiziellen Opfern stilisiert werden. Stellt eine zentrale Gedenkstätte für Bundeswehrsoldaten, die als Tote aus der Fremde heimkehren, also eine Gefahr dar? Die bescheidene Randständigkeit des Gedenkortes im Bendler-Block bietet nicht den Raum für Heldenerzählungen. So bleibt das Parlament geschützt vor der Infragestellung seiner Entscheidung durch eine Bilanzierung der Opfer nach heroischen Gesichtspunkten.

Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität. Zuletzt ist von ihm das Buch „Imperien. Die Logik der Weltherrschaft“ (Rowohlt) erschienen.

24.11.07 Berliner Zeitung

Bernau, Nikolaus

Der Bundestag drückt sich noch. Berlin hat etliche Denkmäler für Kriegstote und erhält ein Bundeswehr-Ehrenmal. Das ist zu wenig

Es ist, wie man im protestantisch-trockenen Ton so sagt, Totenwoche. Die Woche zwischen Volkstrauertag und Totensonntag, bevor in der Adventszeit die Vorbereitung auf das christliche Frohlocken beginnt. Eine gute Zeit, auch um über kollektive Formen des Erinnerns nachzudenken. Zumal offenbar eine neue deutsche Gedenkformendebatte begonnen hat.

Bis in die 90er-Jahre wurde in Ost-, West- und dann in Gesamtdeutschland vornehmlich der Opfer der Nazizeit und des 2. Weltkriegs gedacht. Tausende von kleinen Monumenten in Dorfkirchen und auf Friedhöfen entstanden, einstige Konzentrationslager wurden - mal abstrakt wie in Dachau, mal pathetisch wie in Buchenwald - als Gedenkstätten inszeniert. Schließlich entstanden Monumente eines neuen deutschen Geschichtsbewusstseins, in dem die Katastrophe als Teil der nationalen Identität begriffen wurde: der Umbau der Neuen Wache Unter den Linden; das Holocaust-Denkmal; die Beschlüsse für Denkmäler, die an verfolgte und ermordete Homosexuelle, Sinti und Roma erinnern sollen sowie der jüngst begonnene Bau der Topografie des Terrors

Nun aber geht es vermehrt um die Nachkriegszeit und um deren revolutionäre, zivile und militärische Geschehnisse und Opfer. Immer wieder werden Monumente gefordert, die etwa an die Verkündung des Grundgesetzes 1949 in der Bundesrepublik, an den Aufstand von 1953 in der DDR oder an die Ideale der Revolution von 1989 erinnern.

Eines dieser Nachkriegs-Monumente, wie wir sie hier einmal nennen wollen, ist sogar schon in die Realisierungsphase eingetreten, obwohl die für den vergangenen Volkstrauertag geplante Grundsteinlegung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde: das von Bundesverteidigungsminister Jung betriebene "Bundeswehr-Ehrenmal". Es soll nicht nur, wie dem Projekt oft vorgeworfen wird, an die in Auslandseinsätzen umgekommenen Soldaten erinnern, sondern auch an die weit höhere Zahl derjenigen Bundeswehrmitarbeiter, die im Manöver oder bei Verkehrsunfällen gestorben sind, beim Putzen oder Aktentragen. Sogar Selbstmördern soll gedacht werden - die Bundeswehr könnte so die erste Armee werden, die

wenigstens unter der Hand auch an diejenigen erinnert, die etwa durch Offiziersschikane, Mitarbeitermobbing, Schwulen- oder Immigrantendiskriminierung umkamen.

Eine denkbar weite, denkbar liberale, denkbar demokratische Widmung - zumal in der überarbeiteten Fassung des Entwurfs nun endlich auch die Namen aller Toten einzeln aufgeführt werden. Trotzdem hat der Entwurf des Münchner Architekten Andreas Meck heftige Kritik auf sich gezogen: Oppositionspolitiker im Bundestag beklagten von vornherein, dass das Parlament nicht in das Projekt eingebunden sei, die Medienöffentlichkeit beklagte die lächerliche Geheimhaltung, mit der Jung das Projekt betrieb.

Und bei einem Symposium warfen denkmalforschende Kunsthistoriker und Historiker Meck kürzlich vor, in seinem Entwurf zu viele Elemente des Soldatenkults der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und der Nazis weiterzuführen: mit dem Altarstein in einer Trauerkammer, der breiten Stufenanlage und der goldenen Vorhangfassade, deren halbrunde Löcher an die Erkennungsmarken von Soldaten erinnern sollen.

Vor zehn Jahren hätte dieser Vorwurf noch eine breite öffentliche Debatte ausgelöst. Jetzt bewegte er nicht einmal die zarten Blätter der Feuilletons. Hier zeigt sich ein radikaler Wechsel: Eine neue Generation steht an den Pforten der Macht, die nicht mehr nur vom Trauma der Kriegs- und Nachkriegszeit, sondern auch von der neuen Unsicherheit der Postwende-Zeit geprägt wurde. Sie erlebte, wie Europa tatenlos dem Massaker in Bosnien zusah, sah die Kriege im Kosovo, in Ruanda, im Sudan, in Afghanistan. Sie hörte, wie der Bundesaußenminister Joschka Fischer erklärte, dass man aus Auschwitz eben nicht nur Pazifismus, sondern auch die Verpflichtung zum helfenden Eingreifen folgern kann. Zudem löst sich die moralische Selbstsicherheit, immer zu den Guten zu gehören, schnell auf, wenn es wieder einstige Schul- und Studienkameraden sein können, die in Kriegen sterben.

Umso erstaunlicher ist es, dass ein Denkmalprojekt nach kurzem Aufflackern im Frühsommer letzten Jahres von den sonst so denkmalbegeisterten Politikern schnell wieder vergessen wurde: dasjenige für die vielen Deutschen, die seit 1990 im Dienst der Bundeswehr, des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes, der Feuerwehr, der vielen anderen Hilfswerke Katastrophen linderten und oft sehr wacklige Frieden zu stabilisieren versuchten und dabei ihr Leben ließen. Hierbei ginge es nicht um private Sicherheitsdienste, um kommerzielle oder missionarisch tätige Gruppen - sondern um diejenigen, die "im deutschen Namen" vom Bundestag, also von der Volksvertretung ausgesandt wurden. Ein solches Denkmal wäre nicht zu vergleichen mit der Gedenkstätte, die die Bundeswehr sich bauen will und die letztlich in der Tradition der Firmengedenkstätten steht, wie sie in den 20er-Jahren etwa die BVG errichtete. Dieses Denkmal würde daran erinnern, dass der Bundestag in solchen Fällen direkt über Leben und Tod entscheidet. Der Ort dafür kann nur einer sein: am oder im Reichstag. Am besten in der Eingangshalle, die Tag für Tag von tausenden Bürgern und ihren Abgeordneten passiert wird.

23.11.07 PUBLIK-FORUM

S. 32

Gramann, Ulrike

"Altar des Vaterlandes"

**11.07 Bundeswehr-journal
dew**

S. 8/9

Militärisches Zeremoniell und individuelle Trauer: Ein Denkmal gegen das Vergessen

14.11.07 Junge Welt

S. 10

Frank Brendle

„Süß ist's und ehrenvoll ...“ 2008 erhalten die „fürs Vaterland gestorbenen“ Soldaten eine Gedenkstätte

<http://www.jungewelt.de/2007/11-14/019.php>

Das »Ehrenmal« für die Bundeswehr liegt auf Eis: Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat die für den Volkstrauertag am 18. November angekündigte Grundsteinlegung abgesagt. Angeblich nur wegen einer noch ausstehenden Baugenehmigung. In den letzten Wochen hatten knapp 200 Wissenschaftler scharfe Kritik an dem Projekt geäußert. »Der Gesamtzeitplan steht aber unverändert«, heißt es im Verteidigungsministerium: Ende 2008 soll das »Ehrenmal« stehen. Offiziell soll es an sämtliche 2600 Soldaten erinnern, die seit Gründung der Bundeswehr ums Leben kamen. Tatsächlich wird nur schlecht kaschiert, daß es in erster Linie um die in den Kriegseinsätzen im Ausland zu Tode gekommenen Soldaten geht.

69 im Ausland »Gefallene« verzeichnet die Bundeswehr seit 1990 – und die Bundesregierung sorgt dafür, daß es in naher Zukunft wesentlich mehr werden. Das Weißbuch der Bundeswehr bestätigt ausdrücklich den »Einsatzcharakter« der Truppe. Bis zu 14000 Soldaten sollen ab dem Jahr 2010 in bis zu fünf verschiedenen Regionen gleichzeitig längerfristige Besatzungsaufgaben übernehmen. Bisher liegt der Schnitt bei rund 7000. Zusätzlich sollen die sogenannten Einsatzkräfte kurzfristige »Operationen hoher Intensität«, also harte Gefechte, führen können. Geographische Begrenzungen für die deutsche Militärmacht schließt das Weißbuch ausdrücklich aus. Es gibt keinen Grund dafür anzunehmen, daß sich das die Bevölkerung in den betroffenen Ländern widerstandslos gefallen läßt.

Je mehr »eigene« Opfer die Bundeswehr zu beklagen hat, desto höher steigt der Rechtfertigungsdruck. Wer Angehörige am Hindukusch verliert, stellt unbequeme Fragen. Auch die Soldaten selbst könnten daran zweifeln, ob der Auslandsverwendungszuschlag das Risiko wert ist, als Leiche zurückzukehren. Solchen Bedenken will das geplante »Ehrenmal« entgegentreten: »Umsonst« sterben soll keiner.

Mit dem Ehrenmal wird eine Wende in der BRD-Gedenkkultur eingeleitet: Eine Wende vom »Opfer von« zum »Opfer für«. Die vor Jahrzehnten begründete bundesdeutsche Gedenkformel lautet: »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«. Diese Formel war Ausdruck des »antitotalitären« Gründungskonsenses der BRD. Dahinter verschwamm die Benennung von nazifaschistischen Taten und Tätern. Im Vordergrund des Gedenkens standen die Soldaten der Wehrmacht, aber nur in ihrer Eigenschaft als Opfer. Zugleich wurden die bei alliierten Bombardements zu Tode gekommenen Zivilisten, »Vertriebene« oder die Opfer des »SED-Unrechtsregimes« allesamt als »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« rubriziert. Ihre höchste Symbolisierung erhielt diese Haltung in der vom Altbundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durchgesetzten Neugestaltung der »Neuen Wache« in Berlin.

Dennoch: Die Grundaussage beschrieb Krieg und Gewaltherrschaft als etwas, das abgelehnt wurde. Man konnte durch sie sterben, aber man starb nicht für sie. Daraus ließen sich zwar politische Instrumentalisierungen ableiten (gegen die DDR, für die Relativierung von Naziverbrechen), aber kaum ein Appell, in neue Kriege zu ziehen.

Die gedenkpolitischen Bedürfnisse der heutigen BRD gehen aber weiter. Passenderweise erzählt Jung, die Idee, ein »Ehrenmal« bauen zu lassen, sei ihm bei einem Truppenbesuch in Afghanistan im Dezember 2005 gekommen. Der Anblick eines dort von den Soldaten in Eigenregie errichteten Gedenksteins habe ihn zutiefst ergriffen. »Wer für die Bundeswehr – im Inland oder im Ausland – und damit für unsere Sicherheit, den Frieden und die Freiheit sein Leben gelassen hat, dem schulden wir ein würdiges Gedenken in Form eines Ehrenmals«, erklärte Jung daraufhin in der Süddeutschen Zeitung (24.3.2006).

Eine von Jung eingesetzte »Findungskommission« entschied sich im Mai dieses Jahres für einen Entwurf des Münchner Architekten Andreas Meck. Eine Broschüre des Verteidigungsministeriums, die den Bau vorstellt, weist darauf hin, daß die schon existierenden »Ehrenmale« der Teilstreitkräfte nicht mehr ausreichen. Gegenwärtig unterhält die Marine eine phallusartige Gedenkeinrichtung in Laboe, das Heer ein Ehrenmal auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz und die Luftwaffe eines in Fürstenfeldbruck. »Was indes bis heute fehlt, ist ein zentraler Ort, an dem in würdiger Form aller Toten der Bundeswehr gedacht werden kann«, heißt es in der Broschüre. Andere Staaten hätten schließlich auch so eine Einrichtung, wird als Argument nachgeschoben, z. B. das Panthéon in Paris und der »Altar des Vaterlandes« in Rom, wo regelmäßig höchst patriotische

Zeremonien stattfinden. Der Bau des »Ehrenmals« ist somit ein weiteres Zeichen für die Normalisierung Deutschlands: Ein Staat, der seine kapitalistischen Interessen »ganz normal« auf den Schlachtfeldern der Welt vertritt, schafft sich – »ganz normal« – einen Ort, um seiner Helden zu gedenken.

Glaubt man Militärpsychologen, ist diese Ehrung unverzichtbar, um die Moral der Truppe aufrecht zu erhalten. Für die Soldaten sei es »ganz wichtig, daß ihr Einsatz angemessen wahrgenommen werde, denn »ohne eine öffentliche Ehrung und ein öffentliches Bekenntnis würden die Sinnhaftigkeit und damit auch die Akzeptanz solcher Missionen (...) in Frage gestellt«, sagt der Truppenpsychologe Horst Schuh (ddp-Meldung vom 2.1.2006). Es »drohen die Motivationen der Soldaten, aber auch der Zusammenhang zwischen Bundeswehr und Bevölkerung verloren zu gehen.« Im Fokus des Ehrenmals stehen also Frontsoldaten und Heimatfront gleichermaßen.

Geplant ist der Bau einer 41 mal acht Meter langen und zehn Meter hohen Halle. Ihre Außenwand besteht aus einer golden schimmernden Bronzehaut, aus der die Formen von halben Erinnerungsmarken herausgestanzt sind – jenen Marken also, »die jeder Soldat im Einsatz trägt und deren Teilung für den Tod steht«, wie es in der Ministeriumsbroschüre heißt. Das Innere der Halle ist unterteilt in einen größeren, leeren Vorraum und eine rund 80 Quadratmeter große »cella«: ein abgedunkelter Raum, in dem ein schwarzer Monolith aus Nagelfluh steht, ein Steingemisch aus dem Voralpenraum. Auf diesem sollen Kränze abgelegt werden. In der Decke befindet sich eine fensterlose Öffnung, durch die Tageslicht auf den Steinblock fällt. In antiken Tempeln war eine solche »cella« der heiligste Raum überhaupt.

Als Standort hat sich Jung den äußersten Rand des Antreterplatzes im Bendlerblock ausgesucht, im Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums. Weil die Halle sowohl »öffentliches Erinnern erlauben und zugleich individuelles Trauern und Gedenken ermöglichen« soll, wird eine verschiebbare Wand eingebaut. Zivilisten können von der Hildebrandtstraße aus eintreten, ohne dabei auf das militärische Sicherheitsgelände zu gelangen. Bei Bedarf, etwa anlässlich militärischer Zeremonien, wird die Wand verschoben, um die Straße abzusperren und den Zugang zum Appellplatz zu öffnen.

Doch was genau sagt dieses »Ehrenmal« nun aus? »Wofür stirbt der deutsche Soldat?« Und: »Wofür tötet der deutsche Soldat? Auf diese Fragen sollte ein Denkmal für gefallene Soldaten Antwort geben«, fordert der Historiker Manfred Hettling (vorgänge 1/2007). Einer präzisen Antwort weicht der Entwurf aus. Sowohl von seiner Entstehungsgeschichte als auch von seiner geplanten Gestaltung her steht er in einer militaristischen Tradition.

»Pathos, wohin man sieht«, war das Fazit einer Tagung des Ulmer Vereins Ende September in Berlin. Der Kunsthistoriker Hans-Ernst Mittag, emeritierter Professor an der Berliner Universität der Künste (UdK), kommentierte, die Tatsache, daß gleich Tausende halber Erkennungsmarken ausgestanzt seien, mache das Ehrenmal zu einem »Denkmal auf Vorrat, was künftige Tote angeht«. Außerdem sei Gold keine Trauerfarbe, sondern drücke »Wertschätzung für verdienstvolle Streitkräfte« aus. Mittag stößt sich vor allem an dem Monolithen. Der sei zwar ein traditionelles Element von Totengedenken, aber »deplaziert, weil er nichts mit Rüstung und Krieg zu tun hat«. Hier werde eine »Naturalisierung von Krieg und Gewalt« betrieben, als scheinbar »urwüchsig aus dem Boden wachsend«. Krieg werde als unüberwindbar dargestellt, der »ewige Soldat gefeiert«.

Unverkennbar sind die Motivbezüge zur »Neuen Wache«, wie sie in den 30er Jahren beschaffen war, von der Trauerhalle über den Steinklotz bis hin zum Oberlicht. Zwar verzichtet diese Konzeption, anders als manche Kriegerdenkmäler aus der Kaiserzeit, auf einen Appell an seine Betrachter, es den »heldenhaften« Soldaten gleichzutun. Die Mischung aus Bronze und den religiösen Konnotationen des Halleninneren laufen aber auf eine Glorifizierung des Soldatentodes hinaus. Dieser wird in einer Weise mythisch überhöht, die kritische Nachfragen zum »wofür« des Todes nicht zuläßt.

Das »Ehrenmal« erweist sich als zutiefst undemokratisches Unterfangen. Es verlangt sogar von trauernden Angehörigen zumindest stillschweigende Zustimmung zu genau jenen Einsätzen, in denen ihre Familienmitglieder »gefallen« sind. Wer die deutschen Kriegsbeteiligungen ablehnt, dem müssen Gestaltung und Lage des Ehrenmals als Zumutung erscheinen. Betritt man es, passiert man fünf Bundesflaggen. »Beim Verlassen des

Raumes«, so heißt es in der Ministeriumsbrochüre, »geht der Besucher auf eine goldschimmernde Wand zu – Gold steht für das Übernatürliche und die daraus resultierende ›Hoffnung‹ in allen Kulturen.« Doch Hoffnung worauf? Darauf, daß sich die Inschrift des »Ehrenmals« erfülle, die da lautet: »Den Toten unserer Bundeswehr – für Frieden, Recht und Freiheit«? Das ist die einzige deutlich ausgesprochene Antwort auf die Frage nach dem Wofür. Der Kabuler Gedenkstein, der ja angeblich Jungs Pläne erst angestoßen hat, ist wesentlich unpathetischer: »Den Toten zu Ehren«, steht dort, weiter nichts. »Unsere« Bundeswehr jedoch, das erheischt eine Identifizierung der Bürger mit der Armee. Und wer da zweifelt, daß der Sohn am Hindukusch tatsächlich »für Frieden, Recht und Freiheit« starb, ist fehl am Platz.

Ehrlicher wäre es, einen der erhellenden Sprüche aus dem Weißbuch der Bundeswehr zu zitieren: »Den Toten unserer Bundeswehr – für die Freiheit unserer Energieversorgung«, »für die Abwehr von Flüchtlingen« oder einfach »für die Freiheit des kapitalistischen Profits«. Das geht natürlich nicht; das tatsächliche Handeln und der tatsächliche Zweck des Militärs müssen verdeckt werden, und zwar, wie es der Politologe Markus Euskirchen auf der Ulmer Vereinstagung formulierte, unter einem »golden schimmernden Tarnnetz.«

Der Bundeswehrentwurf wolle nicht gesellschaftskritische Auseinandersetzungen befördern, sondern dem Soldatentod von oben herab einen Sinn verordnen. Damit stehe er im Widerspruch zu einer demokratischen Erinnerungspolitik, die in den letzten Jahren von Bürgerinitiativen vor allem auf kommunaler Ebene entwickelt worden sei. Das führte die UdK-Professorin Stefanie Endlich auf einer Tagung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) aus, die sich Ende Oktober ebenfalls mit Formen militärischen Totenkults befaßte. Die »Spiegelwand« in Spandau etwa – und wohl auch etliche Deserteursdenkmäler – wollten die Bürger zum Nachdenken anregen, während das Ehrenmal dies gerade verhindern wolle. Jung bestätigt das indirekt, wenn er in der Reservistenzeitschrift loyal vor allem Werte wie »persönliche Pflichterfüllung« und »treues Dienen« für ehrenvoll erklärt.

In obrigkeitstaatlicher Tradition verlief auch die Entstehungsgeschichte des »Ehrenmals«. Sie war von Anfang an Chefsache des Verteidigungsministers. Das wurde offensichtlich, als bei der WZB-Tagung der Vorsitzende der »Findungskommission«, Ulrich Schlie, von den Kunsthistorikern mit Fragen bestürmt wurde. Der Verwaltungsbeamte hatte kaum mehr zu bieten als oberflächliche Platitüden und sinnlos angeordnete Textbausteine aus alten Bundeswehrpublikationen. Er wußte weder Fragen zur Beschaffenheit der Bronze noch gar zum Nagelfluh zu beantworten und empfahl, den Architekten zu fragen, der wisse Bescheid. Schlie hatte noch mehrere Patzer vorrätig. Das Ehrenmal, erklärte er allen Ernstes, solle »den Toten ihre Namen zurückgeben« – was eine Forderung aus der Holocaust-Erinnerung ist, die den zu Nummern degradierten Juden wieder ihre Individualität geben will. »Über so etwas müssen Sie sich doch Gedanken machen«, forderte die etwas fassungslose Stefanie Endlich. Muß er nicht: Die »Findungskommission« war nur vorgeschoben. Schlie beendete seinen Auftritt mit dem ehrlichen Hinweis, bei dem Projekt handle es sich um die »exekutive Entscheidung des Inhabers der Kommandogewalt«. Und so ähnlich steht es ja auch in der offiziellen Publikation: »Bundesminister Dr. Franz Josef Jung hat entschieden ...«

Nur: Jung stellt nicht auf dem Hinterhof irgendeiner Kaserne ein Denkmal zum rein innermilitärischen Gebrauch auf, sondern erhebt den Anspruch, mit seinem rund drei Millionen Euro teuren Projekt (eine Million für den Bau, den Rest für nötige Umbauten und Sicherheitsvorkehrungen) »nationalen Rang« einzunehmen – per Verordnung.

Man muß daran zweifeln, daß das »Ehrenmal« tatsächlich sämtlichen im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten gewidmet sein soll. Zwar darf man Planungschef Schlie zufolge bei »verunglückten Gabelstaplerfahrern« und in Afghanistan getöteten Einsatzkräften nicht die »Wertigkeit des Einsatzes« differenzieren. Daß Jung die Idee aber ausgerechnet in Kabul gekommen ist, daß er voriges Jahr in der Reservistenzeitschrift loyal ausdrücklich von den »gefallenen« Soldatinnen und Soldaten sprach, deutet darauf hin, daß es eigentlich nur um jene geht. Der Rechtfertigungsdruck, der zu solchen »Ehrenmalen« führt, ist ja auch wesentlich höher, wenn ein Soldat in Afghanistan auf eine Mine tritt, als wenn er in der Elbe ertrinkt. Die Bronzeumhüllung mit ihren ausgestanzten Erkennungsmarken spricht ebenso eher den »Heldentod« als den Unfalltod an. Der SPD-Politiker Jörn Thießen wies in der Bundestagsdebatte am 6. Juli außerdem auf ein »Zahlendurcheinander« hin: »Die allermei-

sten dieser 2600 Menschen kamen eben nicht im Dienst ums Leben, sondern während der Zeit ihres Dienstes in der Bundeswehr. Das ist ein Unterschied.«

Auf einen bisher kaum beachteten Aspekt machte der am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr arbeitende Historiker Wolfgang Schmidt aufmerksam: Die Ehrung solcher Soldaten, die nicht im Kampf umkamen, ist in Deutschland erstmals 1935 zelebriert worden. Die Nazis fingen damit an, auch den Opfern schlichter Arbeitsunfälle in Friedenszeiten eine Reichskriegsflagge auf den Sarg zu legen. Dazu paßt, daß die Ehrenmalbroschüre des Verteidigungsministeriums auf kaum sieben Textseiten gleich zweimal ein Zitat des selbsternannten Reichsphilosophen Martin Heidegger anführt: »Der Wesensvollzug des Bauens ist das Errichten von Orten durch das Fügen ihrer Räume.« Was »uns« das sagen soll, wird nicht erläutert.

An Kritikpunkten mangelt es also nicht. Dennoch ist eine breite Debatte über das »Ehrenmal« bislang nicht zustande gekommen. Parteien und Soldatenverbände reagieren verhalten kritisch, aber nur, was die Details angeht. »Richtiges Ehrenmal am falschen Platz«, titelte etwa loyal im Juli. Den Reservisten ist der geplante Standort, »wo Passanten nur vorbeikommen, wenn sie sich verirrt haben«, zu abgelegen. Auch der Deutsche Bundeswehrverband fordert einen zentralen Standort, und zwar in der Nähe des Bundestages, weil das Gedenken in die »Mitte unserer Gesellschaft« gehöre.

Diese Forderung wird von allen Oppositionsparteien und der SPD aufgegriffen. »Die Parlamentarier sollten an ihre Verantwortung erinnert werden«, argumentiert der FDP-Politiker Rainer Stinner (Die Bundeswehr 3/2007). Die SPD will Jung nicht reinreden, wünscht sich aber, »in unmittelbarer Nähe des Parlaments einen Ort zu schaffen, an dem wir derjenigen gedenken, die von uns in Einsätze entsandt worden sind, und derjenigen, die als zivile Mitarbeiter und als Mitarbeiter von Hilfsorganisationen starben«, so Jörn Thießen in seiner Bundestagsrede. Grünen-Politiker Winfried Nachtwei will ebenfalls »neben Soldaten auch Entwicklungshelfer, humanitäre Helfer, Polizisten und Diplomaten« ehren. Bekanntlich wollen die meisten in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen strikt getrennt vom Militär arbeiten, weil die Vermischung militärischer und ziviler Einsätze ihre Sicherheit gefährdet. Und nun sollen sie im Tode gleichgeschaltet werden? FDP, Grüne und SPD argumentieren, ein zentral plaziertes »Ehrenmal« könne eine öffentliche Debatte über den Sinn von Bundeswehreinsätzen anregen. Die soll, darf man diesen Parteien zutrauen, selbstverständlich die Zustimmung zu den neuen Kriegen befördern.

Die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Luc Jochimsen, dagegen weist darauf hin, der Begriff »Ehrenmal« lege nahe, »daß es wieder ehrenvoll sein soll, in einen Krieg zu ziehen und zu sterben. (...) Und wer denkt an die Ehre der Männer und Frauen und Kinder, die in diesen Kriegen – von den deutschen Soldaten oder ihren Verbündeten – getötet werden?« Diese Klarheit wird dann leider »konstruktiv« verwischt: Die Fraktionsmehrheit fordert in einem Antrag – gegen den Widerstand von neun Abgeordneten des linken Flügels – ein »Mahnmal«, das sich als »Aufruf gegen den Krieg« versteht. Es soll nahe am Reichstag sein und sowohl den toten deutschen Soldaten als auch den von ihnen Getöteten gewidmet sein. Damit schließt sich die Fraktion dem herrschenden Trend an, Täter und Opfer des Militarismus, also jene, die eine Wahl haben, und jene, die sie nicht haben, gleichzusetzen.

Die Frage des Standorts wird in der Debatte möglicherweise falsch beleuchtet. Zwar will Jung die zivile Öffentlichkeit nur über eine unbelebte Anliegerstraße zum »Ehrenmal« lassen, aber wichtiger könnte ohnehin die mediale Vorführung sein. Nur einen Gebäuderiegel getrennt von dem Hof, in dem 1944 Claus Schenk Graf von Stauffenberg und einige seiner Mitverschwörer hingerichtet worden sind, treten am 20. Juli regelmäßig junge Rekruten zum Gelöbnis auf dem Appellplatz an. Die Augen der Ehrengäste und der TV-Kameras sind dann auf das »Ehrenmal« in seiner ganzen verkitschten Blechpracht ausgerichtet. Es wird sich noch zeigen, daß Trauerhalle und »cella« groß genug für Fernsehinszenierungen sind.

Der Ulmer Verein hat in den letzten Wochen rund 200 Kunsthistoriker und Historiker für einen Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und an Jung gewonnen, in dem ein Aufschub des Baubeginns gefordert wurde. Die Unterzeichner, darunter die Militärgeschichtler Detlev Bald und Wolfram Wette, fordern eine ergebnisoffene Diskussion darüber,

Anstatt den Bau öffentlich auszuschreiben, benannte eine von der Bundeswehr eingesetzte Findungskommission kurzerhand sechs mögliche Kandidaten, um aus diesen dann denjenigen auszusuchen, der das Ehrenmal nun bauen soll. Die Wahl fiel auf den Münchner Architekten Andreas Meck.

Ulrich Schlie, der als Vorsitzender dieser Findungskommission im Fokus der Anwürfe durch die Tagungsteilnehmer stand, beschrieb das öffentlichkeitsscheue Vorgehen mit der so euphemistischen wie kryptischen Formel, die Entscheidung sei "aus der Mitte der Kommission" heraus gefallen. Über die Formensprache des Entwurfs wollte Schlie indessen lieber keine Auskunft geben, das könne am Besten Meck selbst tun, der der Einladung zur Tagung aber nicht gefolgt war. So blieb unklar, warum die bronzene Außenverkleidung des Ehrenmals mit Ausstanzungen in Form von Erkennungsmarken versehen sein soll, also vor allem das Schicksal der im Kampf gefallenen Soldaten sinnfällig gemacht wird, nicht aber dasjenige von Unfallopfern oder Selbstmördern aus den Reihen der Bundeswehr.

Auch ein Monolith aus dem Naturstein Nagelfluh - er soll sich in einer an Sakralarchitektur erinnernden "Cella" im Innern des Monuments befinden - ist erklärungsbedürftig. Der Kunstgeschichtler Hans-Ernst Mittig verwies darauf, dass dieser Stein, der hier erstmals in der Geschichte des Denkmalbaus verwendet wird, auch im Hindukuschgebirge vorkommt. Zementiert, so Mittig, das Ehrenmal also die politisch umstrittene Devise, dass unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt werde? Dass Mecks Entwurf durch die Naturalisierung und Sakralisierung des Soldatentods eine Botschaft transportiert, die dem Stand der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion bei weitem vorgreift, davon ist nicht nur Mittig überzeugt. Der Ulmer Verein, ein Berufsverband von Kunst- und Kulturwissenschaftlern, formulierte dies am 11. Oktober in einem von über 170 renommierten Kunsthistorikern und Historikern unterzeichneten offenen Brief an die Bundeskanzlerin und den Verteidigungsminister. Eine Reaktion gibt es darauf bislang nicht.

26.10.07 Frankfurter Rundschau

S. 16

Mittig, Hans-Ernst

Blech und Stein

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/dokumentation/?em_cnt=1232877

Fast 200 Historiker und Kunsthistoriker haben in einem offenen Brief gegen das undemokratische Verfahren zur Errichtung eines Bundeswehr-Ehrenmals in Berlin protestiert und den zur Ausführung vorgesehenen Entwurf abgelehnt. Auch wenn dessen Realisierung durchgesetzt werden sollte, wird an diesem Beispiel eine Diskussion zum Thema Demokratie und Kunst weitergehen. Im Juni ist der zur Ausführung bestimmte Entwurf des Münchner Architekten Andreas Meck durch eine Dokumentation des Bundesministeriums der Verteidigung bekanntgemacht worden.

Dieser derzeit betonierete und stählern eingezäunte Teil des vom Bundesverteidigungsministerium genutzten Grundstücks ist so leer, dass der Architekt ein "Errichten" des "Ortes" mit einem gewissen Recht für sich in Anspruch nimmt: "Ein tektonisches Gerüst aus Stahlbetonfertigteilen erzeugt den Ort." Der entstehende Baukörper soll 41 Meter lang und zehn Meter hoch sein. Zu etwa zwei Dritteln wird er sich als Pfeilerhalle öffnen, aus der seitlich ein niedriger Durchgang in eine "Cella" führt. Dieser "Ort der Trauer" soll "Ort des Rückzugs und der Stille" sein.

Außen soll das Gebäude eine "filigran durchbrochene Bronzehaut" bekommen. Deren goldglänzendes "Bronzeblech" ist auf den ersten Blick eine Absage an viele traditionelle Kriegerdenkmäler, die die Besucher mittels düsterer oder gedeckter Farben einstimmen sollen. Deutlich ist der Kontrast zu dem Sandstein der Neuen Wache in Berlin, dem Denkmal für Soldaten der Weltkriege und viele andere Tote. Auf Freiheit gegenüber der Denkmaltradition deutet vor allem die Ähnlichkeit mit dem Informations-Pavillon der "skulptur projekte münster 2007", dem um Aufmerksamkeit werbenden Blickfang einer Freilichtausstellung. Dort wird eine neu entwickelte Kupfer-Aluminium-Legierung ein helles

Gelb behalten. Das geplante Bundeswehr-Ehrenmal würde die farblosen Wände des 1938 erweiterten Ministeriumsgebäudes überstrahlen.

Die neuartige Verkleidung des geplanten Bundesehrenalms verdeckt also äußerst altertümliche Requisiten. Der altarähnliche Block und die Bezeichnung als Cella geben dem schwarzen Raum eine sakrale Stimmung, heiligen den Soldatentod, der sein Thema ist. Wer die Cella wieder verlassen hat, soll beim Blick auf eine goldschimmernde Wand die Bedeutung des Materials erfahren, das außen nur den undeutlichen Gedanken an einen goldenen Schrein hervorrufen konnte. Der Architekt erklärt frei nach dem, was man oft zum mittelalterlichen Goldgrund zu lesen bekommt: "Gold steht für das Übernatürliche und die daraus resultierende ‚Hoffnung‘ in allen Kulturen." Hoffnung auf ein Jenseits stärkt außerhalb unseres Kulturkreises allerdings den Mut zu Selbstmordattentaten. Dem Blick auf "alle Kulturen" entging auch Ovids Wort "Gold ist schädlicher als Eisen", in dem sich eine weit ausholende Gold- und Kriegskritik antiker Autoren verdichtet.

In unserem Kulturkreis ist Gold heute vor allem ein Inbegriff durchaus irdischen Lohns, jedenfalls keine Trauerfarbe. Wenn es, wie fast alle Kommentare belegen, den Gesamteindruck des Denkmals bestimmen wird, kann es eher Wertschätzung für die Bundeswehr einwerben als etwa Mitgefühl mit den Toten und ihren Hinterbliebenen. Das ist eine peinliche Abwägung, aber die Bundesregierung selbst fordert sie heraus, wenn in ihrem "Entwicklungs-Magazin" vom Januar 2007 zu lesen ist: "Afghanistan hat Investoren einiges zu bieten. Für Investoren muss ein bestimmtes Maß an Sicherheit vorhanden sein."

Die golden strahlende Hülle des Ehrenmals soll nicht mit runden Löchern gemustert werden wie der Informations-Pavillon in Münster, sondern mit Ausstanzungen, die auf Erkennungsmarken anspielen. Benötigt wird die Marke nur in und nach Gefechten. Das Motiv des geteilten Ovals am Bundeswehr-Ehrenmal suggeriert also wortlos, das Ehrenmal würdige nur den Soldatentod in dem engen Sinne, der mit dem Wort "gefallen" ausgedrückt wird. Das lenkt von den vielen Opfern vermeidbarer Unfälle und nicht zufälliger Selbsttötungen ab.

Die Einschränkung auf "Gefallene" wird mit den Mitteln einer Insider-Ikonografie verordnet: insofern, als die Bedeutung einer Erkennungs-marke Teilen des Publikums gar nicht bekannt ist - übrigens nicht einmal die Beschaffenheit: Sogar Kommentare in der überregionalen Presse behaupten, die Erkennungsmarken der Bundeswehr seien rund und beständen aus Bronze.

Ebenfalls nicht ausdrücklich erklärt ist eine Ähnlichkeit zwischen teils zerbrochenen Erkennungsmarken und dem Oberflächenmuster des Monoliths in der Cella. Aus Nagelfluh bestehend soll er dort "aus dem Boden wachsen". Die Gerölle in diesem Konglomerat bilden an halbierenden Schnittflächen ein Muster aus großenteils elliptischen Flecken. Kein anderes Gestein hätte einen solchen Anklang an die Form der Erkennungsmarken-Negative in der "Bronzehaut" ermöglicht. Die Entwurfserläuterung teilt mit, dass der Stein aus dem Voralpengebiet herbeigeschafft werden soll. Als Anspielung auf die Heimat des Architekten, zum Beispiel auf den Sockel der Münchner Frauenkirche, wäre die Wahl von Nagelfluh aber unterschätzt. Wie so oft in der Kunst grenzt eine offengelegte Gedankenverbindung - hier zum Voralpenland - an eine weitere, die dem Nachdenklichen geboten wird: Nagelfluh kommt auch im afghanischen Aktionsraum deutscher Gebirgsjäger vor.

Das Neue an Mecks Bundesehrenmal-Entwurf, die um 90 Grad gekippte Negativform einer blechernen Erkennungs-marke, wird durch diese Materialwahl an eine denkbar traditionelle Kriegerdenkmal-Ikonografie zurückgebunden. Denn der Monolith wird sich zwar von seinem bis 1969 erhaltenen Vorgänger in der Neuen Wache - der aus Basaltlava bestand - unterscheiden, aber die Gewohnheit bekräftigen, dass ein solches zentrales Zeichen aus Naturstein bestehen muss, einem Material, das in der Kriegstechnik keine Rolle mehr spielt, von ihren Substanzen ablenkt.

Der durch die Ausschreibung angewiesene Platz hinter dem Bendlerblock eignet sich für ein Militärzeremoniell, das mittels einer beweglichen Wand gegen die Hildebrandstraße abgeschirmt werden kann. Ein anderer Entwerfer nennt den Platz "ein Stück Erde, den Aufdringlichkeiten des Alltags entrückt". Ähnlich stand es in vielen Denkmal-Programmen älterer Kriegerdenkmäler. Jetzt wünscht der zweitplatzierte Wettbewerber sogar einen "hortus conclusus" entsprechend dem ‚verschlossenen Gärtlein‘ der Mariendichtung und -

ikonografie, und auch ein "Campo Santo" wurde vorgeschlagen, obgleich dort keine Bestattungen vorgesehen sind.

Mit dem jedenfalls isolierbaren Ehrenmal sollen nicht nur die Streitkräfte zu Hinterbliebenen, verbündeten Besuchern und Investoren sprechen. Die schon gebräuchlich gewordene Bezeichnung als "nationales Denkmal" zeigt, dass die Bundesrepublik, nicht nur ihre Bundeswehr, als Trägerin des Denkmals auftreten soll.

Dem gesamtstaatlichen Anspruch des Bundesehrenmals entspräche aber nur ein Ort in der Öffentlichkeit. Die Forderung danach wird auch von vielen erhoben, aber mit einer falschen Ortswahl belastet. Geltend gemacht wird, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr jeweils vom Bundestag beschlossen werden müssen, die Bundeswehr sei insofern eine "Parlamentsarmee", ihr zentrales Denkmal müsse daher in der Nähe des Parlamentsgebäudes stehen. Gegen eine solche Platzierung erheben sich aber gravierende Einwände. Unerörtert bleibt jeweils, wieso das parlamentarische Genehmigungsverfahren für Auslandseinsätze auf Verluste der Bundeswehr seit 1955 zurückbezogen werden könnte. Der Ausdruck "Parlamentsarmee" verdeckt auch, dass die Armee nicht vom Bundestag gelenkt wird, vielmehr ein Teil der Exekutive bleibt.

Vor allem: Ein Versuch, das Denkmal der Bundeswehr örtlich mit dem Parlament als dem Inbegriff eines demokratischen Staatsorgans zu verbinden, würde über die Stellung der Streitkräfte im Staat und ihre faktische innere Struktur täuschen. Denn die Bundeswehr gehört ja - teilweise sachbedingt - zu den "strukturell nicht-demokratischen Subsystemen", "wo innerhalb der Demokratie extreme Hierarchien existieren - bei Polizei oder Armee wie in Familien". Das stand nicht in einem militärfeindlichen Pamphlet, sondern im Berliner Tagesspiegel vom 9. Mai 2004.

Völlig ausgeblendet ist eine Erinnerung an getötete Gegner. Denkbar wäre es aber, dass Wettbewerbsteilnehmer im 21. Jahrhundert Zeichen auch dafür fänden, wie "asymmetrische Kriege" besonders die Zivilbevölkerung treffen - Kriege ohne sichtbare Fronten. Stattdessen wurde diesmal geistiger Hintergrund oder sogar Inschrifttext nicht nur in Martin Heideggers Wort- und Ortsklängen gesucht, sondern auch in einer falsch übersetzten Zeile aus den "Persern" des Aischylos und in Rainer Maria Rilkes auf andere Art gegenwartsfernem Gedicht "Der Fahnenträger". Die in dem drittplatzierten Wettbewerbsbeitrag ebenfalls genannte "Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" lässt sich übrigens als schwülstige Verklärung eines Auslandseinsatzes lesen.

19.10.07 Neues Deutschland S. 14

Robbe, Reinhold

Thema: Brauchen wir ein Ehrenmal für die Soldaten? Anspruch auf Anerkennung der Leistungen

13.10.07 Der Tagesspiegel S. 4

lem

Jung bleibt bei Plänen für Ehrenmal der Bundeswehr

12.10.07 Der Tagesspiegel S. 4

Lemkemeyer, Sven

Historiker: Bau des Ehrenmals stoppen. "Sakrale Überhöhung des Soldatentods"

12.10.07 Süddeutsche Zeitung S. 15

zri

Altar des Vaterlandes. Historiker kritisieren Ehrenmal

25.09.07 junge Welt

Brendle, Frank

Militaristisches Pathos. Kritische Kunsthistoriker wenden sich gegen das "Ehrenmal" der Bundeswehr

24.09.07 Süddeutsche Zeitung

S. 11

Bisky, Jens

Schimmerndes Verzagen. Kulturwissenschaftler kritisieren das Ehrenmal der Bundeswehr

24.09.07 Neues Deutschland

S. 3

Gramann, Ulrike

Wild wuchernde Symbolik am Bundeswehr-Ehrenmal – eine Standortfrage

23.08.07 Der Tagesspiegel

S. 6

Hettling, Manfred

Das Militär steckt nicht mehr hinter der Schiebetür. Das geplante Ehrenmal für die Soldaten steht in einer veralteten Tradition. Beschworen wird eine militärische Ehre, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hat.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare-Ehrenmal:art141,2363781>

Wofür stirbt der Soldat im Einsatz? Für das politische Gemeinwesen ist es ein grundsätzlicher Unterschied, ob ein Soldat verunglückt oder bei einem Einsatz sein Leben verliert, der politisch gewollt war. Der gewaltsame Tod des Soldaten fordert deshalb mehr als Trauer und Erinnerung: nämlich politische Rechtfertigung. Seit deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen stehen, ist diese Frage aktuell. Darauf hat das in Berlin geplante „Ehrenmal“ Antworten zu geben.

Die Neue Wache blendet mit dem Gedenken an die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ die Frage nach dem Sinn des aktiven Einsatzes aus. Sie spricht nur die Opfer von Gewalt an. Deshalb ist es sinnvoll, Überlegungen zu neuen Gedenkformen anzustellen. Welche Antwort will das geplante „Ehrenmal“ geben? Es präsentiert sich eindeutig als militärisches Denkmal. Es setzt die Tradition des innermilitärischen Totengedenkens der Bundeswehr fort. Zu den Denkmälern der Teilstreitkräfte, dem „Marine-Ehrenmal“ in Laboe, dem „Ehrenmal des deutschen Heeres“ in Ehrenbreitstein, dem „Ehrenmal der Luftwaffe und der Luftfahrt“ in Fürstenfeldbruck soll nun ein „Ehrenmal der Bundeswehr“ hinzutreten. Das Denkmal soll, so das Verteidigungsministerium, dem „militärischen Zeremoniell“ ebenso wie der „persönlichen Erinnerung“ dienen. Mit anderen Worten: Das Militär als Teilinstitution der Gesellschaft und die Angehörigen von zu Tode gekommenen Soldaten sind die Hauptadressaten des Denkmals.

Beschworen wird dabei eine militärische Ehre, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hat. Diese wurde als berufsständische Ehre verstanden, die ihre Basis fand in der Logik von Befehl und Gehorsam und in der unpolitischen Loyalität gegenüber dem Monarchen. Diese militärische – und als solche antibürgerliche – Ehre konkurrierte mit einer liberal konzipierten „Bürgertugend“, einem „Bürgersinn“, der die Bereitschaft, den „Tod fürs

Vaterland“ in Kauf zu nehmen, als Ausweis staatsbürgerlicher Teilhabe am Gemeinwesen deutete und das mit dem Anspruch an politische Partizipation verband. Alle Denkmalsstiftungen seit 1813, die sich als ‚bürgerlich‘ verstanden und sich darin von den monarchischen Kriegerdenkmälern abgrenzten, hoben diesen eigenen Beitrag der Staatsbürger hervor – der sich auf politische Überzeugungen bezog und nicht auf Gehorsam.

Es gehört deshalb unstrittig zu den großen Leistungen nach der Gründung der Bundeswehr, dass sich das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ gegen viele Widerstände durchgesetzt hat. Wenn die Bundeswehr heute Teil der demokratischen Gesellschaft ist, basiert das auf der staatsbürgerlichen Imprägnierung des Militärs.

Deshalb ist ein Begriff von „Ehre“, der sich nicht auf staatsbürgerliche Überzeugung bezieht, sondern allein auf die unpolitische Funktionslogik von Befehl und Gehorsam, auf Begriffe wie Dienst, Pflicht und Treue, befremdlich. Das Verteidigungsministerium akzentuiert diesen Ton jedoch in besonderer Weise: Der Soldat sei „verpflichtet“ zu dienen. Dass Militär und zivile Gesellschaft auch durch gemeinsame politische Werte verbunden sind, scheint vergessen zu sein. Selbst in der Ästhetik spiegelte das Denkmal – wird es wie vorgesehen gebaut – die scharfe Trennung von Militär und ziviler Gesellschaft wider. Die verschiebbare Wand schließt die nichtmilitärische Außenwelt oder das Militär aus. Eine gemeinsame Begegnung von Öffentlichkeit und Militär – als politische Staatsbürgergesellschaft – ist am Denkmal weder möglich noch gewollt.

An einem zentralen Punkt jedoch greift der Entwurf über das Militärische hinaus. Die Inschrift - „Den Toten unserer Bundeswehr, für Frieden, Recht und Freiheit“ – unterstellt ein Subjekt, welches „seiner“ Toten gedenkt. Die Bundeswehr kann damit kaum gemeint sein. Es ist die Bundesrepublik. Die Inschrift würde das militärische Denkmal damit zum staatlichen Denkmal erheben.

Die überfällige Symbolisierung des Soldatentodes kann sich indes nur auf den Bürger in Uniform beziehen. Alles andere stände im Widerspruch zum staatsbürgerlichen Selbstverständnis unserer Republik.

Der Autor ist Historiker an der Martin-Luther-Universität zu Halle-Wittenberg.

8/2007 konkret

S. 20 f.

Heinelt, Peer

Ruhm und Ehre.

Die Toten der Bundeswehr bekommen ein Ehrenmal – dort, wo man des Nazi-Aufstands gegen Hitler gedenkt.

01.08.07 Berliner Zeitung

S. 25

Bernau, Nikolaus

ERINNERUNG: Jungs Firmendenkmal

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0801/feuilleton/0042/index.html>

Nun raffen sie sich also doch noch auf, die deutschen Kunst- und Kulturhistoriker, Denkmalthoretiker und Denkmalforscher: Am 22. September, nach den Sommerferien, aber noch in der vorlesungsfreien Zeit der Universitäten, soll eine Tagung zum Bundeswehrehrenmal stattfinden. Verteidigungsminister Franz Josef Jung plant es als Erinnerung an die seit 1955 im Dienst gestorbenen Bundeswehrmitarbeiter. Titel der Tagung: "Soldatentod und demokratische Gedenkkultur". Veranstaltet wird sie vom Ulmer Verein, der sich selbst als Avantgarde der Kunsthistoriker versteht.

Wenn diese Avantgarde also Jungs Projekt analysiert, historisch einordnet, kritisch reflektiert und moralisch bewertet, liegen die ersten öffentlichen Debatten etwa ein Jahr zurück. Der

von einer Jury zum Bau bestimmte Entwurf des Architekten Andreas Meck ist dann ein viertel Jahr alt (Berliner Zeitung vom 14. Juni), die Grundsteinlegung am 18. November ist in greifbarer Nähe. Es handelt sich nicht um ein übereilt einberufenes Symposium.

Bisher stieß Jungs Projekt vor allem auf demokratiemethodische Proteste. Denn der Minister hat seine Idee ohne Mitsprache des Parlaments durchgesetzt. Er hat auf jede Diskussion verzichtet, ob Deutschland ein solches Denkmal überhaupt braucht und was es vermitteln soll. Wettbewerb und Ausschreibung waren nicht öffentlich, die Ergebnisse wurden indiskutabel schlecht ausgestellt. Doch macht dies das Projekt schon gefährlich?

Es droht wieder eine Debatte wie im Frühjahr und Sommer 1993. Damals beschloss Helmut Kohl ebenfalls im Alleingang die Neugestaltung der Neuen Wache zur "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft". Was wurde da nicht alles befürchtet und gehäht, bis hin zu einem Monument eines neuen deutschen Totenkultes, zu dem sich Schinkel'sche Engelgestalten, rohe Steinwände, grober Bleifußboden, dorische Machtsäulen und die Kollwitzschen Pieta unentrinnbar verbänden. Zwar bleibt es eine ästhetische Pein, dass die Pieta vergrößert wurde, und mehr Abstraktion hätte dem Raum eine breitere Akzeptanz bei Juden oder Muslimen gesichert. Doch erfahren die meisten Besucher hier trotzdem angemessene Würde und Stille. Ziviler als in diesem nur von einem netten Polizisten bewachten Mahnmal kann sich eine Republik kaum darstellen.

Dieses totale Kritikerversagen sollte in Erinnerung bleiben bei der Tagung im September. Vielleicht wagt sich ja sogar einmal einer an eine Selbstkritik. Hoffentlich weist irgend jemand darauf hin: Jungs Ehrenmal ist eine Art Firmendenkmal. Nicht die Wiederkehr nationalistischer Wehrrertüchtigungskulte.

Juli-August 2007 loyal. Magazin für Sicherheitspolitik Nr. 7-8/2007 S. 19 f.
Clement, Rolf
Richtiges Ehrenmal am falschen Platz

Juli 2007 Die Bundeswehr Nr. 7/2007 S. 10 f.
FH/DPA
„Nicht nur angemessen, sondern überfällig“. Minister Jung stellt Ehrenmal für Bundeswehrangehörige vor – Bronze verkleidete Halle im Bendlerblock

Juli 2007 Y. Magazin der Bundeswehr Nr. 7/2007 S. 8 f.
Kahl, Thomas (tok)

21.07.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 1
Blasius, Rainer
Ich hatt' einen Kameraden

09.07.07 Das Parlament S. 5
Weinlein, Alexander
Gedanken ja – aber wo und wie? Verteidigungsminister Jung weist Kritik an Plänen für Ehrenmal zurück

<http://www.das-parlament.de/2007/28/Innenpolitik/16383542.html>

Der Widerstand im Bundestag gegen das von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) geplante Ehrenmal für die Bundeswehr wächst. Nicht nur die Oppositionsfraktionen der FDP, der Linken und der Grünen kritisierten sowohl die inhaltliche Konzeption als auch den geplanten Standort im Bendlerblock, dem Dienstsitz des Verteidigungsministers in Berlin. Kritik kam auch aus den Reihen der SPD-Fraktion.

Ein bereits Mitte Juni von der FDP eingebrachter Antrag ([16/5593](#)), die Pläne für das Ehrenmal vorerst zu stoppen und eine öffentliche Debatte über ein Denkmal in der Nähe des Reichstages zu führen, wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen allerdings abgelehnt. Gleichzeitig wurden zwei in der vergangenen Woche vorgelegte Anträge der Linken ([16/5891](#)) und der Grünen ([16/5894](#)), die ebenfalls ein vorläufiges Ende der Planungen fordern, zur weiteren Beratung an den Verteidigungsausschuss überwiesen.

Zum Auftakt der Debatte hatte Jung noch einmal eindringlich bei den Parlamentariern für das Ehrenmal geworben, das bis Mitte 2008 errichtet werden soll. Mit dem Ehrenmal will das Verteidigungsministerium der mehr als 2.600 Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr gedenken, die seit Gründung der Streitkräfte im Dienst ums Leben gekommen sind.

Jung argumentierte, gerade der Bendlerblock mit seinem Denkmal für den Widerstand in der NS-Diktatur stehe für das Selbstverständnis der Bundeswehr und sei deshalb der geeignete Standort für das von dem Münchner Architekten Andreas Meck entworfene Ehrenmal.

Der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner hielt Jung entgegen, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei und das Ehrenmal deshalb in die Nähe des Bundestages gehöre. Dieser entscheide auch über die Auslandseinsätze der Streitkräfte, bei denen 69 Soldaten ums Leben gekommen seien. Der Bundestag sei als das "meistbesuchte Parlament der Welt" zudem der ideale Ort, um eine breite Debatte zu initiieren und ein öffentliches Bewusstsein für die Aufgaben der Bundeswehr zu schaffen.

In diesem Sinne äußerten sich auch Jörn Thießen von der SPD und Winfried Nachtwei von den Grünen. Sie wollen, dass das Denkmal auch Angehörigen von zivilen Hilfsorganisationen und der Polizei gewidmet ist, die in Auslandseinsätzen ums Leben kamen.

Die schärfste Kritik kam von Seiten der Linken. Lukrezia Jochimsen lehnte für ihre Fraktion den Begriff "Ehrenmal" gänzlich ab. Vielmehr müsse aller Toten der derzeitigen Kriege gedacht werden. Auch jener Menschen, die von Bundeswehrsoldaten getötet worden seien.

09.07.07 Das Parlament

S. 5

Pilat, Monika

Fünf FRAGEN An: BIRGIT HOMBURGER

<http://www.das-parlament.de/2007/28/Innenpolitik/16383740.html>

Frau Homburger, die FDP-Fraktion ist mit ihrer Forderung nach einem sofortigen Planungsstopp für ein Ehrenmal der Bundeswehr am Sitz des Verteidigungsministeriums im Bundestag gescheitert. Geben Sie nun auf?

Es war wichtig, dass wir die Debatte im Deutschen Bundestag geführt haben. Sie hat zum Ausdruck gebracht, dass viele Abgeordnete so denken wie wir, dass ein Ehrenmal für die im Dienst umgekommenen Soldaten der Bundeswehr an den Sitz des Deutschen Bundestages gehört.

Halten Sie - nach der Debatte - eine interfraktionelle Initiative für ein Denkmal am Parlamentssitz für denkbar?

Das wird die Zeit zeigen. Es war ja angekündigt, dass man über weitere Initiativen nachdenkt. Das sollte man sorgfältig prüfen. Wir werden uns einer Initiative nicht verschließen.

Was spricht denn eigentlich aus Ihrer Sicht gegen den Bendlerblock als Ort für ein Ehrenmal?

Es gibt zwei zentrale Punkte. Erstens ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Deshalb sollte ein solches Ehrenmal in der Nähe des Deutschen Bundestages sein. Zum Zweiten ist hier in der Nähe des Reichstages doch eine deutlich größere Öffentlichkeit gewährleistet. Wir möchten, dass möglichst viele Menschen dieses Ehrenmal wahrnehmen, weil man damit auch eine Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der Bundeswehr und ihren Einsätzen im Ausland erreichen kann.

Was halten Sie von Überlegungen, zwei Ehrenmale in Berlin einzurichten - eins am Verteidigungsministerium und eins am Bundestag?

Das ist keine wirklich geniale Idee. Es wäre sehr viel besser gewesen, Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wäre von seiner starren Haltung abgerückt und hätte gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag ein umfassendes Gedenkstättenkonzept erarbeitet. In dieses hätten die Gedenkstätten der Teilstreitkräfte des Heeres, der Luftwaffe und der Marine integriert werden können. Wir wären der Sache damit besser gerecht geworden. Das wurde leider nicht gewollt. Ich bedauere das sehr.

Was erwarten Sie, wie es in Sachen Ehrenmal jetzt weitergeht. Der Verteidigungsminister wird dem Parlament wohl zumindest ein Finanzierungskonzept vorlegen müssen, oder?

Der Verteidigungsminister kann natürlich in seinem Einflussbereich machen, was er für richtig hält. Er wird dafür Haushaltsmittel benötigen. Dazu muss er mit dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in Gespräche eintreten. Aber ich gehe davon aus, dass die Mehrheit, die unseren Antrag abgelehnt hat, am Ende auch die Mehrheit sein wird, die ihm die nötigen 3 Millionen Euro an Finanzmitteln für ein Ehrenmal am Bendler-Block bewilligen wird.

29.06.07 Freitag

S. 2

Otto Köhler

Vernichten und Gedenken. Vom Umgang der Bundeswehr mit der Öffentlichkeit

<http://www.freitag.de/2007/26/07260201.php>

Das müssen wir - und sollen wir wohl auch - als einheitliche Maßnahme verstehen. Der Bundesverteidigungsminister stellte der Öffentlichkeit das Modell für das kommende Ehrenmal der Bundeswehr vor, und sämtliche Geheimdienstinformationen über Auslandseinsätze der Bundeswehr aus den Jahren 1999 bis 2003 werden vernichtet.

Mit der Gedenkstätte wird einer dringenden Notwendigkeit Rechnung getragen: Ein Ehrenmal ist die preiswerteste Art der Hinterbliebenenrente für die Angehörigen der deutschen Toten, die immer mehr werden, je mehr Freiheit die Bundeswehr in aller Welt zu verteidigen hat. Und Verteidigungsminister Franz Josef Jung ist der richtige Ehrenmann am richtigen Ort. Vom Gedenken versteht er viel, seit er als Chef der hessischen Staatskanzlei zurücktreten musste, weil in seiner Zeit als Generalsekretär seine Partei ausgerechnet "jüdische Vermächtnisse" erfand, um illegale Parteispenden hochvermögender Honoratioren zu tarnen.

Das Modell des geplanten Ehrenmals - laut der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein "langer unaufgeregter Baukörper" - ist eine völlig neue mächtige Feldherrnhalle in Bronze, die Elemente germanischer Säulenkunst in geeigneter Weise wiederaufnimmt. Davor fünf hohe Fahnenmasten. Denn: Die Fahne, das wissen wir Deutschen aus geschichtlicher Erfahrung, "die Fahne ist mehr als der Tod".

Innerhalb der Bronzehalle befindet sich ein schwarzer "Raum der Stille" mit einem Gedenkstein, an dem Kränze abgelegt werden dürfen. Beim Verlassen des Raumes stehen Besucher einer goldenen Wand gegenüber, welche die Hoffnung symbolisieren wird.

Die Inschrift des Mahnmals, das auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums in Berlin errichtet wird, soll lauten: "Den Toten unserer Bundeswehr / Für Frieden, Recht und Freiheit".

An die Toten der Nationalen Volksarmee der DDR wird an dem Ort nicht erinnert. Das ist korrekt. Ihrer darf nicht gedacht sein - denn sie haben im Gegensatz zu unserer Bundeswehr

nie einen Krieg geführt. Ausstanzungen in Form eines Halbkreises erinnern an die runde, bronzene Erkennungsmarke von Soldaten, deren einer Teil im Fall ihres Todes zur Identifizierung abgebrochen wird. Das ist deshalb wichtig, weil man ihre Namen braucht, um den besonderen Wunsch des Verteidigungsministers zu erfüllen. Es sollen auch die Namen der Toten aufgeführt werden.

Da hat der vorgesehene Architekt schon eine Lösung. Er will die Namen der Gefallenen durch Lichtprojektion auf die Wand werfen. Das ist ungemein praktisch. Sobald neue Gefallenenmeldungen aus aller Welt eintreffen, wird man die Namen in Sekundenschnelle sichtbar machen.

Und wenn es schließlich zu viele für die Wand werden, kann man entweder die Schrift verkleinern, was allerdings das Gedenken etwas vermindern würde.

Oder - ganz einfach: die zuerst Gefallenen, derer schon hinreichend gedacht wurde, löschen, um den neuesten Platz zu schaffen. Für das Löschen hat das "Zentrum für Nachrichtenwesen" der Bundeswehr, wie wir inzwischen wissen, eine hohe Kompetenz. Dass das Parlament keinen uneingeschränkten Anspruch hat, zu erfahren, was seine - wie es immer noch glaubt - Parlamentsarmee im Ausland treibt, gehört zu den Essentials der Berliner Republik.

Doch der Bundestagsuntersuchungsausschuss wollte erfahren, was das Krisensicherungskommando (KSK) der Bundeswehr mit Murat Kurnaz angestellt hat - einfache Misshandlung, Folter oder was auch immer. Und so musste irgendetwas geschehen.

Die Problemlösung hieß löschen. Das Löschen von Daten ist fast so einfach wie die Speicherung der Daten aller unbescholtenen Telefonteilnehmer dieser Republik auf längere Zeit. Und für das Löschen hatte Jungs Ministerium einen unwiderlegbaren Grund. Das System *Jasmin*, in dem seit 1998 Daten des Militärnachrichtenwesens abgelegt werden, sei wegen der Zunahme der Auslandseinsätze der Bundeswehr immer mehr an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen.

Von den geheimen Unterlagen sei "auf Grund der Speicherkapazität des Datensicherungsroboters jedoch nur einmal" eine Sicherungskopie abgelegt worden, schrieb Jungs Staatssekretär Peter Wichmann dem Untersuchungsausschuss. "Weitere Sicherungskopien waren nicht realisierbar", erläuterte der Reserveoberstleutnant, der auch eine Vergangenheit beim Internationalen Währungsfonds hat. Wichert weiter: "Der Datensicherungsroboter erlitt nach der Archivierung der Daten einen technischen Defekt".

Da blieb nur ein einziger Weg: "Entsprechend der gültigen Vorschriften zum Umgang mit Verschlusssachen wurden die nicht mehr lesbaren Kassetten am 04. Juli 2005 vernichtet."

Wie gut, dass der Verteidigungsminister, dem das Geld fehlt, die Taten der Bundeswehr für die Nachwelt zu archivieren, doch noch etwas übrig hat, um ihrer Helden in Gold und Bronze zu gedenken.

24.06.07 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung S. 31

cls

Man muss modern sein! Warum Andreas Meck, der Architekt des Ehrenmals für die gefallenen Bundeswehrsoldaten, endlich weltberühmt werden sollte

23.06.07 Neues Deutschland S. 21

Ines Wallrodt

Eine Lüge – in Gold geprägt: Nachtrag zur Debatte um ein zentrales Ehrenmal der Bundeswehr in der Hauptstadt

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=111674&IDC=13&DB=O2P>

Eine wirkliche Debatte darüber findet nicht statt. Warum? Weil der Entwurf in seiner „zeitgenössischen Schlichtheit“ alle „Vorab-Kritik als Hysterie der Mutmaßungen zurückweist“, wie die Süddeutsche Zeitung bescheinigt? Meck „weiß, wie man aus Licht, Materie und Proportionen sinnlich mitteilbar, erzählende Räume schafft“, er wird „auch im abseits gelegenen Bendler-Block kein Kriegerdenkmal, sondern einen Ort des Gedenkens in der Mitte der Gesellschaft errichten“. Aber hätte tatsächlich jemand ein Riefenstahl-Monument erwartet, ein übermenschliches Soldatenbildnis, plumpen Heroismus? Die Sorge um die Form war von Anfang an ein Pappkamerad. Und überhaupt, bescheiden ist der Bau nun gerade nicht: Mit seinen acht mal vierzig Meter langen und zehn Meter hohen Wänden ist er sogar ziemlich gigantisch. Andreas Meck ist für Sakralräume bekannt. In seinem Entwurf hat die Berliner Republik ihren ästhetischen Ausdruck gefunden. Er inszeniert das Gedenken passend zu ihrem Selbstverständnis: skrupulös, verantwortungsbewusst und natürlich alles andere als dumpf-militaristisch. Denkmäler erlauben Rückschlüsse auf das Geschichtsbewusstsein und das politische Identitätsverständnis ihrer jeweiligen Gegenwart. Als politische Symbole tragen sie eine Botschaft mit einem bestimmten Erinnerungsgehalt für die Nachwelt. Wovon erzählen diese Räume? Woran erinnern sie? Im Inneren des Komplexes soll sich ein gänzlich schwarzer Raum befinden, in der Mitte ein Steinblock, von oben in Licht getaucht. Göttlicher Schein? Die sakrale Wirkung ist gewollt. Meck selbst bezeichnet den Raum als Cella – in antiken Tempeln der Ort, in der die Götterstatue aufgestellt war. Doch damit nicht genug des religiösen Pathos, fällt der Blick beim Verlassen der Gedenkstätte auf eine goldene Wand, auf der die Inschrift prangt: „Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit.“ Die Widmung soll die Trauernden mit einem Gefühl der Hoffnung entlassen, sagt Meck. Hoffnung, worauf? Dass eines Tages die schwere Mission der Bundeswehr, Frieden in der Welt zu schaffen, erfüllt ist? Zweifel an dieser Aufgabe dürften in den Räumen nicht aufkommen. Sollen nicht aufkommen, das Denkmal will den Einsatz ja gerade als legitim im kollektiven Gedächtnis der Nachwelt einbrennen. Frieden, Freiheit, Recht – wer will diese Werte nicht verteidigen? Ein erhabener Ort, der den Tod der Bundeswehrangehörigen mit höheren Weihen versieht. Der ausdrückt, sie sind nicht umsonst gestorben. Sondern für uns alle. Mit dem Denkmal soll eine bestimmte Lesart der Geschichte verewigt werden. Es wirkt mit an der Ideologieproduktion, an der großen Erzählung, wie Deutschland wegen Auschwitz Krieg führen musste. Die Lüge von der Rechtmäßigkeit der Kriege im Kosovo und in Afghanistan – in Gold geprägt. Auch das eine Ästhetisierung des Krieges, aber nicht als Stahlgewitter wie bei Ernst Jünger, sondern im Bild des bauchschmerzenegeplagten Menschenrechtsbombers à la Claudia Roth.

Die ausbleibende Grundsatzdebatte ist ein Zeichen. Ein Zeichen für eine politische Kultur des Krieges, in der die Anwendung organisierter militärischer Gewalt, wenn auch kaum mehr euphorisch begrüßt, so doch zum Teil zufrieden als Element einer „Normalisierung“ zur Kenntnis genommen und darüber hinaus als weithin alternativlos betrachtet wird. Mit dem Argument, man müsse Krieg führen, um ein neues Auschwitz zu verhindern, wurden die Reste pazifistischen Bewusstseins beiseite geschoben. Die Berliner Republik hat sich gewöhnt an den Einsatz von Militär in aller Welt. Sinnbildlich stehen dafür bald zwei Gedenkorte im Herzen Berlins: das Holocaust-Mahnmal und das neue Bundeswehr-Ehrenmal. Das Ehrenmal dokumentiert die Bereitschaft Deutschlands für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wobei das Wort Krieg auffällig vermieden wird. Denn Rot-Grün hat Krieg zwar enttabuisiert, aber gerade indem man den Begriff tabuisierte. Stattdessen ist von „humanitärer Intervention“ die Rede, von „Einsätzen, die Wahlen oder eine friedliche Entwicklung des Landes“ absichern. „Wird aber eher die zivil-ordnungserhaltene Seite der Einsätze wahrgenommen“, so Friedensforscherin Anna Geis, „und nicht das Töten und Verletzen, drohen kriegerische Handlungen und auch die Gefahr für Leib und Leben von Soldaten verharmlost zu werden.“ Die Toten bleiben dann seltsam abstrakt. Auch die eigenen.

[...]

Erinnerung ja, aber in einem völlig anderen Modus. Angemessen wäre eine nicht schöne, nicht tröstende, nicht erhabene Erinnerung, die somit auch nicht mehr der Erleichterung, der Selbstreinigung der Eingedenkenden diene. Das hieße, der toten Soldaten gedenken, ohne

ihrem Tod einen positiven Sinn zu verleihen. Da das Ehrenmal am Bendler-Block darauf verzichtet, die Kriege zu verurteilen, die zu diesen Toten geführt haben und zu weiteren Toten (nicht nur auf Seiten der Bundeswehr) führen werden, instrumentalisiert es die toten deutschen Soldaten zur Legitimierung dieser Politik. Ein Ehrenmal ist eben gerade kein Mahnmal gegen den Krieg.

23.06.07 Neue Zürcher Zeitung

Güntner, Joachim

Eine Frage der Zumutungen. Das Ehrenmal für die Bundeswehr-Toten

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/eine_frage_der_zumutungen_1.518332.html

Kämpfen, töten, sterben – ein Soldat muss mehr können als nur dies, aber die Anforderung, für Gewalt und Tod bereit zu sein, unterscheidet die soldatische Existenz dramatisch von der zivilen. Wie lebensgefährlich das Soldatenleben ist, davon durfte ein deutscher Wehrpflichtiger lange Zeit getrost abstrahieren. Der Kalte Krieg blieb kalt, und wenn der Dienst in der Bundeswehr Tote forderte, so waren dies meist Unglücksfälle. Doch seit die deutsche Armee zu militärischen Einsätzen ins Ausland verschickt wird, mehrt sich die Zahl derer, die Opfer von Kampfhandlungen werden. Als im Dezember 2000 der damalige Verteidigungsminister die Parole ausgab, die Sicherheit der Bundesrepublik werde «auch am Hindukusch verteidigt», war das nicht nur eine Strapazierung des Grundgesetzes, das die Bundeswehr auf defensives Agieren verpflichtet. Es besagte zudem: Deutsche Soldaten werden künftig wieder häufiger kämpfen – und sterben.

Der Blick geht nach vorn

Wie ein Siegel auf diese Botschaft wirkt jetzt, dass das vereinte Deutschland ein zentrales Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr erhalten soll. Die geplante Inschrift beschwört die Verbundenheit des Staatsvolks mit seinen Waffenträgern und erklärt, was einst Tod fürs Vaterland hiess, zum Dienst am Wertekanon der Republik: «Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit.» Diese Formulierung ruft die früheren und, was Hervorhebung verdient, die künftigen Toten gemeinsam auf. In Kabul, vor dem Ehrenhain für die Getöteten der Internationalen Schutztruppe, soll dem damals frischgebackenen Verteidigungsminister Jung im Dezember 2005 der Gedanke zu einem Bundeswehr-Ehrenmal gekommen sein. Mittlerweile ist die Zahl seiner Soldaten, die in Afghanistan ihr Leben liessen, auf 21 gestiegen. Jung hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, das Mandat für den Kampf wider die Taliban zu verlängern. Der Blick geht nach vorn, auch beim Ehrenmal.

Bisweilen wird so getan, als habe nach der Diskreditierung, die das Militär durch den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg erfahren hat, sich in Deutschland niemand mehr getraut, den eigenen toten Soldaten überhaupt noch Denkmäler zu setzen. Doch das stimmt nicht. Die Studentenbewegung war kaum vererbt, in Bonn regierte eine sozialliberale Koalition, da wurde 1972 in der Festung Ehrenbreitstein, oberhalb von Koblenz, das «Ehrenmal des deutschen Heeres» eingeweiht. Die Gedenkstätte, eine Mauernische mit einer liegenden, einen toten Soldaten darstellenden Figur, war eher bescheiden und ist dies bis heute geblieben, obgleich eine spätere Überarbeitung das Kantige verstärkte und aus der ursprünglichen Inschrift die Mahnung zum Frieden tilgte.

Von zwei Eigenschaften des Koblenzer Gedenkortes setzt sich das neue Ehrenmal erkennbar ab: Statt in der Provinz wird es sich in der Hauptstadt befinden, also als «zentrales» Bekenntnis fungieren. Und es ist nicht mehr das Resultat einer Retrospektive auf die beiden Weltkriege. Seine Zeit ist das Jetzt. Damit wird es zum Symbol für das Verständnis, welches die deutsche Gesellschaft von ihren Soldaten besitzt. Verteidigungsminister Jung führte den Ehrenmal-Wettbewerb im Geheimen durch und präsentierte der Öffentlichkeit bloss noch das Ergebnis. Er vertat die Chance zu einer Diskussion, erntete Beifall, aber auch Widerspruch.

sagte Rainer Stinner (FDP). Das Ministerium habe dem Verteidigungsausschuss dabei wenig über seine Pläne mitgeteilt. Ein Antrag aller Fraktionen sei letztlich an der Regierungskoalition gescheitert.

So waren sich dann auch die verteidigungspolitischen Sprecher von Union und SPD, Bernd Siebert und Rainer Arnold, einig, dass der Bendlerblock der richtige Platz für das Denkmal sei und lehnten den FDP-Vorschlag ab. "Wichtig ist, dass wir uns bewusst machen, dass dieses Ehrenmal uns alle angeht", erklärte Siebert.

Zwei Denkmäler

Denkbar sei auch, so Arnold, dass der Bundestag eine weitere Gedenkstätte für Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfer in Auftrag gibt. In diese Richtung gehen auch die Gedanken der Grünen. Winfried Nachtwei, sicherheitspolitischer Sprecher, erklärte: Eine öffentliche Erinnerung an die im Ausland Gefallenen "sei längst überfällig". Daher müsse auch der Ort eines Ehrenmals "in der Öffentlichkeit und nicht am Rande der Öffentlichkeit gelegen sein". Die Linke kritisierte den Standort aufgrund der Nähe zum Bendlerblock, wo neue Rekruten vereidigt werden, stark. Wehrpflichtige derart auf den "Heldentod" einzustimmen, lasse nichts Gutes für die Zukunft erwarten. Eine "einsame Ministerentscheidung" sei auf keinen Fall der richtige Weg.

19.06.07 Die Welt

S. 29

Schmitt, Uwe

Letzte Ehre. Vom Nationalfriedhof in Arlington bis zum Vietnam-Memorial: In den USA bezeugen selbst Kriegsgegner den Gefallenen ihren Respekt

http://appl.welt.de/media/download/347270fe8eee81feee08454c5f344227/2007-06-19_DWBE-HP_29.pdf

18.06.07 Der Tagesspiegel

S. 29

Schulz, Bernhard

Wenn der Staat trauert. Bundeswehr-Ehrenmal

<http://www.tagesspiegel.de/kultur/Bundeswehr-Ehrenmal:art772,2323594>

Der Berliner Dienstsitz des Bundesverteidigungsministeriums befindet sich an einem bedeutungsschweren Ort. Tagtäglich werden Politiker und Militärs daran erinnert, welche moralischen Grenzen der Ausübung staatlicher Gewalt gesetzt sind: Mitten im so genannten Bendlerblock mahnt daran die Gedenkstätte Deutscher Widerstand für die Verschwörer des 20. Juli.

Die Verbrechen der Hitler-Diktatur haben das Ansehen alles Militärischen zutiefst beschädigt. Das Bewusstsein dieser Beschädigung spielte auch bei der Gründung der demokratisch legitimierten Bundeswehr eine Rolle. Dass sie, erstmals ausgesandt von einer rot-grünen Bundesregierung, mittlerweile auch aktiv an Kriegshandlungen teilnimmt, bleibt nur auf diesem Fundament des kritischen Selbstbewusstseins möglich. Die Normalität, die die bundesdeutsche Armee mittlerweile darstellt, hat jedoch auch ihre Kehrseite. Zu ihren Toten hat die Bundeswehr noch kein Verhältnis gewonnen, das demjenigen anderer, mit einer kontinuierlichen Geschichte gesegneten Länder gleiche.

„Seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 sind mehr als 2600 ihrer Soldaten im Dienst ums Leben gekommen“, erklärt das Verteidigungsministerium sein Vorhaben, ein Ehrenmal in Berlin zu errichten. Früher hätte man von „Gefallenen“ gesprochen, zumindest bei jenen 69 Soldaten, die im „Auslandseinsatz“ ums Leben kamen, wie jüngst drei Soldaten im Norden Afghanistans.

Jetzt hat das Ministerium das Ergebnis des Wettbewerbs für das Ehrenmal öffentlich gemacht. Es soll am Rande des kargen Freifeldes entstehen, der sich vom Bendlerblock bis

zur Hildebrandstraße erstreckt. Zur Ausführung bestimmte die Jury den Entwurf des Münchner Architekten Andreas Meck, der einen 41 Meter lang gestreckten Baukörper mit einer „filigran durchbrochenen Bronzehaut“ vorsieht. Raffinierte Schiebewände machen diesen Bau wahlweise von der Straßen- wie von der Platzseite her zugänglich.

Meck meidet die erdverbundene Festigkeit, die Karl Friedrich Schinkel bei seiner 1816-18 errichteten Neuen Wache Unter den Linden so betont. Der Vergleich zu diesem Bauwerk, zumal in der Umgestaltung zum republikanischen „Ehrenmal für die Gefallenen des Krieges“ (1931), drängt sich auf. Mecks Entwurf verweigert sich dem Pathos nicht, versucht aber, es herunterzuspielen. Die Massigkeit des zehn Meter hohen Betonriegels löst er im flirrenden Bronzevorhang optisch auf. Mit kantigen Pfeilern und vorgesetzten Fahnenstangen bedient sich Meck zugleich aus dem hergebrachten Repertoire von Staats-Gedenkstätten.

Schon vor der Veröffentlichung des Jury-Entscheids war die Forderung erhoben worden, die Namen der 2600 Verstorbenen sichtbar zu verewigen – ein Patentrezept, das seit dem Washingtoner Vietnam Veterans Memorial mit seinen 58 000 Namen stets zur Hand ist. Hierzulande ist die Namensnennung fester Bestandteil aller Holocaust-Gedenkstätten. Doch beim Bundeswehr-Ehrenmal geht es nicht darum, Einzelschicksale dem Vergessen zu entreißen. Die Gleichzeitigkeit von kollektiver Ehrung und individueller Trauer, die der Wettbewerb verlangt, birgt die Vermutung, dass die Gesellschaft die tödliche Verteidigung gemeinsamer Werte kaum mehr einzufordern wagt. Es bleibt ein Balanceakt, das gemeinschaftliche „ehrende Gedenken“ an gefallene Soldaten als Teil der „kulturellen Identität“ der Republik zu verankern.

Die nächstplatzierten Entwürfe zeigen Alternativen. Hans Kollhoff orientiert sich am Motiv eines Campo Santo, eines von einem Umgang geschützten Friedhofs, der nur den Blick zum Himmel frei lässt. Gesine Weinmiller will eine Art himmelsoffener Kaaba in den märkischen Sand graben, umgürtet mit einem durchbrochenen Schriftband mit Rilke-Zitat.

Der Wettbewerb offenbart eine merkliche Zögerlichkeit im Umgang mit seinem Thema. Es rächt sich, dass der Verteidigungsminister, seines eigenen Vorstoßes offenkundig unsicher, die öffentliche Debatte gescheut hat. Über Gehalt und Form eines solchen Ehrenmals muss gestritten werden – zumal wenn sich die Nation darauf besinnen will, warum sie ihre Soldaten mittlerweile in Kriegsgebiete schickt.

18.06.07 aktuell. Zeitung für die Bundeswehr S. 1

Dietmar Buse

Angemessen und überfällig. Ehrenmal: Verteidigungsminister stellt Entwurf des Münchener Architekten Andreas Meck der Öffentlichkeit vor

15.06.07 Neues Deutschland S. 14

Ulrike Gramann

In Ehrengewittern begraben

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=111261&IDC=10&DB=O2P>

Nicht genug der Ehren sprach Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung Ende 2005 erstmals von einem zu errichtenden zentralen Ehrenmal für in Auslandseinsätzen ums Leben gekommene Bundeswehrsoldaten. Nach eigenem Bekunden griff er damit Anregungen aus der Truppe auf, die er in Afghanistan erhalten habe. Vereinzelt Kritik aus dem Bundestag richtete sich damals gegen eine Beschränkung auf im Auslandseinsatz Gestorbene, Getötete, Gefallene. Jung erweiterte darauf seinen Plan und kündigte Anfang Juli 2006 ein zentrales, öffentlich zugängliches Ehrenmal an, „allen getöteten Soldaten und zivilen Toten der Bundeswehr gewidmet“.

Die Intention blieb gleich. Nicht die über 2500 seit Bundeswehrgründung ums Leben Gekommenen boten in 40 Jahren den Anlass für ein zentrales Ehrenmal, weder

Wehrpflichtige, die durch unsinnige Befehle von Vorgesetzten zu Tode kamen, noch Soldaten, die alkoholisiert und in maskuliner Selbstüberschätzung unsachgemäß mit Munition hantierten, auch nicht jene Unfallopfer, die ohne Verschulden starben.

Diesen 2500 stehen 69 Soldaten gegenüber, die von 1992 bis heute in Auslandseinsätzen umkamen. Erst ihr Tod bewirkte den qualitativen Sprung, der jetzt zu einem zentralen Ehrenmal führt. Bei Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz handelt es sich um Freiwillige, die sich – man denkt doch: bewusst – für das Soldatenhandwerk entschieden haben.

Jung heute vorzuwerfen, er habe die Pläne für das Ehrenmal hinter dem Rücken des Parlaments vorangetrieben, ist unredlich. Entscheidung, Standortfrage, Meinung der Kanzlerin, Berufung einer Findungskommission und deren Präferenz für die Entwürfe dreier Architektenbüros wurden sehr wohl öffentlich kommuniziert. Nicht der Verteidigungsminister hat die Beteiligung des Bundestags verhindert.

Vielmehr erhebt seit mehr als einem Jahr keine, jawohl: keine Fraktion des Bundestags grundsätzliche Einwände. Es waren und sind einzelne Abgeordnete, die sich kritisch äußern.

[...]

Nein, wer Mahnung will, muss die öffentliche Debatte um die Aufgaben der Bundeswehr und den Zweck der Auslandseinsätze befördern, anstatt das politische und nationale Warum pietätvoll zu verschweigen. An die Stelle von kontemplativem Gedenken muss die Konfrontation mit programmatischen Aussagen treten, wie den Verteidigungspolitischen Richtlinien, aus denen seit 1992 unmissverständlich hervorgeht, dass Bundeswehreinsätze vornehmlich der Sicherung wirtschaftlicher Interessen dienen.

Auch die „Bürger in Uniform“ dürfen sich die Konfrontation mit den Wirkungen ihrer Entscheidungen nicht ersparen, denn die Tragweite ihres Handelns reicht über beruflich-private Perspektiven hinaus. Die Grundsätze der Inneren Führung muten Soldaten der Bundeswehr zu, Befehle vor Ausführung auf ihre grundgesetzliche und völkerrechtliche Legitimation zu prüfen. Die Verantwortung des Einzelnen, ob er Befehle ausführt und eine Waffe benutzt, lässt sich nicht delegieren, wie die Mauerschützenprozesse eindrücklich zeigten. Von der Illusion, dass sich Verantwortung durch postmortale Ehre ersetzen lässt, sollten sich Soldaten befreien. Ein offizielles Ehrenmal der Bundeswehr ist Teil der offiziellen (Wieder-)Herstellung einer Normalität des Krieges. Der Verlust der Hinterbliebenen wird dennoch im privaten Raum erlebt. Der Verlust der Gesellschaft besteht im politischen Gebrauch militärischer Mittel.

15.06.07 Neues Deutschland

S. 14

Paul Schäfer

Wider eine falsche Erinnerungskultur

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=111262&IDC=10&DB=O2P>

Es hat lange gewährt, aber endlich gut ist es nicht geworden: Nach Monaten intensiver Planung und Wochen des Hörensagens hat Verteidigungsminister Jung in dieser Woche offiziell den Verteidigungsausschuss ausführlicher über das geplante Ehrenmal für – so inzwischen die Sprachregelung – bei der Erfüllung der Dienstpflicht gestorbene Soldaten informiert. Und Aufklärung tat Not, denn obwohl Jung dieses Vorhaben schon seit langem zielstrebig verfolgt, geschah dies weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Als Chefsache bereits im Frühjahr 2006 deklariert, wurde eine Findungskommission nach Gusto des Verteidigungsministers besetzt und ein Sieger im »Ideenwettbewerb« gekürt.

Aber auch ohne Transparenz ist bereits jetzt klar: das Ehrenmal wird zuletzt für die bislang gestorbenen Bundeswehrsoldaten errichtet, und die künftig sterbenden stehen in der Prioritätenliste nur wenig höher. Die Aussicht, im Fall des Sterbens während der Dienstzeit öffentlich geehrt zu werden, war in der Vergangenheit nicht ausschlaggebend für die Entscheidung zum Dienst bei der Bundeswehr – und es wäre bedenklich, wenn sie es in Zukunft werden würde.

Bei Jungs Ehrungsplänen geht es um subtilere Interessen: die symbolische Legitimierung der Bundeswehr und ihrer Taten im In- und Ausland. Das zeigt ein kritischer Blick in die Geschichte. Ehrenmale waren en vogue im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts, mit ihnen wurde der Siege in Schlachten und Kriegen gedacht.

Sie erfüllen ihren Zweck in mehrfacher Hinsicht: Das Ehrenmal hebt den soldatischen Opfercharakter hervor und suggeriert eine Einheit von Soldatentum und Volk. Die Taten der Soldaten werden pauschalisiert und entdifferenziert, die konkrete Verantwortung des Einzelnen und seines Vorgesetzten wird auf eine unspezifische gesellschaftlich-moralische Ebene gehoben. Nicht zuletzt rehabilitieren sie die bewaffneten Teilnehmer an Konflikten – vor allem die Überlebenden: Die toten Soldaten werden zu Helden stilisiert und der Nimbus von Pflichterfüllung und Tapferkeit strahlt auf die gesamte Truppe ab.

14.06.07 Frankfurter Rundschau

Ap

Soldaten-Mahnmal. Jung ist sich der Zustimmung sicher

Berlin (ap) Der Bau des umstrittenen Ehrenmals für alle Angehörigen der Bundeswehr, die im Dienst ihr Leben verloren, ist nach Meinung von Verteidigungsminister Franz Joseph Jung (CDU) gesichert. Bei der Vorstellung des Siegerentwurfs sagte er am Mittwoch in Berlin, er rechne mit einer breiten Unterstützung für die Errichtung des Mahnmals im Verteidigungsministerium am Berliner Bendlerblock. Die Kosten von geschätzt fünf Millionen Euro würden in den nächsten Haushalt eingestellt. Fertigstellung solle 2008 sein.

Jung ist nach Darstellung von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan der erste Minister, der eine zentrale Ehrung der Toten auf den Weg gebracht habe. Die Teilstreitkräfte hätten bereits Ehrenmale in Koblenz, Fürstenfeldbruck und Laboe. Die Spanne des ehrenden Gedenkens reiche mit dem geplanten Ehrenmal vom Unglück an der Iller vor 50 Jahren, bei dem 15 Wehrpflichtige starben, bis zum Selbstmordanschlag von Kundus in Afghanistan am 19. Mai, bei dem drei Soldaten ums Leben kamen.

Geehrt werden sollen damit die mehr als 2.600 Angehörigen der Bundeswehr, die seit 1955 ums Leben kamen. NVA-Soldaten würden damit nicht berücksichtigt. In Auslandseinsätzen seit 1990 starben 69 Soldaten. Soldaten, die ihrem Leben selbst ein Ende setzten, sollten nicht ausgegrenzt werden.

Die FDP hatte gefordert, die Planungen für ein Mahnmal am Bendlerblock auszusetzen. Die Bundeswehr sei eine Parlamentsarmee, daher müsse ein Mahnmal am Reichstag errichtet werden. Jung sagte, er könne sich nur in seiner Verantwortung für die Bundeswehr gegenüber dem Parlament äußern. Das geplante Mahnmal sei nur Bundeswehrangehörigen gewidmet, jedoch nicht beispielsweise Polizisten oder Helfern, die im Auslandseinsatz getötet worden seien. Es sei Sache des Parlaments, ein eigenes Mahnmal zu errichten.

Der Öffentlichkeit zugänglich

Jung entwickelte die Idee nach eigenen Worten im September 2005 und stieß die Diskussion darüber im Februar 2006 an. Im Frühjahr, Sommer und Herbst 2006 sei das Projekt im Verteidigungsausschuss behandelt worden, zuletzt am (heutigen) Mittwoch im Haushaltsausschuss. Jung und Schneiderhan wiesen auch den Vorwurf der Kritiker zurück, mit der Errichtung am Bendlerblock werde das Mahnmal versteckt. Es stehe vielmehr in dem Komplex, in dem auch der Hitler-Attentäter des 20. Juli gedacht werde.

Der Entwurf der Münchner Architekten Andreas Meck macht laut Jung deutlich, dass sich die Bundeswehr bewusst einem breiten Publikum öffnet. Das rechteckige Bauwerk von zehn Metern Höhe und 41 Metern Länge soll am Rande des Paradeplatzes entlang der Hildebrandtstraße stehen. Die meiste Zeit des Jahres soll es für die Öffentlichkeit betretbar sein. Nur für besondere Anlässe soll es kurzzeitig der Öffentlichkeit verschlossen bleiben.

Der Bau besteht aus einem Stahlbetonrahmen, der mit einer Bronzedecke überzogen ist, die durch Ausstanzungen in Form von durchbrochenen Erkennungsmarken filigran lichtdurchlässig wirkt. Das Durchbruchmuster gilt als Symbol für den Tod eines

Soldaten. Schneiderhan sagte, die Symbolik sei für Soldaten wichtig und einprägsam und deshalb überzeugend.

Im Inneren befindet sich ein in Schwarz gehaltener Raum mit einem Felsblock für die individuelle Trauer. Die Inschrift im Inneren soll lauten: "Den Toten unserer Bundeswehr - Für Frieden, Recht und Freiheit". Die Namen der Getöteten sollen ebenfalls angebracht werden, in welcher Form, ist noch offen.

14.06.07 Süddeutsche Zeitung S. 4

Kister, Kurt

Bekennnisort, kein Kriegerdenkmal. Die Erinnerung an die Toten der Bundeswehr hat auch mit der Rolle der Armee im Staat zu tun

14.06.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 1

elo

Ehrenmal

14.06.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 42

Wefing, Heinrich

Orte der Stille. Andreas Mecks Entwurf für das Bundeswehr-Ehrenmal in Berlin

14.06.07 die tageszeitung S. 8

Lautenschläger, Rolf

Jungs monumentales Geheimnis. Bundesverteidigungsminister Jung stellte gestern sein derzeitiges Lieblingsprojekt vor: ein Ehrenmal für gefallene Soldaten

<http://www.taz.de/index.php?id=archiv&dig=2007/06/14/a0053>

Als wäre ihnen die Sache etwas peinlich, hatten Soldaten der Bundeswehr das Modell vor Beginn der Veranstaltung mit einer Serviette bedeckt. Auch Franz Josef Jung (CDU), Bundesminister der Verteidigung, fasste das Ding nicht an. Erst nach langen Sätzen Jungs zur Präsentation des "Ehrenalms der Bundeswehr" wurde der in Bronze schimmernde Entwurf des Münchener Architekten Andreas Meck gestern enthüllt. Ovationen gab es im Bendlerblock dafür nicht.

Dass Jung und seine Soldaten in Sachen Ehrenmal für die im Dienst (2.600) und im Ausland (69) ums Leben gekommenen Soldaten der Bundeswehr gestern so defensiv operierten, ist symptomatisch für das gesamte bisherige Verfahren. 2005 war dem Verteidigungsminister im afghanischen Kundus in den Sinn gekommen, ein "zentrales Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr" zu errichten. Zugleich war dem Minister wichtig, dass die "letzte Ehre" auf dem Gelände des Bendlerblocks - dem Berliner Dienstsitz Jungs - stattfinden sollte.

Nicht wichtig war Jung hingegen die öffentliche Auseinandersetzung um den Standort - gegenüber der Gedenkstätte Deutscher Widerstand -, sowie Sinn und Zweck eines solchen Ehrenalms. Anstatt über die Notwendigkeit einer derartigen Denkmal-Aktion, welche die bisherige Grenze militärischer Repräsentation in der Republik überschreitet, zu debattieren, hat Jung das Verfahren fast im Geheimen durchgezogen. Die Bundeswehr lobte 2006 einen begrenzten Wettbewerb unter eingeladenen Architekten aus. Eine interne Jury entschied sich für den Entwurf des Münchners Andreas Meck, dessen riesiger Entwurf nicht unproblematisch ist.

Meck hat eine schmale 41 Meter lange und zehn Meter hohe Halle entworfen, die in eine Bronzehülle gekleidet werden soll. Unter diese Hülle, die halbierten Erkennungsmarken der Soldaten nachempfunden ist, hat Meck einen dunklen "Raum der Stille" zum Gedenken an die toten Soldaten integriert. Der 2,5 Millionen Euro teure Bau soll noch dieses Jahr beginnen und Mitte nächsten Jahres beendet werden.

Dass die Zeit des leisen Einsatzes für das ambitionierte Ehrenmal des Verteidigungsministers nun endgültig vorbei sein könnte, liegt schon an der monumentalen Größe und sakralen Form des Ehrenmals. Zwar hat Jung mit CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel - nach ersten ausweichenden Äußerungen zu dem Thema - eine Helferin für das Denkmal und für den Standort im Bendlerblock. Die Kritik an einem fehlenden Diskurs zum Thema, wie sie nach der ersten Verkündung des Bundeswehrdenkmal im Mai aufflackerte, aber wird sich nun verstärken.

So bezeichnete der liberale Verteidigungsexperte Rainer Stinner Jungs Alleingang als verpasste Chance, "eine längst überfällige Grundsatzdiskussion über die Rolle der Bundeswehr und die Auslandseinsätze zu befördern". Zugleich rufen Bundestagsabgeordnete wie Winfried Nachtweih (Grüne) und Jörn Thiesen (SPD) dazu auf, über einen anderen, zweiten Ehrenmal-Standort am Reichstag mit einer erweiterten Funktion nachzudenken: Statt eines singulären Denkmals auf den Appellplatz im Bendlerblock sollte ein Denkzeichen für alle Opfer - ob militärische oder zivile Helfer - errichtet werden. Ein solches Zeichen dürfte nicht, wie Peter Steinbach, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, anmahnte, Pathos oder Opferbereitschaft symbolisieren, sondern es sollte ein Zeichen zur Reflexion sein, das außerdem vor das Parlament gehöre, wo die Entscheidungen für die Einsätze fallen.

14.06.07 die tageszeitung

Reinecke, Stefan

Es droht das bessere Argument. Jung befürchtet Debatte über sein Ehrenmal für Soldaten zu Recht

<http://www.taz.de/digitaz/2007/06/14/a0105.1/text>

Verteidigungsminister Jung will neben seinem Ministerium in Berlin ein Denkmal für tote Soldaten bauen. Kanzlerin Merkel stützt ihn - und sei es auch nur, um für Ruhe an dieser Front zu sorgen. Das Ergebnis ist kurios: Ein Denkmal entsteht, das im Eiltempo und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geplant wurde und jetzt ganz schnell gebaut wird. Eine militärisch zackige Umsetzung. Einsprüche von Politikern und anderen Zivilisten werden als Bedenkenträgererei beiseite gewischt. Warum diese Hektik? Ist Gefahr im Vollzug?

Denkmäler symbolisieren das Selbstverständnis der Republik. Sie entstehen nicht per Dekret, sondern in einem Prozess von Rede und Gegenrede. Das kann in Demokratien lange dauern - beim Washington-Memorial unweit des Kapitols lagen zwischen der Idee und der Fertigstellung 86 Jahre. Langsamkeit und Offenheit sind Tugenden, wo es um Symbole der Republik geht. Doch davon will Minister Jung nichts wissen. Die Gefahr, die ihm droht, ist die des besseren Argumentes - und dass sich das Parlament doch noch aufrafft, um seinen Egotrip zu stoppen. Daher die Eile. Nichts spricht gegen ein Denkmal für Bürger, die, als Soldaten oder Zivilisten, im Auftrag der Republik gestorben sind. Denn die Demokratie schuldet dem Einzelnen, der sein Leben für das Kollektiv gegeben hat, Anerkennung. Doch alles spricht gegen dieses Schnellverfahren. Und viel gegen den Ort am Bendlerblock und das exklusive Gedenken an Soldaten, das suggeriert, der Tod von Soldaten in Afghanistan wäre mehr wert als der von zivilen Helfern. Einen kritischen Blick verdient auch der Entwurf, der ästhetisch an Sakralbauten anschließt und durch seine schiere Größe - 40 Meter lang, 10 Meter hoch - monumental wirkt.

Jungs "Ehrenmal" hält, ästhetisch und im Titel, zu wenig Distanz zum militaristischen Kodex von Pflicht und Ehre. In seinem Innenraum soll eine elektronische Liste der Toten zu sehen

13.06.07 SWR

Heilig, Jürgen (Moderation)

Für Freiheit, Einheit und tote Soldaten – Welche Denkmäler braucht das Land?

Im Gespräch mit: Michael Diers, Richard Schröder, Harald Welzer

Sendetermin: 13.06.2007, 17:05 Uhr

<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/swr2-forum/-/id=660214/nid=660214/did=2145392/wzliaz/index.html>

13.06.07 Süddeutsche Zeitung

S. 2

Matzig, Gerhard

Auf überzeugende Weise still. Warum das von Andreas Meck für Berlin entworfene Ehrenmal trotz voreiliger Kritik gelingen kann

13.06.07 Süddeutsche Zeitung

S. 2

Blehschmidt, Peter

Eine Idee, die plötzlich viele Väter hat. Verteidigungsminister Jung beharrt darauf, Herr über Gestaltung und Standort des Denkmals zu sein – die Parteien wollen es anders

13.06.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung

pca.

Jung präsentiert Entwurf für Ehrenmal

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E3F33B43A25C1499BA38F3400A4F08EA7~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Verteidigungsminister Jung (CDU) hat am Mittwoch den Entwurf für das Ehrenmal präsentiert, das auf dem Berliner Gelände des Verteidigungsministeriums an Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr erinnern soll, die im Dienst ums Leben gekommen sind.

Die Pläne sehen vor, eine Halle zu errichten, die nach Auskunft des Architekten Andreas Meck von einem „Bronzekleid“ umhüllt ist, das in Form von halbrunden Ausstanzungen Gestaltungselemente einer Erkennungsmarke aufnimmt, die jeder Bundeswehrsoldat im Einsatz trägt. Die Anlage soll frei zugänglich für die Öffentlichkeit sein.

Nicht unumstritten

Das Ehrenmal, das auf Initiative Jungs bis Mitte des kommenden Jahres nach fertig gestellt werden soll, ist nicht unumstritten, weil etwa die FDP-Opposition im Bundestag fordert, über das Gedenken an die Toten – und damit auch über das Ehrenmal – müsse das Parlament bestimmen.

Nach Auffassung des Koalitionspartners SPD liegt es jedoch es im Ermessen des Verteidigungsministers, über ein Ehrenmal für Bundeswehrangehörige zu bestimmen. Die Verteidigungspolitiker der Union hießen Jungs Vorhaben am Mittwoch noch einmal ausdrücklich gut. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Schneiderhan, sagte, die Errichtung eines Ehrenmals sei „nicht nur angemessen, sondern überfällig“. Schneiderhan hatte bei Auswahl aus sechs Entwürfen mitgewirkt, die das Verteidigungsministerium von namhaften Architekten und Bildhauern erbeten hatte. Der Auswahlkommission, die vom Chef des Planungsstabes, Schlie, geleitet wurde, gehörten zudem der frühere Bauminister Schneider, die Architekten Braunfels und Sattler sowie der Historiker Stölzl an.

„Den Toten unserer Bundeswehr“

Nachdem Jung zunächst an einen Gedenkort für die Soldaten gedacht hatte, die bei Auslandseinsätzen etwa auf dem Balkan oder in Afghanistan ums Leben gekommenen waren, soll nun ein Ehrenmal aller seit Bestehen der Bundeswehr getöteten Militärangehörigen gedenken. An Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR, die in ihrem Dienst ums Leben kamen, soll nicht erinnert werden. Es gebe, so sagte der Minister, beim Ehrenmal, einen ausdrücklichen Bezug zur Bundeswehr und zum Grundgesetz, was sich schon in der Inschrift zeige. Diese soll lauten: „Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit.“

Der FDP-Vorsitzende Westerwelle sagte, es gehe auch im Fall des Ehrenmals darum, ob man die Bundeswehr als „Regierungsarmee“ oder als „Parlamentsarmee“ begreife. Nach Auffassung seiner Fraktion solle sich das Parlament in breiter, öffentlicher Diskussion mit dem Vorhaben befassen, so wie das auch bei anderen umstrittenen Gedenkstätten der Fall gewesen sei.

13.06.07 Frankfurter Rundschau

S. 5

Hebestreit, Steffen

Ehrenmal am Bendlerblock wird gebaut. Jung legt Pläne für Soldatengedenken vor

13.06.07 Frankfurter Rundschau

Hebel, Stephan

Wenn Frohnaturen trauern

13.06.07 Spiegel online

Weiland, Severin

Bronze-Ehrenmal für tote Soldaten

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,488371,00.html>

Berlin - Die Idee ist schlicht, einfach und anschaulich: ein Bronzekleid, in das halbe Erkennungsmarken von Soldaten gestanzt sind, wird das erste zentrale Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin umhüllen. Es ist ein höchst symbolisches Motiv, das der Sieger-Entwurf des Architekten Andreas Meck vorsieht.

Denn die ovale Marke trägt jeder Soldat im Einsatz. Stirbt er, wird eine Hälfte abgebrochen und dient der aktenkundigen Feststellung des Todes. Kaum ein Kriegsfilm, in dem die Handlung nicht nachgezeichnet wird.

Für das Motiv, das der Münchener Architekt gefunden hat, war Verteidigungsminister Franz-Josef Jung bei der Präsentation des Ehrenmal-Entwurfs in seinem Berliner Dienstsitz voll des Lobes. Der Entwurf stelle "einen würdigen Rahmen" dar, um der 2.600 seit 1955 ums Leben gekommenen Soldaten und Zivilisten der Bundeswehr zu gedenken. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan zeigte sich gar "persönlich berührt" und ergänzte, er halte den Bau "nicht nur für angemessen, sondern für überfällig".

Ganz so einfach ist die Lage nicht. Denn das Vorhaben eines Ehrenmal, das Jung kurz nach seinem Amtsantritt im Herbst 2005 vorangetrieben hat, stößt weiterhin auf Kritik. Vor allem Abgeordnete der Opposition hatten zuletzt wiederholt den Standort und die Gedenkform moniert. So wünschten sich Politiker von FDP und Grünen ein Ehrenmal am Bundestag, weil das Parlament über den Auslandseinsatz entscheidet. Auch ein breiteres Gedenken - für Diplomaten, Polizisten und Entwicklungshelfer - war von einzelnen Abgeordneten vorgeschlagen worden.

Doch Jung blockt ab.

Er sei als Inhaber der zentralen Befehls- und Kommandogewalt für die Angehörigen der Bundeswehr zuständig, nicht für Polizisten und zivile Aufbauhelfer, erklärte der Minister am Mittwoch. Es sei daher Angelegenheit des Parlaments, über ein gesondertes Ehrenmal zu befinden.

Das 41 Meter lange, acht Meter breite und zehn Meter hohe Ehrenmal der Bundeswehr soll, mit einem fast ganzjährig öffentlichen Zugang, auf der Parade- und Präsentierfläche des Berliner Amtssitzes gebaut werden. Der Generalinspekteur verteidigte wie sein Dienstherr die Auswahl des Standortes: Es sei eine "auffällige Position, wo exekutives Handeln angesiedelt ist". Zwar wird das Ehrenmal in der Nähe der Gedenkstätte für die Opfer des NS-Widerstands vom 20. Juli 1944 im benachbarten Bendlerblock errichtet. Doch unterstreiche der ausreichende Abstand, dass das Ehrenmal die Bedeutung des Attentats auf Hitler für das Traditionsverständnis der Bundeswehr weder berühre noch relativiere, so Jung. Zuletzt hatten die Ausstellungsmacher der im Bendler-Block beheimateten Gedenkstätte Deutscher Widerstand vor einer "Kranzabwurfstelle" gewarnt.

Schwarzer Raum der Stille

Der Münchener Architekt Meck konzipierte das Ehrenmal entsprechend den Zielvorgaben sowohl für private wie auch staatlich-öffentliche Trauer: Auswärtige Besucher können durch einen drei Meter hohen Eingang von der am Ministeriumsgelände entlang führenden Hildebrandtstrasse in das Innere des Ehrenmals treten. In einem Raum der Stille, der in schwarz gekleidet ist und nur durch eine Lichtöffnung in der Decke erhellt wird, wird ein Monolith aus Nagelfluh - ein Sedimentgestein aus dem Voralpenland - stehen. Dort können dann Kränze oder Blumen abgelegt werden. Beim Verlassen des Raumes begegnet der Besucher einer goldschimmernden Wand. Sie soll das Übernatürliche symbolisieren und für die "Hoffnung" in allen Kulturen stehen. Eine Schiebewand trennt das Ehrenmal von der Straße oder dem Paradeplatz. Wird auf dem Gelände eine Trauerveranstaltung durchgeführt, kann die Wand zum Platz hin geöffnet werden.

Angeregt durch die jüngste öffentliche Debatte, will Jung zusammen mit dem Architekten darüber nachdenken, wie die Namen der Toten kenntlich gemacht werden. Meck wandte sich gegen ein Erinnerungsbuch. Er denke an moderne technische Mittel wie etwa eine Laserprojektion. Jung betonte, die Namensnennung werde "nicht gegen den Willen der Angehörigen" vorgenommen.

Mit dem Ehrenmal in der Hauptstadt, für das rund drei Millionen Euro veranschlagt wird und das Mitte kommenden Jahres fertig sein soll, betritt die Bundeswehr Neuland. Zwar gibt es Gedenkstätten an anderen Orten der Bundesrepublik für die drei Teilstreitkräfte - aber noch keines, das in Berlin präsent ist. Vorgebracht hat die Idee Jung. Als er im Dezember 2005 in Kabul das deutsche Lager besuchte, fragte sich der CDU-Minister beim Anblick eines dortigen, provisorischen Ehrenmals: "Was machen wir eigentlich in Deutschland für jene, die im Einsatz für die Bundeswehr ihr Leben gelassen haben?" Im Frühjahr 2006 ging er dann mit seiner Idee an die Öffentlichkeit. Begleitet wurde die Diskussion von Anbeginn von der Frage: Soll nur den seit 1990 im Auslandseinsatz getöteten 69 Bundeswehr-Soldaten oder auch all jenen gedacht werden, die seit dem Bestehen der Truppe bei Abstürzen, Unfällen und auch Selbstmorden umkamen? Man habe "keine Differenzierungen" vorgenommen, betonte Jung heute auf die Frage, ob auch Selbstmördern gedacht werde.

Am Ende fand das Ministerium eine umfassende Formel. Die Inschrift des Ehrenmals lautet: "Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit".

Die sechsköpfige Findungskommission - in der neben den Star-Architekten Stephan Braunfels und Christoph Sattler, dem früheren Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) auch der Historiker Christoph Stölzl (CDU) und der Generalinspekteur Schneiderhan saßen - hatte sich einstimmig für Mecks Entwurf ausgesprochen. Geleitet wurde die Kommission vom Chef des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, Ulrich Schlie. Der Historiker und Vertraute Jungs hat sich wissenschaftlich mit der Geschichte der Ehrenmäler in Deutschland beschäftigt.

Nun wurde der Theoretiker zum Praktiker.

Jochimsen, Luc**Ministermahnmal – auf Vorrat**

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=111018&IDC=33&DB=O2P>

Wie gut, dass es Zeitungen gibt! Ohne sie hätten wir keine Ahnung, dass demnächst in Berlin ein Denkmal für die im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten und Mitarbeiter der Bundeswehr errichtet werden soll. Seit Monaten wird in den Medien über dieses Denkmal berichtet, spekuliert, offenbar Falsches und Zutreffendes durcheinander gebracht – und alles nur deshalb, weil der Auftraggeber, der Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), weder das Parlament noch die Bürgerinnen und Bürger informiert – geschweige denn in seinen Plan einbezieht.

Eine Mediengeschichte ist das also und den Anfang machte – wie so oft – die „Bild“-Zeitung auf ihre ganz besondere Weise: „Deutschlands Ex-Verteidigungsminister fordern: Ehrenmal für unsere gefallenen Soldaten“ hieß es am 5. Februar: „Sie ließen ihr Leben in Afghanistan, in Bosnien und dem Kosovo – deutsche Soldaten im Auslandseinsatz! 65 von ihnen sind seit der Gründung der Bundeswehr fern der Heimat gefallen. Doch bis heute gibt es für die Opfer kein Ehrenmal! Das muss sich sofort ändern.“ Diese Forderung war dann abgedruckt als Offener Brief der beiden Sozialdemokraten Georg Leber und Hans Apel, Verteidigungsminister unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, und des CDU-Mannes Rupert Scholz, Verteidigungsminister unter Helmut Kohl. Ihr Appell: „Geben Sie den Männern und Frauen, die für die Werte unserer Verfassung ihr Leben ließen, eine Gedenkstätte! – zu Ehren der Toten, zu Ehren der Hinterbliebenen und zu Ehren der Truppen, die heute und in Zukunft unsere Freiheit mit ihrem Leben beschützen!“ Interessanterweise war daneben ein zweiter Artikel platziert: „... und auch Minister Jung sagt ja!“ Da war zu erfahren, dass der amtierende Verteidigungsminister „ein zentrales Ehrenmal am geschichtsträchtigen Dienstsitz in Berlin“ – dem Bendler-Block – errichten werde. Beschlossene Sache. Grundsteinlegung noch in diesem Jahr. Im Übrigen sei eine Kommission beauftragt, Entwürfe von Künstlern und Architekten einzuholen.

Soweit sind wir also schon, dachte ich, und erwartete eine Diskussion, eine im und außerhalb des Parlaments geführte Debatte. Aber nichts dergleichen setzte ein. Es war, als sei ein Testballon gestartet – und geplatzt. Mehr als ein Vierteljahr Schweigen in der Sache, aber dann ging die Mediengeschichte weiter. Am 22. Mai berichtete die „FAZ“, dass die vom Verteidigungsminister einberufene Jury sich einstimmig auf den Entwurf des Architekten Andreas Meck geeinigt habe: einen 40 Meter langen Steinblock, auf oder an dem Kränze abgelegt werden können. Seitdem folgt eine Zeitungsgeschichte auf die andere: Am 24. Mai „Die Zeit“: „Sterben wofür? Berlin diskutiert über ein Ehrenmal für Bundeswehrsoldaten. Offen ist, was draufstehen soll. Man scheut sich, den Sinn der Einsätze in Stein zu meißeln.“ Wieso das? Weil die Planer „sich gefährlich ehrlich machen müssten über Kosten und Nutzen, Sinn und Grenzen von Auslandseinsätzen“. Denn der Verfassungsauftrag der Bundeswehr dient der Verteidigung, wie wir wissen.

Von da an folgen die Medienmeldungen Tag für Tag: „Geheime Kommandosache – der Verteidigungsminister baut ein Ehrenmal für tote Soldaten – ohne öffentliche Debatte“ („Berliner Zeitung“, 26. Mai. „Ein Denkmal des schlechten Gewissens“ („FR“, 29. Mai).

Der Berliner Kunsthistoriker Hans-Ernst Mittig hat Zweifel, ob das geplante Bundeswehr-Ehrenmal einer Demokratie angemessen ist und nennt es „ein Denkmal auf Vorrat, was künftige Tote angeht.“ Und die Gerüchte gehen weiter: „Merkel unterstützt Jung“ („SZ“, 8. Juni). Da heißt es dann: „Am 13. Juni wird der Minister den Verteidigungsausschuss von seiner Entscheidung informieren.“ Den Verteidigungsausschuss! Als ginge es nicht um unser aller Geschichte. Was ist das? Darf man von Militärdemokratie sprechen?

Tietz, Jürgen

„Meine Architektur ist unaufgeregt“. Portrait Andreas Meck Mahmmal-Architekt

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare;art141,2316512>

Als „kontemplativen Andachtsraum“ beschreibt der Architekt Andreas Meck seinen Entwurf für das „Ehrenmal für die getöteten Soldaten und zivilen Angehörigen der Bundeswehr“. Eigentlich wollte Verteidigungsminister Franz Josef Jung den siegreichen Wettbewerbsentwurf erst am 13. Juni der Öffentlichkeit vorstellen. Doch bereits jetzt laufen in Mecks Architekturbüro die Telefone heiß. Über Details seines Entwurfs hüllt sich der Architekt noch in Schweigen. Das „ist nicht anders als bei anderen Architekturwettbewerben“, sagt er. Nur ist bei diesem Projekt das öffentliche Interesse weit größer, als sonst, wenn es um Architektur geht.

Wer Mecks Bauten anschaut, spürt, dass es dem Münchner nicht um lärmende Entwürfe geht. „Meine Architektur ist unaufgeregt und liegt eher außerhalb der gängigen Moden. Sie lebt von den Materialien und von der Wirkung des Lichts.“ Das gilt auch für die Aussegnungshalle in München-Riem, mit der er im Jahr 2000 bekannt wurde. Es ist ein würdevoller Ort des Abschieds, der Raum gibt für innere Sammlung und Trauer. Die Ruhe der Architektur überträgt sich schnell auf den Besucher: Ein Baum, ein Wasserbecken, die Totenglocke – Meck braucht nicht viele Elemente, um einen stimmungsvollen Ort zu schaffen. Dabei gelingt es ihm, dem Alltäglichen das Besondere zu entlocken. Besonders wichtig ist für ihn das Licht, dessen Einfall den Charakter eines Raumes entscheidend prägt und eine sakrale Wirkung erzeugt.

Seit 1989 betreibt Meck sein eigenes Architekturbüro und hat seitdem immer wieder Wettbewerbe für kirchliche Bauten gewonnen. Derzeit entsteht nach seinem Entwurf ein Pfarrzentrum am Münchner Stadtrand. Doch egal, ob es sich um den Ausbau eines Dachgeschosses handelt oder um das Hörsaal- und Bibliotheksgebäude für die Bauhausuniversität in Weimar, Mecks Bauten kennzeichnet bei all ihrer vermeintlich einfachen Gestaltung ein gewollter Gegensatz aus ungewöhnlichen Materialien und sinnlicher Anmutung. „Ich setze meine Gestaltungsmittel ganz bewusst ein“, sagt er. Dabei sind Überraschungen eingeschlossen, wie etwa eine Wand aus geflochtenem Schilf in einem seiner jüngsten Bauten.

Noch wird über den Standort des Bundeswehrdenkmals gestritten. Gehört es an den Reichstag oder in den Bendlerblock? Unstrittig ist, dass mit Meck ein Architekt gefunden wurde, dessen Bauten sich auf das Wesentliche konzentrieren. Für ein Mahmmal muss das nicht falsch sein.

06.06.07 Jungle World

Heinelt, Peer

Genug der Ehr'. Vors Reichstagsgebäude oder in den Bendlerblock, lautet die Frage. Die Notwendigkeit eines zentralen Ehrenmals für getötete Bundeswehrsoldaten bezweifelt im Bundestag niemand

04.06.07 Der Tagesspiegel

S. 8

Birnbaum, Robert

Kleinliches Gezänk. Ehrenmal für die Bundeswehr

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare;art141,2314926>

Deutsche Denkmal-Debatten haben gerne mal etwas Verquastes. Die Diskussion über ein Ehrenmal für die Bundeswehr macht keine Ausnahme. An der Idee selbst gibt es praktisch keine Kritik – einen Ort zu schaffen, an dem Angehörige, Bürger, Politiker und Staatsgäste der rund 2600 Männer und Frauen gedenken können, die im Dienst an der Sicherheit Deutschlands gestorben sind. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat sich das

Projekt schon vorgenommen, bevor er im Amt war, und er setzt es jetzt um. Gemäkel gibt es an der Art und Weise, wie er das tut – nämlich ohne das Parlament an der Entscheidungsfindung zu beteiligen – und am geplanten Standort am Ministerium.

Beide Einwände haben einen gemeinsamen Ausgangspunkt: Die Bundeswehr sei nicht Kabinetts-, sondern Parlamentsarmee. Nun ist das nicht ganz korrekt. Die Initiative für einen Bundeswehreinsatz liegt beim Kabinett und die Verantwortung, bei Fehlschlag Rücktritt inbegriffen, beim Minister. Ein Ehrenmal am Bendlerblock, dem Sitz des Dienstherrn, ist dort nicht am falschen Ort.

Die andere Frage ist, ob es am Parlament nicht noch richtiger platziert wäre und ob Jung und die Politik nicht souveräner dastünden, hätte der Minister den Bundestag früh beteiligt. Die Frage wäre freilich leichter zu bejahen, wäre das Parlament mutig vorangeschritten. Nichts hat ja den Bundestag gehindert, selbst auf die Idee zu kommen. Wenn es eine Bringschuld gibt, dann für beide Seiten. Jetzt einen ministeriellen Alleingang zu bejammern, ist arg schwachbrüstig für selbstbewusste Volksvertreter. Die Kritik aus den Koalitionsfraktionen ist gleich doppelt unehrlich: Adressat müsste genauso gut die eigene Fraktionsspitze sein. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Führenden in Union wie SPD nicht wirklich unglücklich darüber sind, dass Jung das heikle Thema vom Tod in Uniform an sich gezogen hat.

Aber darum geht es, und auch deshalb ist das Gezänk ziemlich kleinlich. Bürger in Uniform haben ihr Leben verloren bei einer Aufgabe, die sie für uns und letzten Endes von uns, dem Wähler, übernommen haben. Wir schulden uns Rechenschaft und ihnen ein Gedenken. Ort und Bauherr sind da ziemlich egal.

01.06.07 Der Tagesspiegel

Birnbaum, Robert / Haselberger, S.

Jung hat neue Pläne für Bundeswehr-Ehrenmal

29.05.07 Frankfurter Rundschau

S. 4

DPA

Gedenken – aber wo? Streit um das Ehrenmal für getötete Bundeswehrangehörige

29.05.07 Frankfurter Rundschau

S. 4

Kotte, Hans-Herrmann

„Ein Denkmal des schlechten Gewissens“

26.05.07 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

S. 23

Wefing, Heinrich

Warum das Schweigen? Geheimniskrämerei schadet dem Bundeswehr-Ehrenmal

24.05.07 die tageszeitung

S. 3

Reinecke, Stefan / Wallraff, Lukas

Aber nicht nur für Soldaten. Franz Josef Jung will ein Ehrenmal für gefallene Soldaten – andere wollen lieber ein Denkmal auch für Zivilisten

<http://www.taz.de/digitaz/2007/05/24/a0190.1/text>

Soll es in Berlin ein Ehrenmal für tote Bundeswehrsoldaten geben? Wenn ja, wo soll es stehen? Im Fokus der öffentlichen Blicke: vor dem Reichstag, weil das Parlament über Einsätze der Bundeswehr zu befinden hat? Oder eher etwas abgelegener hinter dem Verteidigungsministerium im Bendlerblock?

Ein Ehrenmal für Bundeswehrsoldaten ist - egal wie man dazu steht - ein Bruch mit der bundesrepublikanischen Distanz zu öffentlicher militärischer Repräsentation und symbolischer Darstellung toter Soldaten. Die Befürworter meinen, dass die Republik Menschen, die für sie ihr Leben lassen, eine symbolische Anerkennung schuldet. Einige Kritiker fürchten, dass mit diesem Ehrenmal eine Heroisierung von Soldaten betrieben wird. Doch die Hauptkampflinie verläuft bislang nicht zwischen pro und contra Mahnmal. Die Differenzen sind diffiziler: Wo soll es stehen? Und wem soll es gelten? Nur Bundeswehrangehörigen - oder auch Zivilisten?

Doch ehe die Debatte überhaupt in Fahrt gekommen ist, scheint die Entscheidung schon gefallen zu sein.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat das Projekt Ehrenmal, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, seit 2005 entschlossen vorangetrieben. Deutschland braucht, so Jung, ein "zentrales Ehrenmal für Soldaten" nach dem Vorbild Frankreichs und Italiens. Also ein Symbol militärischer deutscher Normalität. Das Ehrenmal soll hinter dem Verteidigungsministerium entstehen. Jung schrieb einen Wettbewerb aus - der offenbar nun entschieden ist. Gebaut werden soll der Entwurf des Münchener Architekten Andreas Meck. Sein Denkmalsentwurf ist schlicht und groß, sehr groß sogar: ein mit Metall verkleideter 10 Meter hoher und 40 Meter langer Steinblock. "Das ist ja ein richtiger Koffer", so der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner zur taz. Architekt Meck wusste gestern nur aus einem Bericht der FAZ, dass er den Wettbewerb gewonnen hat. Nun soll es schnell gehen. Das Ehrenmal soll schon in diesem Jahr fertig werden - ein Zeitplan, den Meck allerdings "ziemlich ambitioniert" findet.

Auch Kanzlerin Merkel, die sich vor ein paar Monaten noch ausweichend geäußert hatte, ist laut Regierungssprecher Ulrich Wilhelm nun "auf einer Linie" mit Jung. Damit dürfte auch geklärt sein, dass das Denkmal hinter dem Bendlerblock stehen wird - und nicht beim Reichstag, einem Standort, den viele bevorzugen (siehe Interview unten).

Warum gab es dazu keine Debatte? Nicht nur Jungs restriktive Informationspolitik ist schuld daran. Auch die Parteien und Medien haben das Thema eher links liegenlassen. Denn es hat durchaus etwas Beängstigendes: Es erinnert nicht nur an die Toten von gestern - es kann auch als Zeichen für die Toten der Zukunft gelesen werden.

Zudem: Wer sich die abrupten Sprünge in den geschichtspolitischen Debatten der 80er- und 90er-Jahre vergegenwärtigt, weiß, dass Entscheidungen geändert und prämierte Entwürfe verworfen werden können. Der Streit, der bislang fehlte, scheint erst jetzt zu beginnen. Denn erst jetzt liegt ein konkreter Entwurf auf dem Tisch.

Parlamentarier der Grünen und der FDP bemängeln vor allem den klandestinen Stil des Verteidigungsministers. Der Grüne Winni Nachtweih sagte der taz, dass Jung der komplexen Debatte "durch dieses ‚Separat-Ehrenmal‘ ausgewichen ist". Zudem sollte das Denkmal nicht nur, wie von Jung geplant, Soldaten, sondern "auch Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizisten gelten". Das Argument hat viel für sich: So wird Soldatisch-Heroisches vermieden. Und auch die Proportion spricht dafür. Seit 1992 sind nunmehr 71 Bundeswehrangehörige im Ausland umgekommen - einige durch Gewalt wie am Freitag die drei Soldaten in Afghanistan. Insgesamt haben seit 1956 etwa 2.600 Bundeswehrangehörige ihr Leben im Dienst verloren, meist durch Unfälle.

Auch der liberale Verteidigungsexperte Rainer Stinner meint, dass mit Jungs Alleingang eine "Chance verpasst wurde, die längst überfällige Grundsatzdiskussion über die Rolle der Bundeswehr und die Auslandseinsätze zu befördern". Vor allem aber werde das Ehrenmal am halböffentlichen Bendlerblock zu einem Ort für "ritualisierte Kranzniederlegungen" verkommen. Viel geeigneter sei ein Ort am "Reichstag, der die auch historisch bedingte Singularität widerspiegelt, dass wir eine Parlamentsarmee haben". Auch Paul Schäfer, Verteidigungsexperte der Linksfraktion, ist nicht prinzipiell gegen ein Denkmal am Reichstag

für Soldaten, Entwicklungshelfer und Polizisten, die bei Auslandseinsätzen gestorben sind. Und: "Das Vietnam-Memorial in Washington könnte ein Vorbild sein."

So ist der wahrscheinliche Fortgang absehbar: Minister Jung wird sein Ehrenmal bekommen - doch die Debatte um einen weiteres, anderes Denkmal am Parlament hat erst begonnen. Denn nicht nur Oppositionspolitiker, auch der SPD-Verteidigungsexperte Jörn Thießen will nahe beim Bundestag "ein Denkmal für Soldaten und Zivilisten, die im Auslandseinsatz umgekommen sind".

Aber braucht die Republik wirklich zwei Denkmäler für bei Auslandseinsätzen Umgekommene?

24.05.07 die tageszeitung

S. 3

Reinecke, Stefan

„Wir brauchen keine Kranzabwurfstelle“

24.05.07 die tageszeitung

S. 1

Semler, Christian

Jungs gedankenloses Denkmal

<http://www.taz.de/digitaz/2007/05/24/a0121.1/text>

Franz Josef Jung will ein Denkmal "für die im Dienst gefallenen Soldaten der Bundeswehr". Schon seine Sprache verrät die Absicht des Verteidigungsministers. Das Wort "gefallen" überhöht martialisch einen einfachen Sachverhalt: den gewaltsamen Tod. Und das geplante Denkmal soll uns sagen: Euer Tod war nicht sinnlos. Er wurde erlitten um unserer Sicherheit willen. Und die wird schließlich auch am Hindukusch verteidigt. Daher legt Jung auch das Schwergewicht seines Arguments auf die Ehrung der bei Auslandseinsätzen "gefallenen" Soldaten.

Jung reklamiert, ganz im Sinn deutscher Kriegerdenkmalstradition, einen herausgehobenen Status für seine toten Soldaten. Bislang hat man stets die humanitäre Funktion von Auslandseinsätzen der Bundeswehr hervorgehoben. Wäre es dieser Behauptung folgend nicht zwingend, beim Totengedenken gleichberechtigt *aller* Menschen zu gedenken, die als Entwicklungshelfer, Techniker, Ärzte, Soldaten bei Auslandseinsätzen ihr Leben lassen mussten? Und würde sich unter einem solchen Blickwinkel nicht die Frage nach der *Form* des Gedenkens gänzlich anders stellen? In der deutschen Gesellschaft hält sich zäh die Ansicht, dass die Bundesrepublik international als *Zivilmacht* agieren sollte - das betrifft gerade auch die Rolle der Bundeswehr. Von solcher Zivilität ist bei Jungs Denkmalsprojekt nichts zu spüren.

Vollends unsinnig ist die Idee Jungs, das Bundeswehr-Denkmal im Hof des Bendlerblocks aufzustellen, des ehemaligen Sitzes des Nazi-Oberkommandos der Wehrmacht, wo sich bereits die Gedenkstätte für die dort ermordeten Verschwörer des 20. Juli und das Museum für den Widerstand gegen das Nazi-Regime befinden. Will Jung seinem Denkmalsprojekt zu höherer Weihe verhelfen, indem er es in die Nähe zur Gedenkstätte für die ermordeten Widerstandskämpfer des 20. Juli rückt?

Wenig besser ist die Idee einiger Parlamentarier, die Gedenkstätte vor dem Reichstag zu errichten, da es sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee handle und die Abgeordneten stets ihre Verantwortung für die Militäreinsätze vor Augen haben müssten. So zu argumentieren heißt, ein militärisches Ehrenmal mit einem Mahnmal gegen Kriege zu verwechseln.

Jochen Bittner

Sterben wofür? Die Politik diskutiert nicht erst seit dem Anschlag in Afghanistan über ein Ehrenmal für bei Einsätzen getötete Bundeswehrsoldaten. Offen ist, was draufstehen soll.

<http://www.zeit.de/2007/22/Afghanistan-Ehrenmal>

Eine Frage bringt sie alle zum Verstummen, die Abgeordneten, die Ministerialen und die Generale: Wie soll ihrer Meinung nach die Inschrift lauten auf dem geplanten Ehrenmal für die getöteten Soldaten der Bundeswehr? Schwierig, schwierig, sagen sie und wiegen die Köpfe. Vielleicht, meint eine Parlamentarierin, vielleicht ginge so etwas wie: »Sie ließen ihr Leben für Frieden, Freiheit und Demokratie.« Um sogleich zurückzufragen: »Oder?«

Noch im Herbst will Verteidigungsminister Franz Josef Jung auf dem Gelände seines Berliner Ministeriums ein Ehrenmal für alle 2600 Angehörigen der Bundeswehr errichten lassen, die seit Gründung der bundesdeutschen Streitkräfte 1955 im Dienst ums Leben kamen. Die allermeisten von ihnen starben im Inland, bei Unfällen oder Flugzeugabstürzen. Seit Jung diesen Plan öffentlich machte, denken immer mehr Bundestagsabgeordnete darüber nach, ob es nicht angemessen wäre, jenen 69 Bundeswehrsoldaten, die seit 1994 in Auslandseinsätzen ihr Leben ließen, ein eigenes Denkmal zu setzen, und zwar ehrlicher Weise an dem Ort, an dem über ihre Entsendung entschieden wurde: am Reichstag.

»Ein Ehrenmal in der Nähe des Parlaments ist überfällig«, sagt der Abgeordnete Karl A. Lamers (CDU) auf Anfrage. »Der Wunsch nach einem Ehrenmal geht durch alle Fraktionen, mit Ausnahme der Linken«, berichtet die Abgeordnete Ulrike Merten (SDP). Irgendwie, lassen beide durchblicken, wunderten sie sich schon ein wenig, dass bisher noch kein Parlamentarier eine entsprechende Initiative gestartet habe. Nun ist Merten Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Lamers ihr Stellvertreter. Dem Bundestag, scheint's, geht es nicht anders als den meisten Lebewesen; er verdrängt den Tod, so gut er kann.

Vielen Abgeordneten wäre es lieb, sie könnten das Thema Ehrenmal ganz und gar im Flüsterton auf den Fraktionsfluren klären. Zu viele unbequeme Fragen lauern da, die an das Grundverständnis der Berliner Republik und ihrer Sicherheitspolitik rühren. Müsste ein Denkmal für die Bundeswehr nicht gegen Schmierereien und andere Schändungen geschützt werden?, raunen sie. Müsste man nicht auch die Opfer aus den zivilen Hilfsdiensten, etwa dem Technischen Hilfswerk, ins Gedenken aufnehmen? Die aus den Reihen der Polizei? Wenn die Namen der Toten eingraviert werden, müsste dann nicht Platz frei bleiben für künftige Opfer? Und schließlich die Frage nach der Inschrift, nach dem so schrecklich schlichten Wofür.

»Für Frieden, Freiheit und Demokratie«, diese Formel wäre so dehnbar, dass sie kaum je falsch sein könnte. Doch wie abstrakt darf der Staat die politische Rechtfertigung für eine so konkrete Sache wie den Tod fassen? Nicht nur die Angehörigen der Opfer, auch die Soldatinnen und Soldaten künftiger Missionen und nicht zuletzt das Wahlvolk werden zu Recht etwas mehr Genauigkeit verlangen.

»Die Soldaten schauen schon sehr genau hin, was der Dienstherr tut und unterlässt«, sagt der Truppenpsychologe Horst Schuh. Der Reserveoffizier hat unter anderem die Hinterbliebenen der Bundeswehrsoldaten betreut, die am 7. Juni 2003 bei einem Anschlag auf ihren Bus in Kabul ums Leben kamen. Der Wunsch nach einem Denkmal, sagt er, sei groß, und zwar nach einem im Zentrum des Regierungsviertels. »Viele plädieren dafür, das Ehrenmal am Reichstag zu errichten – als Mahnmal für die Abgeordneten, aber auch zur Konfrontation der Bürger. Für die Soldaten ist es ganz wichtig, dass ihr Einsatz angemessen wahrgenommen wird.«

Man scheut sich, den Sinn der Einsätze in Stein zu meißeln

Wäre da nicht die Berliner Scheu, den Sinn von Auslandseinsätzen in Stein zu meißeln. Mit einer öffentlichen Debatte um die Inschrift, das wissen die Planer im Hause von Minister Jung ebenso wie die Parlamentarier im Reichstag, wären sie gezwungen, sich gefährlich

ehrlich zu machen über Kosten und Nutzen, Sinn und Grenzen von Auslandseinsätzen. Denn was auch immer in ein Ehrenmal eingraviert würde – wenn es aufrichtig klingen soll, dann müsste es etwas anderes sein als das, was über den Auftrag der Bundeswehr im Grundgesetz steht.

Die Streitkräfte, so bestimmt es die Verfassung, dienen »zur Verteidigung«. Zwar können sie sich zu diesem Zweck in ein »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit« einordnen, also in die Nato. Aber letztlich, so hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem »Awacs-Urteil« von 1994 entschieden, müssen Einsätze der Bundeswehr unter Führung der Nato immer auch der Sicherheit der Bündnismitglieder dienen. Mit anderen Worten: Jede Auslandsmission der Bundeswehr braucht eine sicherheitspolitische Begründungskette, die in Deutschland endet. Die berühmte Struck-Formel von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch mag ja grundsätzlich noch gelten, solange die Terror-Holding al-Qaida nur darauf wartet, Afghanistan wieder in ein Trainingscamp zu verwandeln. Doch welche »Spillover«-Effekte, also überschwappenden Sicherheitsbedrohungen erwachsen Deutschland aus dem Kongo? Europa habe ein Interesse an einem stabilen Afrika, predigen Sicherheitspolitiker immer wieder, schon um den Migrationsdruck auf den Norden kontrollierbar zu halten. Das mag stimmen. Aber ist es angemessen, für dieses Ziel notfalls Soldaten sterben zu lassen? Würden auch sie noch für deutsche Sicherheitsinteressen ihr Leben lassen? Die Ehrenmal-Inschrift »Für Frieden, Freiheit und Demokratie« um die Wörter »und zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen« ergänzen – das will doch wohl niemand.

In Kabul haben die Soldaten bereits einen Gedenkstein aufgestellt

Dieser Tage bekommt selbst die Begründungskette für den Afghanistaneinsatz erste Risse. Nach dem jüngsten Attentat, bei dem drei Bundeswehrsoldaten starben, stellt der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, offen die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel, also, »ob man es weiter verantworten kann, dass Soldaten für eine Sache, deren Ausgang zweifelhaft ist, ihr Leben riskieren«.

Doch vielleicht ist es nicht so sehr der offene Ausgang, der den Einsatz in Afghanistan zur Wackelmission zu machen droht. Viele Offiziere der Bundeswehr frustriert eher, dass es bis heute keine kohärente Strategie zur Bekämpfung der Hauptprobleme des Landes gibt: des zunehmenden Drogenanbaus, der Korruption, der Macht der Warlords.

Bei einem Besuch in Kabul, sagt Verteidigungsminister Jung, sei er auf die Idee gekommen, auch in Berlin ein Ehrenmal errichten zu lassen. Am Kabuler Feldlager haben Bundeswehrsoldaten in eigener Regie einen Gedenkstein für ihre getöteten Kameraden aufgestellt. »Den Toten zu Ehren« lautet die Inschrift. In Deutschland selbst gibt es bisher drei Gedenkstätten für die Teilstreitkräfte Heer (auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz), Luftwaffe (Fürstfeldbruck) und Marine (Laboe bei Kiel). Auch in der Burgwald-Kaserne im hessischen Frankenberg, aus der die vier 2003 in Kabul getöteten Soldaten stammten, haben ihnen ihre Kameraden einen Ehrenstein gesetzt. Die konkreteste Gedenkformel ist die in Koblenz: »Den Heeressoldaten der Bundeswehr, die für Frieden, Recht und Freiheit ihr Leben ließen«, steht auf einem schlichten schwarzen Steinquader.

Für ein Ehrenmal am Verteidigungsministerium verspricht sich Franz Josef Jung »Zehntausende von Besuchern«. So viele kämen schließlich jedes Jahr in den Bendlerblock, um die Gedenkstätte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu besichtigen. Diese Besucher könne man anschließend auf den Paradeplatz umleiten, um das Ehrenmal anzusehen, glaubt man im Ministerium. Von allein dürften sich allerdings nur wenige Berlinbesucher auf den Weg dorthin machen, schließlich besitzt der Paradehof kaum mehr architektonischen Glanz als ein Supermarktparkplatz. Aus dem Ministerium heißt es zwar, die Konstruktion eines Ehrenmals solle »weithin sichtbar und öffentlich zugänglich« sein, doch viele Soldaten bleiben skeptisch.

Ein Unteroffizier, der selbst Kameraden in Afghanistan verloren hat, sagt: »Im Hinterhof soll das nicht versteckt werden.« Und was wünscht er sich als Inschrift? »Schwierig«, sagt er. »Irgendetwas Bleibendes.«

22.05.07 **Frankfurter Allgemeine Zeitung** **S. 39**
wfg
Intimes Gedenken. Wettbewerb für Bundeswehr-Ehrenmal entschieden

31.03.07 **Frankfurter Rundschau** **S. 20**
Rulff, Dieter
Umstrittenes Gedenken. Der Verteidigungsminister plant im Bendler-Block ein Ehrenmal für tote Bundeswehrsoldaten

26.02.07 **Der Tagesspiegel** **S. 8**
Jung, Franz-Josef
Wir sind es unseren Toten schuldig
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare;art141,2218742>

11.02.07 **Der Tagesspiegel** **S. 12**
Dernbach, Andrea
Den Helden der Nation. Verteidigungsminister Jung und Bundestagsabgeordnete wollen ein Denkmal für getötete deutsche Soldaten. Ein Pro & Contra
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2018302>

Bisher hatte es die Bundesrepublik leicht mit dem Gedenken: Die Toten des Weltkriegs wurden halb privatisiert; für sie sorgt, wie schon zu Weimarer Zeiten, der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“. Er pflegt Soldatenfriedhöfe, setzt Gedenktafeln, gestaltet die Zeremonien am Volkstrauertag. Wie er das tut, darüber gab es kaum je öffentliche Debatten. Der eigenen Toten gedachte die Bundeswehr bisher eher dezent und dezentral: die Marine in Laboe an der Ostsee, wo es seit den 20er Jahren ein Marine-Ehrenmal gibt, die Luftwaffe am Ort ihrer Offiziersschule im bayerischen Fürstfeldbruck und das Heer am Ehrenbreitstein in Koblenz. Zudem gab es kaum Tote in den ersten Jahrzehnten der 1955 gegründeten Bundeswehr – jedenfalls nicht im Krieg.

Das hat sich geändert, seit die Bundeswehr in den 90er Jahren begann, außerhalb des Nato-Gebiets zu operieren: 65 Soldaten sind seit 1990 in Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, 39 von ihnen durch „Fremdeinwirkung“, also durch feindliche Kämpfer. Nun soll sie auch die Hauptstadt ehren. Im Sommer präsentierte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) seinen Plan für ein „zentrales, öffentlich zugängliches Ehrenmal der Bundeswehr“. Als Vorbilder nannte Jung Gedenkstätten wie den Invalidendom in Paris und Italiens monumentalen „Altar des Vaterlands“. Anderswo, so Jung, gehöre „das ehrende Gedenken an Soldaten, die für ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt haben, zur kulturellen Identität“.

Im Parlament gefiel die Idee. Gut 60 Jahre nach Kriegsende scheint man dort kaum noch Angst vor einer Neuauflage jener Gedenkstätten zu haben, wo bis heute selbst auf entlegensten Dorfplätzen der Tod fürs Vaterland als „süß“ gepriesen und lokale Kriegstote Helden genannt werden. Doch quer durch die Parteien gab es Kritik am praktischen Teil von Jungs Plan. Der Minister möchte sein Ehrenmal nämlich auf eigenem Gelände aufstellen, vor seinem Berliner Dienstsitz im Bendlerblock. Die Opposition, aber auch Parteifreunde wie Jungs Vorgänger Volker Rühe, wünschen sich ein Ehrenmal dicht am Bundestag – die Bundeswehr sei schließlich die Armee des Parlaments. Und mancher vermutet hinter Jungs Standortwahl auch eine Scheu vor öffentlicher Auseinandersetzung – so der Grünen-Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei, der ihm vorwarf, von oben anzuordnen, statt das Projekt diskutieren zu lassen. Außerdem, findet der Grüne, dürfe nicht nur toter Soldaten

gedacht werden, sondern auch der Polizisten, Entwicklungshelfer und Diplomaten, die in Auslandseinsätzen umkamen.

Aus der Diskussion verschwunden ist dabei eine ältere Gedenkstätte. Die Neue Wache Unter den Linden ist seit 13 Jahren zentraler Gedenkort der Bundesrepublik „für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft“. Kein Platz für die Toten der Bundeswehr, findet der Historiker Manfred Hettling, ein Fachmann für Erinnerungskultur: „Wer Soldaten zu aktivem kriegerischem Handeln entsendet, kann an die Gefallenen kaum als ‚Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft‘ erinnern.“

11.02.07 Der Tagesspiegel

S. 12

Hasselmann, Jörn/ van Bebber, Werner

Braucht Berlin ein Mahnmal für getötete Bundeswehrsoldaten?

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2018296>

Pro

Es sind 65. So viele Soldaten sind seit 1990 bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr getötet worden. Sie starben für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Einsätze wurden vom Bundestag beschlossen. Sie starben bei riskanten Hilfseinsätzen, sie starben durch Terroristenhand.

Wer hätte gedacht, dass es in so wenigen Jahren so viele waren? Schon deshalb ist ein zentrales Ehrenmal der Bundeswehr sinnvoll. Zu mahnen, dass der Beruf riskanter ist als der des Arztes oder Architekten. Das Ehrenmal kann der Öffentlichkeit zeigen, wie riskant die Verteidigung von Freiheit und Demokratie ist, dies wird gerne vergessen. Derzeit sind über 6000 Soldaten in Krisengebieten wie Afghanistan oder dem Balkan.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat jetzt angekündigt, dass mit dem Bau noch in diesem Jahr begonnen wird. Das Ehrenmal soll an alle 2600 Soldaten erinnern, die seit Gründung der Bundeswehr 1956 im Dienst starben. Jung will das Denkmal am Bendlerblock errichten, seinem Berliner Dienstsitz. Das ist ein Fehler. Der Bendlerblock ist schon genug historisch belastet. Dort wird an das gescheiterte Attentat auf Hitler erinnert, dort sind einige der Widerständler erschossen worden. Das Ehrenmal für die Bundeswehrsoldaten gehört in die Nähe des Parlamentes, des Ortes also, an dem die Auslandseinsätze beschlossen wurden. Wer das Ehrenmal mit dem Soldatenkult der Nazis vergleicht, hat nichts begriffen.

Contra

Zwei Gründe sprechen gegen ein Denkmal für Bundeswehrsoldaten, die bei Einsätzen im Ausland ums Leben gekommen sind. Das eine liefert der Bundesverteidigungsminister selbst: Er gibt zwar Auskunft, wenn ein Angehöriger der regulären Truppe stirbt, schweigt aber, wenn es um das Kommando Spezialkräfte (KSK) geht. Kommt ein Soldat aus dieser Einheit bei seiner heiklen Mission in Afghanistan ums Leben, dürfte höchstens bekannt werden, dass er starb. Über das Wie und Warum aber wird die Öffentlichkeit nichts erfahren – so dass nur einer, nämlich der Minister, beurteilen kann, ob der tote Soldat ein ehrenvolles Gedenken verdient oder nicht. Man muss sich nicht auf Leute wie Murat Kurnaz verlassen, um sich vorzustellen, unter welchen Umständen KSK-Soldaten in sehr geheimnisumwitterten Teilen der Welt unterwegs sind – es reicht der Blick auf die Nachrichten über den Irakeinsatz der Amerikaner. Der zweite Grund hat mit der deutschen Geschichte zu tun: Das Soldatengedenken erfordert Pathos – noch der schlichteste „Heldenfriedhof“ wirkt wie ein Ort, an dem es um die Überhöhung des Todes geht. Vielleicht ist das ja alles, was von einem Soldatentod bleibt, doch haben die Deutschen mit pathetischen Gefühlen im Kollektiv und vor allem mit deren Darstellung nie gut ausgesehen. Ganz gewiss soll man sich an die Toten erinnern. Aber das Erinnern gehört an die Orte, an denen Soldaten bestattet sind – auf die Friedhöfe.

gesamtdeutschen Denkmal wurde, wie vordem schon das der DDR, wo ausgerechnet der SED-Staat Erde von Nordafrika und Narvik, aus den Niederlanden und Polen ausgebreitet hatte - und aus den Konzentrationslagern der NS-Diktatur. Als die Neue Wache nach dem Umbau wieder eröffnet wurde, legten viele Tausende Briefe nieder, Botschaften an die Toten, Fotos und Blumen. Man hätte meinen können, daß damit Friede geschlossen war mit den Toten. Wieder Form und Stil zurückgekehrt waren angesichts des Leidens, des Todes, und des Opfers. Aber die Deutschland-GmbH findet bis heute keinen Modus, keinen Maßstab und kein Zeremonial, um mit dem Gedenken an Tote umzugehen, die für das Land ihr Leben ließen. Der Standortkommandant des Militärflughafens Fürstenfeldbruck in Oberbayern sorgte dafür, daß Straßen nicht mehr nach Fliegern heißen dürfen. Nicht nur der im Ersten Weltkrieg mit dem Pour le Mérite ausgezeichnete Manfred von Richthofen, der "Rote Baron", fiel dieser Geschichtsentsorgung anheim, sondern auch gleich noch der Gründer der amerikanischen Luftwaffe und der französische Flieger Antoine de Saint Exupéry, weltbekannt als Autor des Buches "Der kleine Prinz". Laßt die Toten ihre Toten begraben, so trällert die Republik. Aber das wird früher oder später nicht mehr ausreichen. Deutschland wird, so das bekannte Wort des Verteidigungsministers Struck, auch am Hindukusch verteidigt. Das ist eine gefahrbringende Sache, es hat Tote gegeben und es werden nach menschlichem Ermessen weitere Todesmeldungen kommen. Sie seien verstorben, einem Unfall zum Opfer gefallen - so heißt es verschämt, um das nach Krieg klingende Wort zu meiden, sie seien gefallen für Deutschland. Die Politik äußert, vorhersagbar, "Betroffenheit", und das wär's dann. Es fehlt selbst an der Sprache. Heute stehen etwa 7000 deutsche Soldatinnen und Soldaten - ja, wo stehen sie eigentlich? Im Felde? An der Front? Das Wort erinnert an Ernstfall und Vergangenheit, und zumeist sind die Fronten in Afghanistan oder im Roten Meer oder demnächst im Kongo auch denkbar unklar, überall und nirgendwo. Nur die Trauer braucht einen Ort, wie seit ewigen Zeiten, eine Sprache, eine Form, ein Symbol - sonst kann sie den Soldaten nicht Haltung geben, den Überlebenden nicht Trost, der Republik nicht das Bewußtsein, daß es manchmal auf Tod und Leben geht.

04.03.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 8
Hettling, Manfred
Wofür? – Der Bundesrepublik fehlt ein politischer Totenkult

21.02.06 Der Tagesspiegel S. 8
Lehming, Malte
In unserem Namen. Wer als Soldat für Deutschland sein Leben lässt, hat ein würdiges Gedenken verdient
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/Kommentare;art141,2152772>

Die Deutschen sind nüchtern geworden. Sie schwenken keine Fahnen mehr, jede Form von Nationalpathos ist ihnen zuwider. Das ist ein Resultat ihrer Geschichte. Zwei Diktaturen haben sie mitgetragen und mitgelitten. Der Bedarf an Uniformen und Fanfarenstößen ist gedeckt.

Es überrascht daher nicht, dass der jüngste Vorschlag des Verteidigungsministers zurückhaltend aufgenommen wurde. Franz Josef Jung will in Berlin ein Ehrenmal errichten. Dort soll jener Bundeswehrsoldaten gedacht werden, die während eines Auslandseinsatzes getötet wurden. Ursprünglich kam die Idee aus Kreisen der Bundeswehr selbst. Insgesamt 39 Soldaten sind bislang im Ausland durch Fremdeinwirkung ums Leben gekommen, die meisten davon auf dem Balkan und in Afghanistan.

Viele Einwände gegen ein solches Ehrenmal sind nachvollziehbar. Wessen genau soll gedacht werden – aller getöteter Soldaten oder allein derer, die im Ausland und durch Fremdeinwirkung gestorben sind? Die Einschränkung wirkt willkürlich. Und was ist mit zivilen Helfern und Polizisten? Sind die im geringeren Maße zum Einsatz ihres Lebens bereit? Außerdem: Führt ein solches Ehrenmal nicht automatisch zu einer Heroisierung des Soldatentums?

All das muss bedacht werden, ebenso wie Ort, Größe und Gestaltung – bloß kein Pomp! – des Ehrenmals. Die Debatte allerdings ist zu begrüßen. Jede Nation hat eine besondere Verantwortung gegenüber jenen, die sie ausschickt, um in ihrem Namen für so hohe Werte wie Demokratie und Freiheit zu kämpfen. Wird Deutschlands Sicherheit am Hindukusch oder am Horn von Afrika verteidigt? Darüber lässt sich lange streiten. Unstrittig indes sollte sein, dass die Soldaten vor Ort ein Opfer bringen, das weder ihr Sold ausgleicht noch der lapidare Hinweis auf spezifische Berufsrisiken.

Mit der Waffe in der Hand für eine Sache kämpfen, die von der Regierung als relevant eingestuft wurde: Das setzt Pflichtgefühl voraus und Vertrauen in die Urteilskraft der Verantwortlichen. Ein Ehrenmal könnte helfen, dies bewusst zu machen. Denn es ehrt ja nicht nur die Gefallenen, sondern stellt auch die Entsender in ein greller Licht. War dieses Menschenleben die Sache wert? Kann den Angehörigen vermittelt werden, warum ihre Trauer vom Gefühl begleitet sein darf, der Getötete habe den Interessen der Nation gedient?

Solche Fragen werden derzeit in Deutschland anonym und abstrakt besprochen. Das Existenzielle, das mit Militäreinsätzen verbunden ist – hier die Sicherheit des Landes, dort das Lebensrisiko der Soldaten – wird allenfalls von der Truppe verstanden. Doch wer im Namen seines Landes und hoher Werte sein Leben zu geben bereit ist, hat im Todesfall mehr verdient als ein Begräbnis im Kreise der Hinterbliebenen. So viel Dankbarkeit und Gedenken, wie mit einem schlichten Ehrenmal verbunden wären, sollten schon sein, trotz Nüchternheit.